

Das Parlament

Berlin, Montag 12. Mai 2014

www.das-parlament.de

64. Jahrgang | Nr. 20/21 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Plötzlich in den Schlagzeilen

Axel Schneider Niemand hatte sich Oberst Axel Schneider vorstellen können, als Leiter einer OSZE-Militärmission in der Ukraine derart in die Schlagzeilen zu geraten, wie es ihm und seinen Kameraden nach der Festsetzung durch prussische Milizen geschah. Er sei „sehr glücklich, aber auch beträchtlich erschöpft“, sagte der 54-Jährige nach der Ankunft in Berlin, als die Gruppe auf russische Vermittlung hin nach einer Woche Geiselnhaft in der Ostukraine freigelassen worden war. Danach entbrannte in Berlin eine heftige Debatte darüber, was deutsche Militärs in der vom Bürgerkrieg zerrütteten Ostukraine zu suchen hatten. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) stellte sich im Bundestag vor die Militär-Inspektion: „Oberst Schneider und sein Team haben unsere Hochachtung und unseren Respekt.“ kru |



die Gruppe auf russische Vermittlung hin nach einer Woche Geiselnhaft in der Ostukraine freigelassen worden war. Danach entbrannte in Berlin eine heftige Debatte darüber, was deutsche Militärs in der vom Bürgerkrieg zerrütteten Ostukraine zu suchen hatten. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) stellte sich im Bundestag vor die Militär-Inspektion: „Oberst Schneider und sein Team haben unsere Hochachtung und unseren Respekt.“ kru |

ZAHLE DER WOCHE

1.000

Wahlbeobachter will die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am 25. Mai zur Überwachung der geplanten Präsidentschaftswahlen in die Ukraine schicken. Rund 100 von ihnen schon bereits vor Ort. Für die zivile Beobachtermission der OSZE sind 140 Beobachter im Land, um sich einen Überblick über die Sicherheitslage zu verschaffen.

ZITAT DER WOCHE

»Das sind Terroristen. Manche sind geisteskrank.«

Petro Poroschenko, aussichtsreicher ukrainischer Präsidentschaftskandidat und Industrieller, bei seinem Berlin-Besuch vergangene Woche über die prussischen Milizen

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Krankenkassen Zusatzbeiträge sollen nach der Lohnhöhe erhoben werden Seite 5

EUROPA UND DIE WELT

Somalia Der Antipiraterie-Einsatz der Bundeswehr wird verlängert Seite 8

KULTUR UND MEDIEN

Wende in der DDR Parlament erinnert an gefälschte Kommunalwahlen 1989 Seite 11

KEHRSEITE

Jubiläum Bundestag feiert „Zehn Jahre Mentoring-Programm“ Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



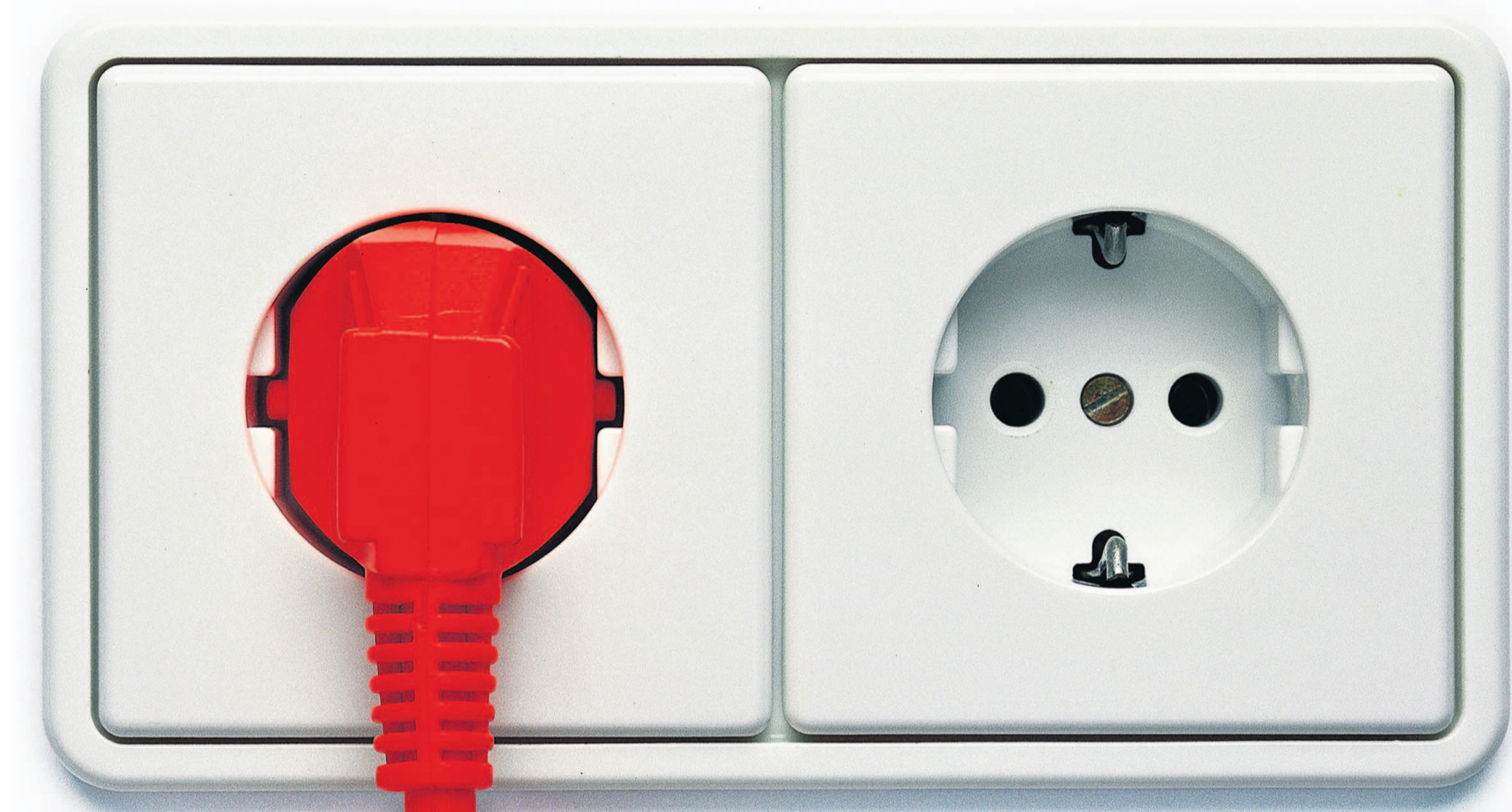
4 194560 401004 2 1

Bürgerprojekt Energie

WIRTSCHAFT Novelle des EEG-Gesetzes soll den Ausbau der »Erneuerbaren« begrenzen, aber nicht beenden

Die Energiewende ist nicht aufzuhalten. Allein die Zahl der Windkraftanlagen nahm in letzten Jahr um 1.145 auf 23.645 zu. Ihre Gesamtleistung beträgt 33.722 Megawatt und wird bald die der verbliebenen Atomkraftwerke (12.696 Megawatt) um das Dreifache übertreffen. Starke Steigerungsraten werden auch von der Photovoltaik gemeldet. Insgesamt stieg der Anteil der erneuerbaren Energien am Brutto-Stromverbrauch in Deutschland in den ersten drei Monaten dieses Jahres auf etwa 27 Prozent (Vorjahr: 23 Prozent), berichtete der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft. Das liegt besonders am Werk der Bürger. „Allein Privatpersonen und Landwirte haben bisher fast die Hälfte der Investitionen in die erneuerbaren Energien im Strommarkt getätigt“, berichtete die Grünen-Abgeordnete Julia Verlinden in der Debatte des Bundestages über die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG, 18/1304) am vergangenen Donnerstag. Die vier großen Energiekonzerne hatten gerade einen Anteil von fünf Prozent. 650 Energiegenossenschaften gibt es, und es wird geschätzt, dass sich über 250.000 Bürger am Bau von rund 2.500 Windparks beteiligt haben, die als Fondsmodell betrieben werden. Die Energiewende soll auch in Bürgerhand bleiben. „Niemand – darauf lege ich Wert – muss Angst davor haben, dass Bürgerwindparks oder Energiegenossenschaften keine Chance auf Teilhabe mehr erhalten“, sagte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) zu Befürchtungen, die von ihm eingebrachte EEG-Novelle werde durch Instrumente wie Ausschreibungen oder Direktvermarktung die Teilhabe der Bürger unmöglich machen. „Im Gegenteil: Wir werden einen gesonderten Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen, mit dem wir diese Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig sichern werden“, versprach Gabriel.

Kosten steigen gewaltig Allerdings müssen die gewaltigen Kostensteigerungen durch den schnellen Ausbau der Erneuerbaren begrenzt werden. So hat die EEG-Umlage mit 6,24 Cent pro Kilowattstunde einen Rekordwert erreicht und belastet die Privathaushalte enorm. Mit 22,8 Milliarden Euro sind die Subventionen für die Betreiber von erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen so hoch wie der Verkehrshaushalt von Minister Alexander Dobrindt (CSU). Gabriel erklärte, die hohen Ausbaupfade für Windenergie und Photovoltaik würden durch die Novelle nicht, wie gelegentlich behauptet, verringert, sondern verstetigt und weiter ausgebaut. Niemand müsse die



Der Energiewende in Bürgerhand wird nicht der Stecker gezogen, verspricht die Regierung.

Sorge haben, „die Energiewende würde ausgebremst oder die Ausbauziele der erneuerbaren Energien würden insgesamt begrenzt“. Kostengünstige Energieträger wie Windenergie an Land würden ausgebaut, Überförderungen jedoch abgebaut. „Nur durch diese Kombination machen wir die Energiewende erfolgreich, sicher und bezahlbar“, sagte Gabriel. Im Zusammenhang mit den Rabatten für stromintensive Industrien, die 5,1 Milliarden Euro betragen sollen, warnte der Wirtschaftsminister davor, „die Interessen der Verbraucher gegen die Interessen am Erhalt industrieller Arbeitsplätze auszuspielen“. Das sei „grundfalsch“. Es gehe jetzt um 2.000 Unternehmen, deren Energieintensität dazu führen würde, dass steigende EEG-Umlagen zu einem massiven Wettbewerbsnachteil würden. Wenn diesen 2.000 Unternehmen alle Ausnahmen gestrichen würden, könnte ein Drei-Personen-Haushalt um 40 bis 45 Euro im Jahr entlastet werden. „Der Preis dafür wären hunderttausende industrielle Arbeitsplätze“, warnte Gabriel. Ganz anderer Ansicht waren die Oppositionsfaktionen, die vor einer Gefährdung

der Energiewende und einer zu starken Begünstigung der Industrie warnten. „Es bleibt dabei, dass die Rentnerin und der Student für Wiesenhof und die Steinkohle-Industrie die Stromrechnung mit bezahlen“, kritisierte Caren Lay (Linke). Das sei sozial nicht gerecht. Auch mit der Neuregelung der Industrierrabatte müsse der Bäcker an der Ecke für die Großbäckerei die Stromrechnung mit bezahlen: „Das ist doch wirtschaftspolitischer Unsinn.“ Allerdings will auch Die Linke die Industrierrabatte nicht komplett abschaffen, aber verlangt in einem ebenso wie der Gesetzentwurf an die Ausschüsse überwiesenen Antrag (18/1311) klare Kriterien und eine deutliche Reduzierung. Oliver Krischer (Grüne) warf Gabriel vor, das Ausbautempo um die Hälfte gegenüber den Plänen der alten Regierung zu reduzieren. Das sei ein „Armutszertifikat“. Das EEG werde jetzt zum Bestandsschutzinstrument für die fossile Energieerzeugung. „Sie ma-

chen damit aus der Energiewende eine Braunkohlewende. Dagegen werden wir uns wehren“, kündigte Krischer an. Zu den Industrieausnahmen sagte er, die Regelung sei bürokratisch und biete zu viele Schlupflöcher, während die privaten Verbraucher mit Milliardenbeträgen belastet würden. Was Gabriel und die Koalition vorhätten, „ist ein Anschlag auf die Energiewende, auf die Arbeitsplätze, auf den Klimaschutz“. Michael Fuchs (CDU) warf der Linken vor, Unternehmen „wissentlich und willentlich“ zu zerstören, wenn sie Strompreise nach linkem Muster zu zahlen hätten. Grundstoffindustrien und Metallindustrien würden kaputtgemacht, wenn sich die Opposition durchsetze. Hubertus Heil (SPD) sprach sich auch dafür aus, den Ausbau der Stromnetze mit dem Ausbau der Erneuerbaren zu synchronisieren. „Wir brauchen keinen Wegwerfstrom“, warnte Heil. Hans-Jürgen Leersch |

»Der Bäcker an der Ecke muss für die Großbäckerei den Strom mit bezahlen.«

Caren Lay (Die Linke)

EDITORIAL

Futterneid der Industrie

VON JÖRG BIALLAS

Es ist kompliziert. Und es geht um Geld, viel Geld: stattliche fünf Milliarden Euro. Mit dieser Summe werden besonders energieintensive Unternehmen von der Ökostrom-Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) entlastet. Das soll nach den Plänen der Bundesregierung zwar so bleiben. Aber es wird neue Kriterien geben, um die Nutznießer dieser Regelung zu definieren. Deshalb werden zukünftig wohl mehr Unternehmen ein Stück vom Förderkuchen beanspruchen. Das wiederum bedeutet für andere, lukrative Krümel vom eigenen Teller abzugeben. In der Industrie ist folglich Futterneid aufgetreten, aus Angst, im internationalen Wettbewerb nicht ausreichend konkurrenzfähig zu sein.

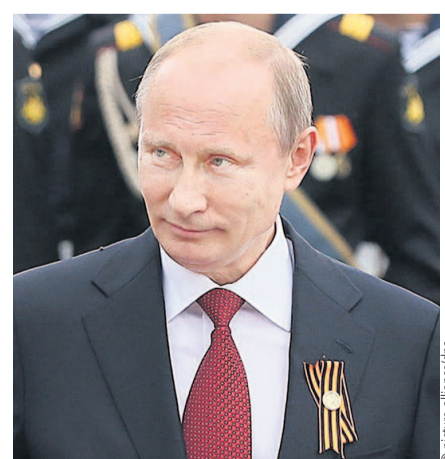
Genau das sollte die Befreiung von der Ökostrom-Umlage aber ursprünglich verhindern. Aus heutiger Sicht ist ärgerlich, dass das EEG seinerzeit ausgerechnet in diesem Punkt mit zu heißer Nadel gestrickt wurde. Mitunter musste die Logik schon sehr fantasievoll bemüht werden, um zu verstehen, warum das ein oder andere Unternehmen förderfähig sein sollte. Der Ärger von Kleinverbrauchern, die selbst keine Aussicht auf finanzielle Zugeständnisse haben, war ebenso programmiert wie nachvollziehbar. Deshalb leuchtet es ein, dass die Kriterien für die Rabatte jetzt neu justiert werden. Dies soll schnell geschehen: Kabinettsbeschluss am vergangenen Mittwoch; tags darauf Debatte im Bundestag; Verabschiedung des Gesetzes noch vor der Sommerpause des Parlamentes Anfang Juli. Damit nimmt die Energiewende aus Sicht der Bundesregierung eine weitere Hürde in eine ökologischere Zukunft. Was seinerzeit unter dem Eindruck der Atom-Katastrophe im japanischen Fukushima einigen zu zügig, manchen gar überstürzt auf den Weg gebracht wurde, gewinnt damit zumindest weiter an Kontur.

Die jetzt angestoßene EEG-Reform wird mutmaßlich nicht die letzte Korrektur im Prozess der Energiewende sein. Während die einen beklagen, die ursprünglich formulierten Ziele würden zunehmend aus den Augen verloren, spoten andere über die Nachteile alternativer Energiegewinnung, die gewiss auch unübersehbar sind. Und doch: Deutschland hat die Abkehr von der Kernenergie mit einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens beschlossen. Schon deshalb kann der Weg nicht zurück zum Atomstrom führen.

Mit Druck an den Verhandlungstisch

UKRAINE Bundestagsfraktionen dringen auf eine diplomatische Lösung der Krise. Steinmeier: Militäreinsatz wäre Katastrophe

Signale der Entspannung, gefolgt von unfreundlicheren Gesten: Mitte vergangener Woche empfahl der russische Präsident Wladimir Putin überraschend den pro-russischen Kräften im Osten der Ukraine, ihre geplanten Unabhängigkeits-Referenden zu verschieben, um dem Dialog mit der Übergangsregierung in Kiew den Weg zu ebnen. Am Freitag besuchte Putin anlässlich des Tages des Sieges über das nationalsozialistische Deutschland dann erstmals die abtrünnige Krim: Für die Ukraine eine ausgemachte Provokation. „Ich finde es schade, wenn ein solcher Tag genutzt wird, um in einem solchen Spannungsfeld eine Parade abzuhalten“, hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Vorfeld gesagt. Auch die Bundestagsabgeordneten trieb angesichts immer neuer Zusammenstöße zwischen pro-russischen Kräften und ukrainischen Sicherheitskräften die Sorge um eine weitere Eskalation um. In einer aktuellen Stunde warben sie fraktionsübergreifend für eine friedliche Lösung. „Noch kann Vernunft die Oberhand gewinnen, aber sie kann eben nur die Oberhand gewinnen, wenn alle Beteiligten bereit sind, auf den Weg von politischen Lösungen zurückzufinden – allen voran in Moskau und in Kiew“, sagte Außenmi-



Russlands Präsident Putin auf der Krim

nister Frank-Walter Steinmeier (SPD). „Wir spüren, dass die Nachrichten nicht nur immer schlechter, sondern immer schlechter werden.“ Steinmeier warnte davor, die Situation mit einer säbelrasselnden Rhetorik zu verschlimmern. Eine militärische Lösung wäre keine Lösung, „sondern ein Weg in die größere Katastrophe“. Wolfgang Gehrcke (Die Linke) stimmte Steinmeier zu, dass es „keine sinnvollen Al-

ternativen zu diplomatischen Lösungen“ geben könne. Aber wenn das so sei, müsse man zuallererst die Regierung in Kiew auffordern, „die Armee und die Nationalgarde nicht gegen das eigene Volk einzusetzen“. Gehrcke kritisierte zudem die Mission von Bundeswehrsoldaten in der Ukraine im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), deren Teilnehmer von prussischen Aktivisten festgesetzt worden waren und erst nach tagelangen diplomatischen Bemühungen Anfang Mai freigelassen wurden. Statt zur Deeskalation habe diese Mission zur Eskalation beigetragen. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) mahnte daraufhin, die Diskussion wieder „vom Kopf auf die Füße zu stellen“. Die Mission sei mit den OSZE-Regeln konform gewesen. Es sei „ihre völlig unverständliche“ und völkerrechtliche Basis infrage gestellt werden“, sagte von der Leyen. „Wenn jemand einen Rechtsbruch begangen hat, dann waren das nicht unsere Inspektoren“, sondern jene, die sie einführt und festgesetzt haben. Auch Frithjof Schmidt (Grüne) wies die Kritik an der OSZE zurück: „Hier irren Herr Gauweiler und Herr Gehrcke gemeinsam.“

Auch Peter Gauweiler (CSU) hatte den Einsatz der Militärbeobachter kritisiert. Die Rolle der Organisation müsse gestärkt werden, sagte Schmidt. „Es braucht viele OSZE-Beobachter im ganzen Land“ – gerade für die Durchführung der geplanten Präsidentschaftswahl am 25. Mai. Karl-Georg Wellmann (CDU) forderte, der „Tatsache ins Auge zu schauen“, dass im Falle der Krim „russische Panzer über fremde Grenzen gerollt sind“ und im Osten der Ukraine ein „asymmetrischer Krieg“ stattfindet. Man könne diese Vorgänge nicht ignorieren, „nur weil es unserem Ruhebedürfnis“ oder „deutscher Sentimentalität“ entspreche. Die Solidarität mit der Ukraine sei nicht einfach eine freundliche Geste, es gehe um die Verteidigung des hohen Guts der Unverletzlichkeit von Grenzen und Staaten: „Wenn Europa der Zerstörung der Ukraine tatenlos zusähe, würde es sich aufgeben.“ (Siehe auch Seite 7) ahe |

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN DECKELN?

Achtung, Kobra-Effekt

PRO



Frank Thewes »FOCUS«

Eine Grundsatzdebatte über Plan- und Marktwirtschaft hilft bei der real existierenden Energiewende nicht weiter. Denn das (Wind-)Rad lässt sich weder zurückdrehen noch neu erfinden. Wer aktuell politische Verantwortung trägt, muss daher den Wildwuchs der vergangenen Jahre möglichst schnell beenden. Denn der rasante Anstieg der Strompreise bedroht nicht nur den industriellen Kern Deutschlands, sondern auch die sinnvolle Entwicklung zukunftsträchtiger Energien. Wichtige Fragen sind offen: Wie viel erneuerbare Energie verträgt unser Land? Wirklich „nur“ die aktuell 25 Prozent oder auch 40 bis 45 Prozent, die die Bundesregierung schon in rund zehn Jahren erreichen will? Vielleicht aber schaffen wir sogar sehr viel schneller 100 Prozent als wir uns heute vorstellen können. Das hängt nicht nur von finanziellen Anreizen ab, sondern auch von Imagefaktoren – und den eigentlichen politischen Baustellen, die oft verdrängt werden. Etwa den fehlenden Stromtrassen und bald benötigten Speicherkraftwerken. Vieles bei der Energiewende wirkt überhastet statt durchdacht. Da schadet ein bisschen weniger Tempo nichts – insbesondere dann, wenn der Boom vor allem auf staatlich umgelenktes Geld zurückgeht. Subventionen führen fast immer zu Fehlentwicklungen, die Politiker selten einkalkulieren und meistens kaum noch beherrschen können. Die Subventionen für den Ökostrom sind ein Beispiel für das, was der frühere Wirtschaftsminister Horst Siebert einmal den Kobra-Effekt genannt hat. In Indien hatten die Briten während ihrer Kolonialherrschaft eine Prämie für getötete Giftschlangen ausgesetzt, um der Plage Herr zu werden. Doch die Zahl der Kobras nahm nicht ab, sondern zu. Der Grund: Viele Inder züchteten Kobras, um das Geld zu kassieren.

Clever geht anders

CONTRA



Dagmar Dehmer »Der Tagesspiegel«, Berlin

Hätte es die etwas hysterische Strompreisdiskussion des Jahres 2013 nicht gegeben, gäbe es vermutlich keine Debatte über eine Ausbaubremse für erneuerbare Energien. Doch nun soll die Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) das weitere Wachstum von Wind- und Solarstromanlagen begrenzen. Das nützt eigentlich niemandem. Die aktuellen und künftigen Ausbaukosten für Wind an Land und die Fotovoltaik erhöhen die EEG-Umlage nur noch an der zweiten Stelle hinter dem Komma. Es ist geradezu widersinnig, dass die Stromkunden in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren die Kosten für Windräder und Solaranlagen mit der EEG-Umlage so massiv gesenkt haben, dass diese nun fast überall auf der Welt wettbewerbsfähig sind. 1995 hat das Kilowatt Solarstromleistung im Bau noch rund 9.000 Euro gekostet, 2013 lagen die Kosten gerade noch bei rund 1.200 Euro. Das ist eine entwicklungspolitische Leistung, die mehr Wirkung erzielen wird als viele Milliarden Euro, die für Entwicklungshilfe ausgegeben wurden. Und jetzt, wo Solarstrom und Windstrom an Land zu den günstigsten Erzeugungsformen zählen, verordnet Schwarz-Rot Deutschland eine Ausbaubremse. Clever ist das nicht. Die eigentlichen Kostentreiber in der EEG-Umlage – die Industrierabatte und der wegen des Überangebots an Kohlestrom sinkende Börsenstrompreis – werden nicht angeührt. Die Industrie behält ihre Privilegien. Dafür werden die Bürger, die selbst zu Stromerzeugern geworden sind, in der Konkurrenz mit großen Projektentwicklern gezwungen und können auch als Investoren kaum noch von der Leistung der deutschen Stromkunden profitieren. Ein Schub für die Energiewende ist die EEG-Novelle nicht gerade.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Wird die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wie geplant bis zur Sommerpause fertig?

Ich bin optimistisch, dass wir das hinbekommen. Eine Verständigung mit den Ministerpräsidenten hat es bereits gegeben, so dass es kein Vermittlungsverfahren geben dürfte.

Sind Sie mit der nachgeschobenen Rabattregelung für die Industrie zufrieden?

Die Verhandlungsergebnisse der Bundesregierung in Brüssel können sich sehen lassen. Richtig ist aber auch, dass sich die EEG-Mindestumlage für Stromgroßverbraucher jetzt verdoppeln soll – zum Beispiel für Aluminiumwerke. Damit gehen wir schon an die Schmerzgrenze. Wir werden im parlamentarischen Verfahren genau darauf achten, dass der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie kein Bein gestellt wird.

Die installierte Leistung der Windanlagen an Land soll auf 2.500 Megawatt beschränkt werden. Tatsächlich wurden im letzten Jahr wenig mehr errichtet. Das ist keine Begrenzung.

Das ist in der Tat keine spürbare Begrenzung vor allem vor dem Hintergrund, dass zusätzlich noch Offshore-Windenergieanlagen errichtet werden, die besonders teuer sind. Hier haben sich die Bundesländer den ursprünglich geplanten Kürzungen widersetzt. Wir werden die Ausbauziele daher schneller erreichen als gedacht. Aber wir müssen auch sehen, woher wir kommen. Wir hatten bisher einen völlig ungedeckelten Ausbau der Windenergie. Jetzt liegen erstmals Steuerungsinstrumente auf dem Tisch. Das ist ein Anfang.

Ist es richtig, die Biomasse überhaupt noch zu fördern? Die Kritik lautet Vermassung der Landschaft, Explosionsgefahr der Anlagen und Grundwassercontaminierung sowie Fischsterben nach Unfällen.

Gerade Biomasse ist ein schwieriger Bereich. In der Novelle wurde eine Obergrenze von 100 Megawatt gesetzt. Ich hätte gerne einen geringeren Wert gehabt, denn wir müssen berücksichtigen, dass der Flächenverbrauch auf die Lebensmittelpreise tendenziell preistreibend wirkt.

Die Stromkunden haben bisher 120 Milliarden Euro EEG-Umlage gezahlt, allein 2013 waren es 22,8 Milliarden. Wird der starke Anstieg jetzt gestoppt?

Wir müssen realistisch sein. Der Anstieg wird gedämpft. Er wird aber nicht gestoppt. Denn jeden Tag kommen neue Anlagen hinzu, ohne dass Altanlagen in nennenswertem Umfang vom Netz gehen. Die Förderdauer beträgt 20 Jahre. Und seit 2005 wurden Anlagen in großer Zahl errichtet. Daher gibt es erst ab 2025 Chancen auf spürbare Entlastungen.

Im Gesetzentwurf ist von einer „Vielzahl von Einflussfaktoren“ die Rede, die Einfluss auf die Höhe der EEG-Umlage haben könnten. Was heißt das?

Das ist zum Beispiel die Entwicklung der Stromgroßhandelspreise oder einfach das Wetter. Im vergangenen Jahr war die Erzeugung von erneuerbarer Energie in den ersten drei Monaten verhältnismäßig niedrig, weil es nicht besonders windig war. Sonst wäre die EEG-Umlage noch stärker gestiegen.

Die EEG-Umlage liegt in diesem Jahr bei 6,24 Cent pro Kilowattstunde. Wo ist die Schmerzgrenze?

Bei mir ist die Schmerzgrenze schon überschritten. Ich würde gerne verhindern, dass die EEG-Umlage weiter ansteigt. Aber bei der Gesetzeslage wird die Umlage weiter steigen, weil nach wie vor 2.500 Megawatt Onshore-Windenergie neu errichtet werden kann und Photovoltaik-Anlagen in ähnlicher Größenordnung ausgebaut werden

»Industrie kein Bein stellen«

MICHAEL FUCHS Für den CDU-Wirtschaftsexperten ist die Schmerzgrenze bei der EEG-Umlage bereits überschritten



Kilowattstunde nennenswert unterschritten worden wären.

Im Gesetzentwurf heißt es, der Umbau der Energieversorgung biete „enorme Potenziale für Innovation, Wachstum und Beschäftigung“. Ist die Bilanz tatsächlich so positiv?

Die Bilanz ist eher gemischt. Im Handwerk hat es sicher viele Aufträge und in der Folge auch neue Arbeitsplätze gegeben. Woanders sind Arbeitsplätze zum großen Teil wieder verloren gegangen. In der Solarwirtschaft sollen es zum Beispiel bis zu 300.000 Arbeitsplätze gewesen sein. Davon kann jetzt keine Rede mehr sein. Dass die Erneuerbaren ein Arbeitsplatzverloren sein sollen, das stimmt nicht. Ich traue nur Arbeitsplätzen, die langfristig ohne Subventionen auskommen.

Warum ist im Gesetzentwurf keine Rede von Versorgungssicherheit, und warum wird sie nicht definiert?

Wenn wir mit dem EEG fertig sind, werden wir das Strommarktdesign angehen. Es geht insbesondere darum, wie wir die Stromversorgung auch bei Windstille sicherstellen, oder wenn die Sonne nicht scheint. Dabei muss auch geklärt werden, wer bezahlt, und welche Verantwortung den verschiedenen Akteuren – insbesondere auch den erneuerbaren Energien – zukommt.

Die Bezahlbarkeit der Energiewende ist genauso wenig definiert. Eine Zielbestimmung gibt es bisher nicht.

Wir dürfen uns – wie gesagt – nichts vormachen. Die EEG-Umlage wird in den nächsten Jahren nicht sinken, sondern steigen. Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif.

Die großen Stromkonzerne wollen Geld, um unrentable Kraftwerke betreiben zu können. Werden RWE und Co. zu den neuen Subventionsempfängern?

Wir haben 920 Sonnenstunden und an Land 1.870 Windstunden; offshore sind es mehr. Aber das Jahr hat 8.760 Stunden. Da wird eine Absicherung für die Zeit gebraucht, wo keine erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen. Es gibt Zeiten, da gibt es nicht eine Kilowattstunde erneuerbare Energie. In solchen Zeiten brauchen wir den gesamten Kraftwerkspark, damit die Industrie arbeiten kann und die Leute zu Hause kochen können. Deswegen müssen wir uns das Thema Kapazitätsmärkte genau anschauen, die aber nicht zu einem neuen, großen Fördertopf für die EEG werden dürfen. Klar ist aber auch: Man kann die Energieversorger nicht zwingen, Kraftwerke weiter in Stand-by laufen zu lassen und gleichzeitig die Kosten zu tragen.

Wird in Deutschland ein privater Investor noch ein konventionelles Kraftwerk bauen – oder kommen Staatskraftwerke?

Von einer Verstaatlichung und Staatskraftwerken halte ich gar nichts. Dadurch wird es nicht billiger. Wo der Staat eingestiegen ist, wurde es noch nie billiger. Aber gebaut wird nur, wenn sich das rechnet. Das ist nicht der Fall. Da liegt das Problem. Deshalb müssen wir uns über neue Rahmenbedingungen unterhalten.

Das Interview führte Hans-Jürgen Leersch.

Michael Fuchs gehört dem Bundestag seit 2002 an. Der Unternehmer aus Koblenz ist seit 2009 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Bernd Westphal: Der Gewerkschafter

Wir sind mit der Energiewende jetzt auf dem richtigen Weg“, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal gegen alle Zweifler. Er lobt das Reformvorhaben der Regierung zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das vergangene Woche im Bundestag debattiert wurde. Die Verantwortung der „Erneuerbaren“, sich in den Strommarkt zu integrieren, werde deutlich gestärkt. Zudem trage das Gesetz einer stärkeren Kosteneffizienz Rechnung, wenn nun die Vergütungssätze für Neuanlagen reduziert würden, sagt Westphal. Der im Herbst 2013 neu ins Parlament eingezogene 53-Jährige aus Niedersachsen freut sich, dass sein Parteichef, Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, in Brüssel so viel an Vergünstigungen für die stromintensive heimische Industrie herausgeholt hat. Die Sicherung der heimischen Arbeitsplätze bei der Energiewende ist für Bernd Westphal zentrales Anliegen, daran lässt der langjährige hauptamtliche Sekretär der IG Bergbau, Chemie, Energie keinen Zweifel. Und die Bürger, auf die die Stromlasten bisher abgewälzt werden? „Als Sozialdemokrat liegt mir die soziale Balance bei der Energiewende am Herzen“, sagt der Abgeordnete. „Das ist bisher nicht erreicht worden und muss sich jetzt ändern.“ Vor allem geht es Westphal darum, mit der EEG-Reform „handhabbare Regeln“ zu entwickeln, „ohne großen Verwaltungswust“. Was ist energie- oder wettbewerbsintensiv? Dafür brauche man klare Regeln, die die Firmen nicht mit viel neuer Bürokratie belasten dürften, mahnt er. Kann die Energiewende eines Tages am Bürgerwiderstand scheitern? Überall kämpfen derzeit Initiativen gegen neue Stromtrassen,

gegen Windräder oder Speicherkraftwerke. Westphal gibt sich zurückhaltend: „Um die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung müssen wir intensiv werben. Die Zielkonflikte in der Gesellschaft muss die Politik aufnehmen und ansprechen.“ Richtig wütend wird der Praktiker aus der Arbeitswelt, wenn er beim Energiethema ideologische Verbohrheiten und bloßes Neinsagerium wittert. So beim Thema Fracking, wo Bernd Westphal gegen



© BERND WESTPHAL

»Um die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung müssen wir intensiv werben.«

gen Proteste der Grünen und Widerständen auch aus der eigenen Partei für Pilotprojekte in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wirbt. In Niedersachsen werde schon seit 50 Jahren „gefackert“, sagt Westphal eindringlich. Mehr als 90 Prozent der deutschen Gasförderung komme aus seinem Heimatland, das wüssten nur zu wenige. Er plädiert dafür, die geplanten Pilotprojekte und die möglichen Risiken des Verfahrens für das Grundwasser durch unabhängige Expertenkommissionen zu begleiten und sich dann ohne Scheuklappen zu entscheiden. Jedenfalls dürfe die massive Re-industrialisierung der USA, wo Fracking im breiten Stil betrieben

werde und dies zu wettbewerbsfördernden niedrigen Gaspreisen führe, hierzulande nicht mehr übersehen werden. Bei der Rohstoffgewinnung müsse alles betrachtet werden, findet Westphal. Deshalb setzt er sich trotz Widerständen auch dafür ein, dass in seinem Wohnort Giesen bei Hildesheim ein stillgelegter Kali-Schacht wieder in Betrieb geht. „Ohne Bergbau läuft gar nichts, gibt es keine Rohstoffe. Kein Handy oder PC funktioniert ohne Bergbau“, sagt der Spross einer alten Bergarbeiterfamilie. Urgroßvater, Großvater, Vater und Bernd Westphal selbst haben alle beim Kali-Bergbau in Giesen gearbeitet. Auf diese Tradition ist der SPD-Abgeordnete stolz und so beendete er eine Bundestagsrede zur Reform des Bundesberg-Gesetzes kürzlich mit einem erfrischenden „Glück auf“. Über den Bundestagseinzug im Herbst 2013, den er als letzter auf der niedersächsischen SPD-Landesliste schaffte, hat sich Bernd Westphal „riesig gefreut“. Und ist nun als Mandatsträger an interessanten Themen und Entscheidungen, „nah dran“, wie er sagt. Westphal gehört wunschgemäß dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie an. Was war für ihn bisher die größte Umstellung nach 20 Jahren Gewerkschaftstätigkeit? „Die Arbeit im Bundestag und Wahlkreis ist zeitlich sehr anspruchsvoll“, bilanziert der gelernte Chemielaborant nach einem halben Jahr im Parlament. Aber es mache ihm auch viel Spaß. Daheim in Giesen sitzt der SPD-Ortschef auch im Gemeinderat und mischt kräftig in der Kommunalpolitik mit. Entspannung findet der verheiratete dreifache Vater beim Joggen und Radfahren. Hans Krump

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 x

(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon (0 30) 2 27-3 05 15, Telefax (0 30) 2 27-3 65 24

Internet: http://www.das-parlament.de

E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure Dr. Bernard Bode (bob), Claudia Heine (che), Alexander Heinrich (ahc), stellv. Cvd Michael Klein (mik), Claus Peter Kosfeld (pk), Hans Krump (krk), Cvd Hans-Jürgen Leersch (hle), Johanna Metz (joh), Helmut Stoltenberg (sto), Alexander Weinlein (aw)

Fotos Stephan Roters

Redaktionschluss 9. Mai 2014

Druck und Layout

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4-6

64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-/Vertriebsleitung

Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Klaus Hofmann (verantw.)

Frankenallee 71-81

60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement

Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Vertriebsabteilung Das Parlament

Frankenallee 71-81

60327 Frankfurt am Main

Telefon (0 69) 75 01-42 53

Telefax (0 69) 75 01-45 02

E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf

Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Katrin Kortmann

Frankenallee 71-81

60327 Frankfurt am Main

Telefon (0 69) 75 01-42 74

Telefax (0 69) 75 01-45 02

E-Mail: anzeigenverkauf@fs-medien.de

Abonnement

Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende

(Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Alle Preise inkl. 7% MwSt.

Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.

Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Wichtiger Teil der Energiewende sind nicht nur Windenergieanlagen wie in der Lausitz (links), sondern auch bessere Energieeffizienz von Gebäuden. Damit soll weniger Kohlendioxid ausgestoßen und immer weniger Strom von Kohlekraftwerken bezogen werden (rechts).

Energiewende auf Zielkurs

ERNEUERBARE ENERGIEN Monitoring-Bericht sieht die Stromversorgung trotz Umstellung als besonders sicher an

Während der politische Streit um die Finanzierung der Energiewende nicht zur Ruhe kommt, ist klar: Das wichtigste politische Vorhaben der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode, die Energiepolitik in Deutschland auf ein neues Fundament zu stellen, ist insgesamt auf einem gutem Kurs. Das zumindest sagt eine Expertenkommission im zweiten Monitoring-Bericht der Bundesregierung zur Energiewende: Doch während sich der Ausbau der erneuerbaren Energien auf dem Zielpfad befindet, sind die Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie die Fortschritte bei der Energieeffizienz noch unbefriedigend.

Beobachtungsinstrument Der Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ ist ein Instrument, mit dem die Bundesregierung die Entwicklung der Energiewende kontinuierlich beobachtet und begleitet. Der Regierungsbericht wird von vier Wissenschaftlern ausgewertet, die vom Wirtschaftsministerium berufen wurden. Vorsitzender der Arbeitsgruppe ist Andreas Löschel, Leiter des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim und Professor in Heidelberg.

Er hat zusammen mit den Mitautoren Georg Erdmann, Frithjof Staif und Hans-Joachim Ziesing bereits für den ersten Monitoring-Bericht, der im Dezember 2012 vorgelegt wurde, elf Messgrößen erarbeitet, mit denen sich der Fortschritt der Energiewende und die Umsetzung des Energiekonzept von 2010/2011 besser beschreiben lassen. Alle drei Jahre soll ein zusammenfassender, strategisch ausgerichteter Fortschrittsbericht der Bundesregierung die jährlichen Berichte ergänzen. Der jetzige Monitoring-Bericht ist am selben Tag im Kabinett beraten und veröffentlicht worden, als auch der Beschluss zur Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) getroffen wurde. Doch während sich damals wie heute die gesamte öffentliche Aufmerksamkeit um die Finanzierung der Energiewende dreht, sind die bereits erreichten Fortschritte bei der Neuausrichtung der Energiepolitik eher ein Thema für wenige Experten.

Weniger Primärenergieverbrauch Dabei kann sich das Erreichte durchaus sehen lassen, denn der Bericht macht deutlich: Trotz aller politischen Auseinandersetzungen nimmt die Energiewende im Land immer weiter konkrete Gestalt an. So sank beispielsweise zwischen 2008 und 2012 der Primärenergieverbrauch um 4,3 Prozent. Zwar lag im Jahr 2012 der Bruttostromverbrauch bei 605,6 Terrawattstunden (TWh) und war damit gegenüber 2011 nahezu unverändert. Doch gegenüber dem Basisjahr 2008 ist er um 1,9 Prozent gesunken. Bereinigt um Temperatur- und Lagerbestandsfekte hat sich am Ende auch der Primärenergieverbrauch 2012 um ein Prozent gegenüber dem Vorjahr verringert. Ein zurückgehender Energieverbrauch korreliert dabei mit einem sich nach und nach verändernden Zusammensetzung des Energieangebots. Das gilt ganz besonders für die

erneuerbaren Energien, deren Ausbau weiter zunimmt. So stieg der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch in 2012 auf 12,4 Prozent. Damit liegt Deutschland bezogen auf die im Energiekonzept genannten Ausbauziele beim Einsatz erneuerbarer Energien weiterhin auf Zielkurs.

Am Bruttostromverbrauch stieg der Anteil der erneuerbaren Energien im Jahr 2012 sogar auf 23,6 Prozent. Damit wurden die erneuerbaren Energien zum zweitgrößten Stromerzeuger in Deutschland nach der Braunkohle. Bei den erneuerbaren Energien kann damit, so das Fazit der Wissenschaftler, das Ziel, bis zum Jahr 2020 den Anteil am Bruttoendenergieverbrauch auf 18 Prozent zu erhöhen, aus heutiger Sicht erreicht werden. Wie schon in den vergangenen Jahren ist dabei der Ausbau im Stromsektor weiterhin die treibende Kraft. Der Monitoring-Bericht macht auch deutlich, dass die Energiewende mehr umfasst, als nur die Entwicklungen im Strombereich. Es kommt auch maßgeblich auf Wärme und Effizienz in Industrie, Gebäuden und Haushalten an. Das geht in der Diskussion zuweilen unter, denn der Wärmemarkt macht über die Hälfte des Endenergieverbrauchs aus. Und auch hier stieg der Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmebereitstellung zwischen 2000 und

2012 von vier auf 10,0 Prozent. Im Wärme-sektor befindet sich der Ausbau erneuerbarer Energien damit ebenfalls im Zielkorridor für das Jahr 2020. Noch mehr: Investitionen in erneuerbare Energien und steigende Energieeffizienz führten, so die Autoren der Studie, auch zu einer zunehmenden Nachfrage an Arbeitskräften in verschiedenen Wirtschaftszweigen.

Parlamännchen
Politik für Kinder

Erneuerbare Energien

Erneuerbare Energien heißen so, weil sie aus Quellen kommen, die nie versiegen. So stehen Wind und Sonne immer zur Verfügung und schicken keine Rechnung, wenn man sie nutzt. Sogar aus Mais kann Strom gemacht werden. Erneuerbare Energien verschmutzen auch nicht die Umwelt. Je mehr Strom aus Wind und Sonne gemacht wird, desto weniger heizt sich die Erde auf. Um etwas gegen die Erwärmung der Erde zu tun, wurde beschlossen, den Bau von Windrädern und Solarenergie-Anlagen zu fördern. Das heißt Energiewende. Es wurden schon viele Anlagen gebaut. Damit es nicht zu viele werden, sollen Ausgaben begrenzt werden. Sonst wird die Energiewende zu teuer.

Nach Schätzungen sind bis zum Jahr 2012 rund 377.800 Arbeitsplätze durch erneuerbare Energien entstanden und rund 436.000 durch die Steigerung der Energieeffizienz.

Der Bericht weist auch darauf hin, dass die Stromversorgung in Deutschland zu einer der sichersten weltweit zählt. Abseits aller

politischen Krisen um die Versorgung mit ausreichendem Erdgas im Zuge des derzeitigen Konflikts in der Ukraine war die Versorgungssicherheit, das heißt die jederzeitige und ausreichende Energieversorgung von Haushalten und Wirtschaft, zu keinem Zeitpunkt in den vergangenen Jahren gefährdet. Ein für die Versorgungssicherheit entscheidender Indikator ist dabei der Umfang der gesicherten Erzeugungslieferung. Nach diesem Indikator zu urteilen, ist momentan in Deutschland noch kein genereller Versorgungsengpass festzustellen – trotz der Pläne vieler Kraftwerksbetreiber, einzelne ihrer Anlagen dauerhaft vom Netz zu nehmen.

Versorgung gesichert Deutschlandweit stehe damit auch weiterhin eine ausreichend gesicherte Kraftwerksleistung zur Deckung der Jahreshöchstlast zur Verfügung. „Zudem ist Deutschland Teil des europäischen Stromverbundes, so dass im Bedarfsfall auch auf Reserven in den Nachbarländern – sofern verfügbar – zurückgegriffen werden könnte“, schreibt die Regierung, die zugleich darauf hinweist, dass der Kraftwerkspark trotz Abschaltung von Atomkraftwerken größer geworden sei: „Nachdem die inländische Kraftwerkskapazität im Jahr 2011 trotz der Abschaltung von acht Kernkraftwerken um rund 7,7 GW (Gigawatt) zunahm, sind im Jahr 2012 weitere rund 10,3 GW hinzugekommen. Der Anstieg geht vorrangig zurück auf den Ausbau von erneuerbaren Energien.“

Allerdings drohen, so mahnen die Berichtsersteller, mit dem geplanten Abschalten der noch verbleibenden Kernkraftwerke südlich der Mainlinie lokale Kapazitätsengpässe, die durch den Rückstand beim Ausbau der Übertragungsnetze noch verschärft werden könnten. Die Situation in Süddeutschland dürfe deshalb „vorübergehend angespannt bleiben“. Doch auch dort, wo die Wissenschaftler noch stärkeren Handlungsbedarf sehen, etwa beim effizienten Einsatz von Energie in Gebäuden – mit 36,7 Prozent Anteil am gesamten Endenergieverbrauch eines der wichtigsten Handlungsfelder –, gibt es erste Fortschritte zu verzeichnen. So ergab sich bei der Raumwärme für private Haushalte 2012 ein spezifischer Endenergieverbrauch von rund 146,7 kWh/qm – ein Wert, der rund 25 Prozent niedriger ist als noch vor zehn Jahren.

Treibhausgasemissionen gestiegen Einzig allein bei der Reduktion der Emission von Treibhausgasen mahnen die Wissenschaftler mehr Ehrgeiz an. Da die Treibhausgasemissionen in den vergangenen zwei Jahren in Deutschland wieder gestiegen sind, drohe, so warnen sie, eine Verfehlung des Minderungsziels von 40 Prozent bis 2020. Die Bundesregierung spricht in ihrem Monitoring-Bericht dann auch von einer erwarteten Senkung der Treibhausgasemissionen von lediglich 35 Prozent. Diese Zielverfehlung werde nicht verhindert werden können, wenn keine zusätzliche energie- und klimapolitische Maßnahmen implementiert würden. So sollten bei der Emissionsminderung sich die Anstrengungen vor allem auf eine deutliche Verringerung des Energiebedarfs für Wärme konzentrieren, bei gleichzeitig fortgesetztem Aus-

bau der regenerativen Energien. Bisher, so die Gutachter, sei die Steigerung der Energieeffizienz eher verhalten verlaufen. In Zukunft sollten Effizienzmaßnahmen im Gebäudebereich, aber auch im Verkehr höchste Priorität erhalten.

Umlagen für Endverbraucher Und auch auf parteipolitisches vermintes Gelände wagen sich die Autoren des Monitoring-Berichts vor, indem sie darauf hinweisen, dass zwar die gesetzlichen Umlagen für die nicht-begünstigten Endverbraucher in den letzten Jahren deutlich gestiegen seien, die gesamtwirtschaftlich aggregierten Letztverbraucherleistungen für Elektrizität im Jahr 2012 aber nicht stärker als das nominale Bruttoinlandsprodukt angewachsen seien. Sie blieben auf einen nahezu unveränderten Anteil von 2,5 Prozent begrenzt. Die Expertenkommission gelangt daher zur Einschätzung, dass die bisherige Kostenbelastung durch die Energiewende für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt noch nicht so dramatisch ist, wie dies in der Öffentlichkeit oft dargestellt würde. Die im Jahr 2012 stark gestiegenen Gesamtausgaben für Erdgas und für Kraftstoffe seien vor allem auf die internationale Preisentwicklung zurückzuführen und nicht der Energiewende zuzurechnen.

Die Expertenkommission rät der Bundesregierung darüber hinaus dringend dazu, sich in Brüssel bei der Europäischen Union für eine ernst zu nehmende Wiederbelebung des Emissionshandels einzusetzen. Die Hälfte der deutschen Emissionen unterliegt einer Begrenzung des CO₂-Ausstoßes über den Emissionshandel. Doch weil die Preise für die Tonne CO₂ dramatisch gefallen sind, ist es wieder lukrativ geworden, Kohle im großen Stil zu verbrennen – mit dem Ergebnis, dass die CO₂-Emissionen in Deutschland steigen. Darüber hinaus rät die Expertenkommission dazu, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele bei der Energieeffizienz „zu konkretisieren“, wie es in dem Bericht heißt. Das gelte vor allem für die „Finanzierungs-basis“, zu der „keine Angaben gemacht werden“, merken die Forscher an. Um mehr Klarheit darüber zu bekommen, wie es beispielsweise um die Gebäudesanierung bestellt ist, müsse die Regierung deshalb dringend definieren, was sie eigentlich unter der „Sanierungsrate“ verstehe, die sie mit ihrem Energiekonzept „verdoppeln“ wolle. Derzeit verfüge niemand über eine seriöse Zahl in Sachen Sanierungsrate. Das müsse sich dringend ändern. *Christoph Birnbaum*

Der Autor ist Wirtschaftsjournalist in Bonn.

Kosten sollen stabil bleiben

GESETZ EEG-NOVELLE begrenzt den Ausbau der »Erneuerbaren«

Mit der Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (18/1304) soll „die Entwicklung zu einer Energieversorgung ohne Atomenergie und mit stetig wachsendem Anteil erneuerbarer Energie konsequent und planvoll“ fortgeführt werden. Zugleich soll die Novelle die Kostendynamik der vergangenen Jahre beim Ausbau der erneuerbaren Energien durchbrechen und so den Anstieg der Stromkosten für Stromverbraucher begrenzen. Geplant ist auch, den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien auf kostengünstige Technologien zu konzentrieren.

Der Ausbaupfad für Energieerzeugungsanlagen soll begrenzt werden. So soll die installierte Leistung der Windenergieanlagen an Land und der Photovoltaik um nicht mehr als 2.500 Megawatt pro Jahr erhöht werden. Die installierte Leistung von Windenergieanlagen auf See soll auf insgesamt 6.500 Megawatt im Jahr 2020 und 15.000 Megawatt im Jahr 2030 steigen. Der Zuwachs an installierter Leistung der Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Biomasse soll auch zwecks Erhaltung der biologischen Vielfalt auf 100 Megawatt pro Jahr begrenzt werden.

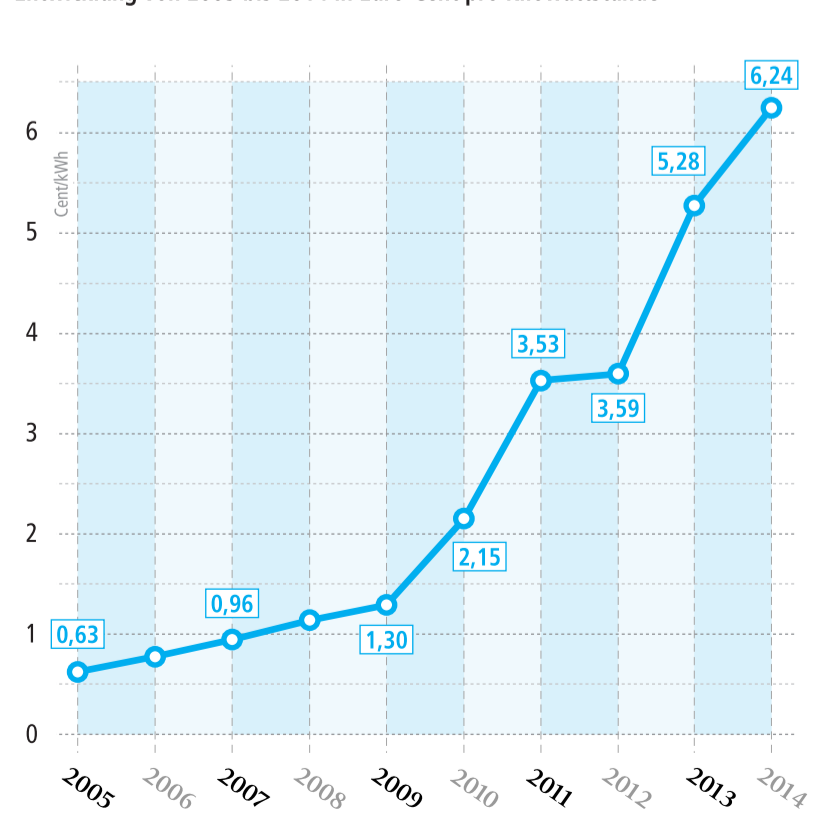
Geplant ist außerdem, die Förderungshöhe bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen durch Ausschreibungen zu ermitteln und ab 2017 auszuweiten. Außerdem soll die Direktvermarktung von aus erneuerbaren Energien erzeugtem Strom verpflichtend werden. Sie wird schrittweise eingeführt. An den Kosten des Ausbaus erneuerbarer Energien (EEG-Umlage) sollen alle Stromverbraucher „in adäquater Weise“ beteiligt werden, ohne dass die internationale Wettbe-

werbsfähigkeit der stromintensiven Industrie gefährdet würde. Daher sieht der Entwurf eine „ausgewogene“ Regelung für eigen erzeugten und selbst verbrauchten Strom vor. Außerdem soll die „Besondere Ausgleichsregelung“ überarbeitet werden. Vorgesehen sind Rabatte für bestimmte Branchen, die ein Volumen von rund fünf Milliarden Euro haben sollen.

Als wesentliches Ziel des Entwurfs wird formuliert, die EEG-Umlage in den nächsten Jahren auf dem heutigen Niveau zu stabilisieren. Zugleich wird aber darauf hingewiesen, dass die Höhe der Umlage nicht nur von den Kosten des Ausbaus erneuerbarer Energien abhängt, sondern dass „eine Vielzahl von Einflussfaktoren auf die Höhe der EEG-Umlage wirkt“, zum Beispiel Börsenstrompreis und Wetter. Daher seien konkrete Abschätzungen zur Entwicklung der Umlage „selbst auf kurze Zeit mit starken Unsicherheiten behaftet“. 2013 wurden an die Betreiber von erneuerbaren Energieanlagen Vergütungen in Höhe von 22,8 Milliarden Euro gezahlt. Daraus ergibt sich ein durchschnittlicher EEG-Vergütungssatz von 17 Cent pro Kilowattstunde für den Bestand, während für Neuanlagen 14,6 Cent angegeben werden. Dieser Vergütungssatz soll für 2015 ans Netz gehende Neuanlagen auf zwölf Cent sinken. *hle*

Höhe der EEG-Umlage für Privathaushalte

Entwicklung von 2005 bis 2014 in Euro-Cent pro Kilowattstunde



Quelle: Deutsche Übertragungsnetzbetreiber

Grafik: Stephan Roters

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Was für eine Aufregung. Die Frage aller Fragen, ob und wie Edward Snowden in dem zur Aufklärung des Spähkandals um den US-Geheimdienst NSA eingesetzten Untersuchungsausschuss aussagen soll, scheuchte vergangene Woche den politisch-medialen Betrieb gehörig durcheinander. Pressekonferenzen im Vorfeld der Ausschusssitzung waren überfüllt, bei denen die Fraktionsobleute ebenso wie in Interviews nicht mit saftiger Polemik geizten.

Für Konstantin von Notz wäre es ein „Stück aus dem Tollhaus“, Snowden nicht persönlich im Ausschuss anzuhören, sondern per Videoschaltung nach Moskau, wo ihm Russland Asyl gewährt. Mit „winkeladvokatischen Zügen“, sagte der Grünen-Abgeordnete, wolle vor allem die Union einen Auftritt des Ex-NSA-Mitarbeiters in Berlin verhindern, der die Spionageaffäre mit seinen Enthüllungen ins Rollen gebracht hatte. Martina Renner ortete bei der Koalition „Taschenspielertricks“. Der Regierung warf die Linken-Obfrau „implizierte Drohungen“ vor, wenn die Abgeordneten unter Verweis auf ein Gutachten von US-Juristen gewarnt würden, sie machten sich durch eine Vernehmung des von den USA per Haftbefehl gesuchten Whistleblowers strafbar. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Fraktion, Michael Grosse-Brömer (CDU), hielt der Opposition im Gegenzug vor, um Snowden „Klamauk“ zu veranstalten.

Einstimmig Angesichts des Getöses mutete es erstaunlich an, dass sich die Kampfhähne über die hinter verschlossenen Türen getroffene Entscheidung zur Causa Snowden zuletzt recht zufrieden zeigten: Einstimmig votierte das Gremium dafür, den 30-Jährigen noch vor der Sommerpause anzuhören – aber die Frage zu vertagen, wo und wie die „Schlüsselfigur“ (SPD-Obmann Christian Flisek) vernommen werden soll. Dies soll mit Snowdens Anwalt geklärt werden. Renner zeigte sich „erleichtert“. Die Linken-Abgeordnete und Notz freuten sich, dass die Tür für ein Erscheinen Snowdens in Berlin nun im Prinzip offen sei. Von einem „sehr guten Signal“ sprach Flisek. Der Unions-Obmann Roderich Kiesewetter (CDU) lobte einen „wesentlichen Fortschritt“. Er will weg von der Fixierung auf Snowden und hob hervor, dass der Ausschuss eine lange Liste prominenter Zeugen aufgestellt habe, auf der neben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihrem Vorgänger Gerhard Schröder (SPD) zahlreiche aktuelle und ehemalige Minister sowie amtierende und frühere Geheimdienstchefs stehen.

Nur aufgeschoben Doch der Showdown ist nur aufgeschoben. Alle Fraktionen hoffen, sich bei den anstehenden Gesprächen durchsetzen zu können. Kiesewetter proklamierte schon jetzt: „Ich schließe eine Vernehmung Snowdens in Deutschland aus.“ Damit liegt der CDU-Mann auf der Linie der Regierung, die dem Whistleblower die Einreise verweigern will, um Verwicklungen mit den USA zu vermeiden. Obendrein werde Washington bei einer Einreise Snowdens von Berlin dessen Auslieferung verlangen. Flisek kritisierte diese Position als „sehr einseitig“. Schließlich sei bei der Definition des

Anhören über das Abhören

NSA-AUSSCHUSS Einstimmig beschließen die Abgeordneten, Snowden zu vernehmen. Umstritten bleibt das Wo und Wie



Im April äußerte sich der Ex-NSA-Mitarbeiter Edward Snowden per Videoschaltung bei einer Sitzung des Europaparlaments in Straßburg.

„Staatswohls“ auch das Interesse an der Aufklärung der massenhaften Spähaktionen zu berücksichtigen. Der SPD-Abgeordnete strebt „offene Verhandlungen“ mit Snowdens Anwalt an; neben einer Visite der Obleute in Moskau oder einer Videoschaltung hält er auch eine Anhörung im Bundestag für denkbar.

Aus Sicht der Opposition leitet sich aus dem Auftrag des Untersuchungsausschusses und aus gesetzlichen Bestimmungen zwingend ab, dass der Zeuge persönlich im Ausschuss erscheinen müsse. Zu bedenken sei auch, dass Snowden in Moskau wegen der Auflage, die Beziehungen zu den USA nicht zu gefährden, „nicht frei reden kann“, sagte Ren-

ner. Für Notz ist es eine „bizarre Vorstellung“, während der Ukraine-Krise zu einer Vernehmung Snowdens nach Russland zu reisen. Renner und Notz wollen die Einschaltung der Gerichte prüfen, falls ein Auftritt dieses Zeugen in Berlin verhindert werden sollte. Ein Gang nach Karlsruhe ist also nicht vom Tisch.

Zank um Merkel Derweil stritten Koalition und Opposition im Bundestagsplenum über Merks Umgang mit der NSA-Affäre während ihrer jüngsten Reise nach Washington. Sie habe die Chance vertan, US-Präsident Barack Obama gegenüber Klarheit zu reden, und beim Schutz der Bürgerrech-

te vollkommen versagt, kritisierte Jan Korte (Linke). Omid Nouripour (Grüne) monierte, Merkel habe nicht einmal darauf beharrt, dass ihre eigene Ausspähakte vernichtet wird. Elisabeth Motschmann (CDU) hielt dagegen, die Kanzlerin habe in Washington erneut ein No-Spy-Abkommen gefordert. Das „kritische Thema NSA“ dürfe nicht vergessen lassen, was Deutschland dem Bündnis mit den USA verdanke. Rolf Mützenich (SPD) sah die Beziehungen zu den USA durch die NSA-Ausspähungen „nachhaltig beschädigt“. Zugleich verteidigte der SPD-Parlamentarier die Kanzlerin, die durchaus auf Meinungsunterschiede hingewiesen habe. *Karl-Otto Sattler/Götz Hausding*

Alleinerziehende im Fokus

JUSTIZ I Linke fordert Ausbau des Unterhaltsvorschlusses

Die Linken fordern einen Ausbau des Unterhaltsvorschlusses. Sie kritisiert, dass die Bezugsdauer des Unterhaltsvorschlusses auf sechs Jahre begrenzt sei und diese Leistung nur bis zum zwölften Lebensjahr des betreffenden Kindes gewährt werde. Zudem sei es ungerecht, das Kindergeld voll auf den Unterhaltsvorschluss anzurechnen. Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Fraktion deshalb einen Gesetzentwurf vorlegen, der das höchstmögliche Bezugsalter beim Unterhaltsvorschluss auf das 18. Lebensjahr ausweitet, die Beschränkung dieses Leistungsbezugs auf sechs Jahre aufhebt und das Kindergeld nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschluss anrechnet. Einen entsprechenden Antrag der Linkenfraktion (18/983) überwies der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung in die Ausschüsse. Der Unterhaltsvorschluss wird an Alleinerziehende und deren Kinder gezahlt, wenn die Unterhaltszahlungen des zweiten Elternteils ausbleiben. „Dass die bisherigen Regelungen des Unterhaltsvorschlusses nicht ausreichen, ist seit Jahren fraktionsübergreifend – auch bei den damit befassten Juristen – wohl unstrittig“, argumentierte für Die Linke ihr Abgeordneter Jörn Wunderlich in der Debatte. Das sei auch in der Praxis einhellige Meinung. Die Anhebung der Altersgrenze auf 18 Jahre sei eine Lösung, „die endlich umgesetzt werden muss“.

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD bekannten sich ausdrücklich dazu, die Situation von Alleinerziehenden verbessern zu wollen. „Gerade die Alleinerziehenden leisten besonders viel. Gerade deswegen haben die Alleinerziehenden einen Anspruch auf unsere besondere Solidarität und Unterstützung dabei, gemeinsam mit ihren Kindern ihren Alltag zu meistern“, sagte der SPD-Abgeordnete Fritz Felgentreu. Den Linken-Antrag lehnten Union und SPD jedoch ab. Das Vorhaben sei in dieser Form nicht zu finanzieren. Die CDU-Parlamentarierin Gudrun Zollner verwies auf den Koalitionsvertrag. Es sei beschlossen worden, den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende in dieser Legislaturperiode anzuheben und nach der Anzahl der Kinder zu staffeln. Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen) unterstützte die Forderungen der Linkenfraktion prinzipiell. Die derzeitigen Regelungen beim Unterhaltsvorschluss seien unlogisch und ungerecht. „Wenn die Bundesregierung sagt, sie habe dafür nicht das Geld, wünsche ich mir, dass man Strategien entwickelt, wie man das Eintreiben des Unterhaltsvorschlusses verbessern kann“, forderte Brantner. Nach der Gesetzeslage müssen die Bundesländer den gezahlten Unterhaltsvorschluss beim unterhaltspflichtigen Elternteil zurückfordern. Die Länder tragen auch zwei Drittel der Kosten des Unterhaltsvorschlusses. *aw*

Schneller zahlen

JUSTIZ II Initiative gegen Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr

Auftragnehmer sollen schneller als bislang an das Geld für ihre geleistete Arbeit kommen. Das ist das Ziel eines Gesetzentwurfes der Bundesregierung (18/1309), über den der Bundestag am vergangenen Freitag in erster Lesung beriet. Der Vorlage sieht unter anderem vor, dass Klauseln in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die einen Zahlungsaufschub von mehr als 30 Tagen vorsehen, unwirksam sind. Im Falle, dass die Vertragspartner individuelle Vereinbarungen zu Zahlungsfristen treffen, soll ein Aufschub von mehr als 60 Tagen für die Begleichung der Rechnung in Zukunft nur wirksam sein, wenn dies für den Gläubiger nicht „grob unbillig“ ist. Lassen sich öffentliche Auftraggeber Zahlungsfristen von mehr als 30 Tagen einräumen, so sollen solche Vereinbarungen nur wirksam sein, wenn sie „sachlich gerechtfertigt“ sind. Für Die Linke begrüßte ihr Abgeordneter Richard Pitterle die Zielrichtung des Gesetzentwurfes, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen zu schützen. Der ganz große Wurf ist die Regierungsvorlage aus seiner Sicht jedoch nicht, ganz im Gegenteil. Wenn nämlich im Gesetz von einer Höchstfrist von 60 Tagen die Rede sei, liege es nahe, „dass dieser Wert als Richtwert genommen wird und der Gläubiger entsprechend lange auf sein Geld warten muss“. Ähnlich sah das die Grünen-Parlamentarierin Katja Keul. In dem man die Vertragsfreiheit

auf maximal 60 Tage einschränken wolle, bringe man möglicherweise einige Vertragspartner erst darauf, diese Zeit auch auszunutzen, argumentierte Keul. „Ernsthaft irritiert“ habe sie zudem, dass die Vertragspartner nicht auf Verzugszinsen verzichten dürften, sagte die Grünen-Abgeordnete und warf die Frage auf, wie man „denn so einen finanziell angeschlagenen Schuldner zur pünktlichen Ratenzahlung motivieren“ solle. Der SPD-Parlamentarier Dirk Wiese sprach sich hingegen für das Verbot des Verzichts auf Verzugszinsen aus. „Das schützt die jeweils schwächere Vertragspartei“, argumentierte Wiese. Aus Sicht des Sozialdemokraten muss „die Selbstverständlichkeit des sofortigen Zahlens wieder einkehren“. Gerade für das Handwerk stelle die späte Begleichung von Rechnungen eine große Gefahr dar, warnte Wiese. „Wir wollen, dass eine Kultur rascher und rechtzeitiger Zahlung in Deutschland und Europa etabliert wird“, betonte auch der CDU-Abgeordnete Stephan Harbarth. Da die üblichen Zahlungsrhythmen in Europa weit gefächert seien und die öffentliche Hand teils besonders lange mit den Zahlungen abwarten würde, ergäben sich für die Neuregelung zwei wichtige Punkte, sagte Harbarth: So müsse zum einen ein europaweiter Ansatz gewählt werden. Zum anderen müssten für die öffentliche Hand besonders strikte Vorgaben gelten. *ha*

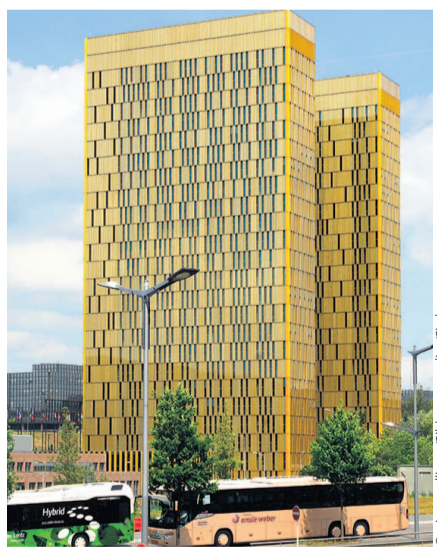
Neue Lage, alter Clinch

INNERES Auch nach dem EuGH-Urteil sorgt die Vorratsdatenspeicherung für Kontroversen

Alles schon mal gehört. Linke und Grüne, erprobte Kämpfer im Clinch um die Vorratsdatenspeicherung, wetterten vergangenes Freitag im Bundestag mit Verve gegen diese Ermittlungsmethode, welche die Grundrechte massiv verletze. Erst langsam begriff man, mahnte Katja Keul (Grüne), welche Macht jene hätten, „die über unsere Daten verfügen“. Jan Korte (Linke) attackierte die Vorratsdatenspeicherung, weil sie alle Bürger „unter Generalverdacht“ stelle. CDU und CSU wiederum verteidigten dieses „wichtige Ermittlungsinstrument“ zur Aufklärung von schwerer Kriminalität, wie es Patrick Sensburg (CDU) formulierte.

Paukenschlag Also nichts Neues? Keineswegs. Die Plenardebatte stand im Zeichen des im April vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) gefällten Urteils, das mit einem Paukenschlag eine neue Situation geschaffen hat: Die Richter erklärten eine Brüsseler Richtlinie, die den 28 EU-Mitgliedsstaaten die Einführung der Vorratsdatenspeicherung auferlegt hatte, kurzerhand für nichtig. Die Frage, welche Konsequenzen aus dieser Entscheidung sind, sorgte im Vorfeld der Aussprache für Spannung. Der Debatte lagen ein Antrag der Linken (18/302) und zwei Anträge der Grünen (18/381 und 18/1339) zugrunde.

Natürlich verhilft der Spruch aus Luxemburg den Kritikern der Vorratsdatenspeicherung zu Oberwasser. Aus Sicht Keuls bedeutet diese Entscheidung deren „dauerhaftes Ende“. Sie rief dazu auf, „dieses Kapitel endgültig abzuschließen“. Die Grünen-Politiker-



Hochhaustürme des EuGH in Luxemburg

in griff die Innenpolitiker der Union an, die trotz des EuGH-Votums in einer „Erfurter Erklärung“ eine Neuaufgabe der Vorratsdatenspeicherung forderten: „Was ist das für ein Rechtsstaatsverständnis?“ Korte appellierte an die Befürworter der Vorratsdatenspeicherung, „in sich zu gehen“ und darüber nachzudenken, ob sie nicht dem Urteil des EuGH wie der bereits früher gefällten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts folgen wollten. Er verwies auf Studien des Max-Planck-Instituts, wonach seit dem durch Karlsruhe auf nationaler Ebene verfügten Aus für die Vorratsdatenspeicherung keine Lücke bei der Strafverfolgung entstanden sei. Das Verfassungsgericht wie die Luxemburger Instanz hätten dieses Instrument zwar nicht verboten, aber vom Gesetzgeber auch nicht verlangt, eine reformierte Version zu beschließen. Dass die Vorratsdatenspeicherung richterlich nicht prinzipiell verworfen wurde,

nutzt die Union als politischen Hebel. Aus Karlsruher Sicht könne man mit diesem Instrument durchaus legitime Interessen verfolgen, sagte Sensburg, und auch der EuGH sehe in der Vorratsdatenspeicherung ein „nützliches Mittel“. In beiden Urteilen würden konkrete Bedingungen benannt, bei deren Berücksichtigung dieses Instrument zu lässig sei. Für Sensburg ist der Königsweg eine verfassungskonforme Neuregelung, die im Blick auf Eingriffe in Grundrechte die Verhältnismäßigkeit wahrt.

Auf dieser Linie argumentierte auch Volker Ullrich. Der CSU-Parlamentarier mahnte zu einem besonnenen Vorgehen. Erst einmal solle man die Prüfung der Luxemburger Entscheidung durch das Innen- und das Justizministerium abwarten; auch solle man schauen, welche Haltung die nach der Wahl zum EU-Parlament neu zu bildende Brüsseler Kommission einnehme. Aufhorchen ließ Ullrich mit dem Vorschlag, zu prüfen, ob es vielleicht „gleichwertige Alternativen“ zur Vorratsdatenspeicherung gebe. Gegen Schnellschüsse wandte sich auch Christian Flisek, der das EuGH-Urteil ausdrücklich begrüßte. Ohne die Union zu erwähnen, lehnte der SPD-Politiker „nationale Alleingänge“ ab, wie dies Politiker des Koalitionspartners in den vergangenen Wochen ins Spiel gebracht hatten. Flisek stellte sich mit Blick auf die Opposition aber auch gegen „aktionistische Anträge“. Beim komplizierten Thema Vorratsdatenspeicherung helfe „holzschnittartiges Schwarz-Weiß“ nicht weiter, man solle lieber „ideologisch abrüsten“. Angesichts grenzübergreifender Datenströme in einer digitalisierten Welt seien Vereinbarungen zum Datenschutz nötig, die auf internationaler Ebene getroffen würden, betonte Flisek, der für einen „intensiven Dialog“ auf EU-Ebene über die Folgen des Luxemburger Richterspruchs eintrat. *kos*

Mehr Hilfen für Flüchtlinge gefordert

SYRIEN Scharfe Kritik an mangelnder Aufnahmebereitschaft vieler EU-Staaten

Von der „größten humanitären Katastrophe der letzten Jahrzehnte“ sprach Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU), von einer „humanitären Katastrophe unbeschreiblichen Ausmaßes“ die Grünen-Parlamentarierin Claudia Roth. Die Rede war von der Lage im Bürgerkriegsland Syrien, die zusätzlich vergangene Woche im Bundestag so zusammenfasste: „150.000 Tote in zwei Jahren (...), zehn Millionen Flüchtlinge in einem Land mit 22 Millionen Einwohnern.“ Damit sei jeder zweite Syrer innerhalb oder außerhalb des Landes auf der Flucht, 4,5 Millionen seien in den Nachbarländern als Flüchtlinge registriert. „Ein fast biblischer Exodus von Menschen wie Sie und ich, die alles verloren haben“, ergänzte Roth.

»Beschämend gering« Diesen Flüchtlingen soll nach dem Willen des Bundestags verstärkt geholfen werden. „Die internationale Gemeinschaft und auch Deutschland sollten ihre humanitäre Hilfe weiter intensivieren“, heißt es in einem Antrag der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion (18/1333), den das Parlament gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke verabschiedete. Keine Mehrheit fand ein Grünen-Antrag (18/1335), der ebenfalls auf verstärkte Hilfen für die syrischen Flüchtlinge abzielte. In beiden Vorlagen wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, die deutschen Sondermittel für humanitäre Hilfe und Krisenbewältigung in Syrien und der Region zu veretigen sowie auf die anderen EU-Staaten einzuwirken, ebenfalls deutlich mehr Gelder für die humanitäre Unterstützung in der Region zu verwenden. Nach dem Parlamentsbeschluss soll sich die Bundesregierung zudem auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass auch die anderen Länder der Europäischen Union deutlich mehr syrische Flüchtlinge außerhalb des Asyls-

tems aufnehmen. Nach dem Willen der Grünen sollte die Bundesregierung darüber hinaus unter anderem auf die Bundesländer einwirken, die Einreise für Familienangehörige aus Syrien zu vereinfachen. Müller verwies in der Debatte darauf, dass die Bundesregierung „seit Beginn der Krise mehr als eine halbe Milliarde Euro an Hilfsleistungen erbracht“ habe. Man werde die Unterstützung weiter verstärken und weiter vor Ort helfen. Mehr leisten müsse aber auch die EU. In einigen Staaten Europas sei die Bereitschaft zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge „beschämend gering“. Gebraucht werde ein Sonderrat zur Lage der Flüchtlinge aus Syrien sowie europäisches Sonderprogramm zur Unterstützung der Anrainerlande. Der Parlamentarische Innen-Staatssekretär Ole Schröder (CDU) sagte, außerhalb der Krisenregion nehme die Bundesrepublik weltweit die meisten Flüchtlinge aus Syrien auf. Der Schwerpunkt der deutschen Flüchtlingshilfe solle

indes weiter vor Ort liegen, wo der Einsatz der Mittel besonders wirkungsvoll sei. Deutschland helfe zwar, doch reiche dies „vorne und hinten nicht aus – auch wenn es besser ist als das, was der Rest Europas mit Ausnahme von Schweden tut“. Europa versage „erschreckend“ und verweigere sich völlig seiner „humanitären Schutzverantwortung“. Der SPD-Abgeordnete Achim Post nannte es „gut“, wenn Deutschland und auch Schweden in dieser Frage „viel tun“, aber es ist „nicht gut, wenn sehr viele sehr wenig oder gar nichts tun“. Notwendig sei eine gesamteuropäische Lösung. Nur wenn es eine EU-Flüchtlingskonferenz über Syrien gebe, könne man darüber reden, wie ein faires Verfahren organisiert werden könne. Die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke sagte, es sei gut, dass Deutschland schon „einiges getan“ habe, um syrische Flüchtlinge zu unterstützen, doch müsse die Bundesrepublik „noch mehr tun“. Sie kritisierte zugleich, in dem Koalitionsantrag werde verschwiegen, dass es keine sicheren Wege für Flüchtlinge in die EU gebe und Deutschlands sich an der „Abschottung der Grenzen Europas“ beteilige. Ebenso schweige der Antrag darüber, „welche tödlichen Folgen in diesem Zusammenhang auch für syrische Flüchtlinge zu beklagen sind“. Man sei es aber den Opfern schuldig, hierüber nicht zu schweigen. Man könne nicht „Grenzen abschotten und dann so tun, als ob man humanitäre Politik macht“, sagte die Linken-Abgeordnete. *Helmut Stoltenberg*



Eine syrische Flüchtlingsfamilie in Frankfurt (Oder)





Die ständig steigenden Gesundheitsausgaben in Deutschland sorgen für stetigen Reformdruck. Mit dem neuen GKV-Weiterentwicklungsgesetz werden die Finanzierungsgrundlagen wieder einmal verändert.

Alles bleibt etwas anders

GESUNDHEITSREFORM Krankenkassenbeiträge sollen sinken. Abschied von der paritätischen Finanzierung

Wer sich die stetig steigenden Gesundheitsausgaben vor Augen führt, könnte geneigt sein, erst einmal zur Beruhigungspille zu greifen. Der Ausgabenzuwachs ist eine Konstante in einem Politikbereich, der seit fast 40 Jahren geprägt ist von Versuchen, den unvermeidlichen Kostenanstieg maßvoll zu gestalten. Und so vergeht kaum ein Jahr, geschweige denn eine Legislaturperiode ohne Reform im Gesundheitswesen und immer ist das Motiv gleich simpel: es geht um die Begrenzung der Kosten und bezahlbare Krankenversicherungsbeiträge. Höchste medizinische Standards einfördern und zugleich den Gesundheitsapparat bezahlbar halten, das ist die Krux in einem äußerst komplex austarierten System.

»Das ist ein Raubbau an der Solidarität im Gesundheitswesen.«

Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90/Die Grünen)

Grundsatzstreit Wenn die Gesundheitspolitiker das große Steuerredesign bewegen, heißt das nicht, dass alle in dieselbe Richtung drehen. Mühsam haben CDU, CSU und SPD in den Koalitionsverhandlungen einen Kompromiss gefunden. Die SPD erlärte in der vergangenen Woche im Gesundheitsausschuss den mit Spannung erwarteten Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe „Versorgung mit Hebammenhilfe“ einschließlich der von ihm favorisierten Lösungen. Geplant sind demnach ein zügiger Ausgleich für höhere Versicherungsprämien, konkrete Vereinbarungen zur Sicherung der Qualität in der Geburtshilfe und der Aufbau einer professionellen Datengrundlage für die Hebammenversorgung. Ferner wird der Verzicht auf Regressforderungen in einem bestimmten Umfang erwogen, um die Prämien für die Berufshaftpflicht nicht weiter ansteigen zu lassen. In diesem Jahr erreichen die Haftpflichtprämien die 5.000-Euro-Grenze.

Gröhes schwierige Hebammen-Rettungsmission

BERUFSHAFTPFLICHT Minister erwägt Deckelung der Regressforderungen. Fachverbände sehen noch keinen Durchbruch

Für die unter hohen Versicherungskosten leidenden freiberuflichen Hebammen in der Geburtshilfe deuten sich erste Lösungswege an. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) erläuterte in der vergangenen Woche im Gesundheitsausschuss den mit Spannung erwarteten Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe „Versorgung mit Hebammenhilfe“ einschließlich der von ihm favorisierten Lösungen. Geplant sind demnach ein zügiger Ausgleich für höhere Versicherungsprämien, konkrete Vereinbarungen zur Sicherung der Qualität in der Geburtshilfe und der Aufbau einer professionellen Datengrundlage für die Hebammenversorgung. Ferner wird der Verzicht auf Regressforderungen in einem bestimmten Umfang erwogen, um die Prämien für die Berufshaftpflicht nicht weiter ansteigen zu lassen. In diesem Jahr erreichen die Haftpflichtprämien die 5.000-Euro-Grenze.

men sich in Kürze überhaupt nicht mehr versichern können, weil es keine Anbieter mehr gibt. Nach Auskunft von Gröhe ist es inzwischen gelungen, ein neues Angebot der Versicherer zu erwirken, mit dem sichergestellt wird, dass der Gruppenhaftpflichtvertrag des Deutschen Hebammenverbandes (DHV) bis zum Sommer 2016 weitergeführt wird. Die beiden großen Fachverbän-



Protestmarsch für Hebammen in Berlin

de, der DHV und der Bund freiberuflicher Hebammen Deutschlands (BfHD), haben unterschiedliche Gruppenverträge abgeschlossen. Beim BfHD sollte der Gruppenvertrag mit dem Versichererkonsortium schon Mitte 2014 auslaufen, beim DHV 2015. Für den DHV ist nun ein Aufschub erreicht, aber keine langfristige Lösung.

Regressforderungen Die zum 1. Juli 2014 neuerlich angekündigten Prämienhöhungen sollen nun zu 100 Prozent von der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) getragen werden. Dabei sollen die Krankenkassen verpflichtet werden, die besondere Versicherungsbelastung für Hebammen mit wenigen Geburten ebenfalls angemessen auszugleichen. Die Regelung soll in einen dauerhaften gesetzlichen „Sicherstellungszuschlag“ münden, der die unterschiedliche Ausgangslage für Hebammen in der Geburtshilfe berücksichtigt. Zugleich plädiert Gröhe für medizinische Leitlinien in der Geburtshilfe und eine Überprüfung der Geburtsschäden. Die Zahl der Schadenfälle ist zwar relativ gering, aber durch die gestiegene Lebenserwartung der bei einer Entbindung geschädigten Kinder gehen die Schadenssummen in die Millionen. Entsprechend hoch sind die Regressforderungen seitens der Sozialversicherungen an die

stellten gerade mehr ältere Menschen höhere Anforderungen an die Behandlungsqualität. Das Institut solle Optimierungsvorschläge unterbreiten für den stationären wie ambulanten Bereich. Karl Lauterbach (SPD) und Jens Spahn (CDU) sprachen in der Debatte gar von einem „Quantensprung“ in der Verbesserung der Versorgungsqualität. So könne künftig etwa über einen anonymisierten Datenabgleich dargestellt werden, wie gut welches Krankenhaus auf welchem

KOMPAKT

> Kassen: In den derzeit 132 gesetzlichen Krankenkassen sind rund 70 Millionen Frauen, Männer und Kinder versichert. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Kassen durch wettbewerbsbedingte Fusionen stark abgenommen.

> Kapital: Die Finanzreserven der GKV sind Ende 2013 auf rund 30,3 Milliarden Euro gestiegen. Im Gesundheitsfonds lagen Ende 2013 Reserven in Höhe von 13,6 Milliarden Euro. Die Krankenkassen kamen auf 16,7 Milliarden Euro Rücklagen. Ein Grund dafür ist die gute Arbeitsmarktbilanz.

> Kosten: Die Gesundheitsausgaben in Deutschland steigen jedes Jahr deutlich und haben 2012 erstmals die Marke von 300 Milliarden Euro überschritten.

Gebiet arbeite. Das ist dann aber auch schon der einzige größere Punkt im Gesetz, den die Opposition unbeschadet passieren ließ. Linke und Grüne warfen der Regierung dafür vor, mit dem Verzicht auf die paritätische Finanzierung der Beiträge das solidarische Gesundheitssystem zu untergraben. Harald Weinberg (Linke) rechnete vor, dass die Arbeitnehmer allein seit 2005 schon neun bis zehn Milliarden Euro mehr pro Jahr an Beiträgen in die Krankenkassen eingezahlt hätten als die Arbeitgeber. Dies sei völlig inakzeptabel. Auch Maria Klein-Schmeink (Grüne) sprach von einem „zutiefst ungerechten“ Systemwechsel. Spahn konterte, die steigenden Gesundheitskosten müssten in einer älter werdenden Gesellschaft von den Arbeitskosten entkoppelt werden. Was die Beiträge angeht, sieht die Regierung Entlastungen kommen und die Opposition schwarz. Gröhe versprach, mindestens 20 Millionen GKV-Mitglieder würden ab 2015 weniger zahlen als heute. Weinberg hielt dagegen, es hätten erst sieben Kassen Beitragssenkungen angekündigt. Klein-Schmeink sagte voraus, die Kassen würden künftig „auf jeden Cent schauen“ und Leistungen wo immer möglich begrenzen. Dies sei „ein Vergehen“ an den Versicherten und „Raubbau“ an der Solidarität im Gesundheitswesen. Lauterbach monierte, die Opposition sage „kein Wort der Anerkennung“ über die sozialen Aspekte des Gesetzes wie den Einkommensausgleich, die Entlastung von Arbeitslosen oder den Wegfall der Kopfpauschale. *Claus Peter Kosfeld*

Mehr Teilhabe für Behinderte

GLEICHSTELLUNG Ein neues Teilhabegesetz soll Behinderten in Deutschland das Leben erleichtern. Darin sind sich alle Fraktionen des Bundestages auch einig. Doch der Opposition gehen die Arbeiten der Koalition zu dem Thema zu langsam, wie in einer Debatte am vergangenen Donnerstag im Plenum deutlich wurde. Anlass für die Debatte war der europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai. Oliver Kaczmarek (SPD) forderte, die Schulen müssten mit gutem Beispiel vorangehen. Jedoch besuchten nur 28 Prozent der Schüler mit Förderbedarf allgemeinbildende Schulen, und nur wenige der Förderer machten einen Schulabschluss. Uwe Schummer (CDU) merkte dazu an, weltweit seien eine Milliarde Behinderte betroffen und nur jedes zehnte behinderte Kind bekomme überhaupt eine Schulbildung. Kritisch fügte er an, aus Behindertenwerkstätten würden sehr wenige Teilnehmer in reguläre Jobs vermittelt. Schummer versprach, mit dem Gesetz kämen Behinderte „raus aus der Armutsfalle“. Nach Ansicht der Linken ist der Reformstau riesig. Katrin Werner (Linke) fragte, warum die Regierung nicht schon Eckpunkte für ihr Gesetz vorlege. Viele Dinge könnten umgehend angegangen werden. Nach Ansicht von Corinna Rüffer (Grüne) beschränkt sich die Koalition auf bloße Versprechungen. *suk*

Versorgung in der Psychiatrie

ENTGELTSYSTEM PEPP Gesundheitsexperten halten es für sinnvoll, das in psychiatrischen Fachkliniken vorgesehene neue Vergütungssystem PEPP weiterzuentwickeln und wirkungsvoller an die Bedürfnisse der Patienten anzupassen. Bei einer öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses vergangene Woche erklärten mehrere Fachleute zugleich, die Novelle sei grundsätzlich nötig und richtig. Patientenvertreter befürchten allerdings eine Verschlechterung der Versorgungslage. Grüne und Linke sehen das Pauschalierende Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) kritisch. Die Grünen verlangen in einem Antrag (18/849) Änderungen, die Linke beantragen (18/557) einen Stopp von PEPP. Befürchtet wird, dass in den Kliniken zu wenig Personal zu wenig Zeit für die Patienten hat und Fehlanreize gesetzt werden, weil das System letztlich nur darauf hinauslaufe, Kosten zu sparen. Kritisiert wird insbesondere die fallbasierte Tagessatzkalkulation mit depressiven Vergütungsstufen. Die Pauschalen sinken also nach einer bestimmten Behandlungsdauer. Vertreter des GKV-Spitzenverbandes und der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) erklärten, es habe diesbezüglich bereits Verbesserungen in dem „lernenden System“ gegeben. So seien jetzt auch gleiche Tagessätze vorgesehen, mit denen die kritisierten Vergütungssprünge vermieden würden. Ein Sprecher der kinder- und jugendpsychiatrischen Fachverbände gab jedoch zu bedenken, dass insbesondere in diesem Bereich ausreichend Personal gebraucht werde. Derzeit sei das Personal „eher zu knapp“. Eine Vertreterin des Verbandes der Angehörigen psychisch Kranker berichtete aus Kliniken, es gebe eine „immense Leistungsverdrängung“ durch einen Wust an Dokumentationspflichten. So fehle Zeit für Patienten und betroffene Familien. *pk*

Anzeige

NEUAUFLAGE

Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Herausgegeben von Prof. Dr. Jürgen Meyer

4. Auflage 2014, 863 S., geb., 128,- €

ISBN 978-3-8487-0553-5

www.nomos-shop.de/2101

Die Grundrechtecharta der EU beeinflusst immer stärker die nationale Rechtspraxis. Auf aktuellem Stand erläutert der Großkommentar die rechtlichen Regelungen und Gewährleistungen der Charta. Die Neuauflage berücksichtigt auch die **Åkerberg Fransson-Entscheidung des EuGH**.

»für eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Fragen des europäischen Grundrechtsschutzes ein unverzichtbares Hilfsmittel.«

Thomas Traub, ZfS 4/12, zur Vorauffage

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Streit um Rente wider Willen

SOZIALES Am Donnerstag debattierte der Bundestag in erster Lesung über einen Antrag (18/589) der Fraktion Die Linke, in dem diese einen sofortigen Stopp von „Zwangsverrentungen“ von Arbeitslosengeld-II-Beziehern fordert. Nach der derzeitigen Gesetzeslage würden 63-jährige Beziehler von Arbeitslosengeld II (ALG II) von den Jobcentern aufgefordert, auch dann einen Antrag auf vorzeitige Verrentung zu stellen, wenn sie eigentlich arbeiten wollen, kritisierte der Abgeordnete Matthias Birkwald (Die Linke). Dies widerspreche dem rentenrechtlichen Grundsatz, dass ausschließlich die betroffene Person über einen Antrag auf vorzeitige Rente zu entscheiden hat und führe außerdem zu erheblichen Abschlüssen bei der Rente. Markus Kurth (Bündnis 90/Die Grünen) unterstützte den Antrag und forderte die Koalitionsfraktionen auf, ihn in den Ausschussberatungen gründlich zu prüfen und nicht von vornherein zu verwerfen. Der Antrag sei wohlbegründet. Die Geschichte des Sozialgesetzbuches II sei eine „Geschichte der fortgesetzten Diskriminierung“, kritisierte Kurth. Die Diskriminierung von Langzeitarbeitslosen durch die zwangsweise Frühverrentung müsse beendet werden. Union und SPD lehnten den Vorstoß hingegen ab. Astrid Freudenstein (CSU) hielt der Linken entgegen, dass Leistungen nach dem SGB II gegenüber der Rente eine nachrangige Fürsorgeleistung des Staates seien. Es sei deshalb folgerichtig, dass ALG-II-Bezieher vorzeitig verrentet würden. Das Gesetz sehe aber auch Ausnahmen vor, zum Beispiel für die sogenannten Aufstocker. Der SPD-Parlamentarier Markus Paschke räumte ein, dass die Gefahr von Bedürftigkeit im Alter in jedem Fall gebannt werden müsse. Eile bei der Änderung der aktuellen Gesetzeslage sei jedoch fehl am Platz. Auch Paschke verwies auf die Ausnahmeregelungen bei den Frühverrentungen. **aw** ||



12 Stunden Schweine schlachten für vier Euro Stundenlohn: Das gehört ab 1. Juli der Vergangenheit an.

Schluss mit der Schweinerei

FLEISCHWIRTSCHAFT Ab 1. Juli gilt in Schlachthöfen ein Branchenmindestlohn, auch in nicht tarifgebundenen Betrieben

Sie kommen zumeist aus Rumänien, aus Ungarn, Bulgarien oder Litauen. Sie wurden mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt und sind als Billiglohnarbeiter in den Schlachthöfen der großen Fleischproduzenten gelandet. Täglich 12 bis 15 Stunden körperlich anstrengender Arbeit sind eher die Regel denn die Ausnahme. Für einen Stundenlohn von vier bis fünf Euro, von dem die Arbeiter auch noch irrwitzige Beträge für ihre Notunterkünfte abliefern müssen. Das ist die Situation in vielen deutschen Schlachthöfen – seit Jahren schon. In manchen Betrieben liegt der Anteil der osteuropäischen Werkvertrag-Arbeitnehmer bei 70 Prozent. Profiteure sind die Unternehmen, die Dank der Billigproduktion Deutschland zu dem mit Abstand größten Fleisch-Exporteur Europas gemacht haben. Sehr zum Ärger der Konkurrenz in Belgien oder Frankreich etwa, wo schon seit längerem Mindestlöhne zwischen neun und zwölf Euro gelten. Doch dem Lohndumping wird nun ein Riegel vorgeschoben: Ab 1. Juli erhalten die rund 80.000 Beschäftigten der Fleischbranche den Anfang des Jahres zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften vereinbarten Branchenmindestlohn von 7,75 Euro. Nach drei Steigerungsstufen soll er ab 1. Dezember 2016 bei 8,75 Euro liegen. Diese Regelung gilt auch für Beschäftigte in nicht tarifgebundenen Unternehmen. Bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf (18/910, 18/1359) der Bundesregierung zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) am vergangenen Donnerstag fiel das Votum sehr klar aus: Alle 599 Abgeordneten, die ihre Stimmkarten abgegeben haben, votierten mit Ja.

auch dem angekündigten bundesweiten Mindestlohn geschuldet. Karl Schiewerling (CDU) hatte bei der ersten Lesung der Vorlage Zivilgesellschaft und Kirchen, die Missstände angeprangert hätten, für den Meinungsumschwung der Arbeitgeber verantwortlich gemacht. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke verwiesen dagegen darauf, schon lange einen Mindestlohn gefordert zu haben. Trotz der Zustimmung waren von der Opposition auch kritische Töne zu hören. So kritisierte Jutta Krellmann (Die Linke) die Lohnhöhe, da diese unter dem ab 2015 geltendem Mindestlohn liege. Und in der Tat: Erst im Oktober 2015 soll der nächste Schritt auf 8,60 Euro erfolgen. Wilfried Oellers (CDU) sah darin kein Problem. Schließlich sei dies von Arbeitgebern und Gewerkschaften so ausgehandelt worden, sagte er. Die Union, so Oellers, setze auf Tarifautonomie und sehe sich durch die gefundene Regelung darin bestätigt.

Bei Missbrauch drohen Bußgelder bis zu 500.000 Euro. Beim Zoll würden für die Überwachung der Regelungen 42 neue Stellen geschaffen. „Ohne Kontrolle ist das beste Gesetz nichts wert“, sagte er. Für Friedrich Ostendorf eine Gelegenheit, um Kritik zu üben. Die 42 neuen Stellen in der Zollverwaltung seien in den Haushalt für 2014 noch nicht eingestellt, bemängelte der Grünen-Abgeordnete. Das werde noch geschehen, sicherte Rützel zu. Als besonders hilfreich im Kampf gegen möglichen Missbrauch bezeichnete der Sozialdemokrat die Regelung, wonach die Generalunternehmer „verschuldensunabhängig“ dafür haften, wenn eines ihrer Subunternehmen den Mindestlohn nicht zahlt. Genau dieser Passus machte Wilfried Oellers jedoch Sorgen. Denn es bestehe dann die Gefahr, dass ein „redlicher Generalunternehmer, der seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber seinem Subunternehmer nachkommen ist und diesen sorgfältig ausgesucht hat“, doppelt zahlen müsse, gab der CDU-Politiker zu bedenken.

Spaltung unerwünscht

SOZIALES EUROPA Opposition für Ende der Kürzungspolitik

Ist Europa ein Erfolgsmodell, ja oder nein? Mit dieser Frage beschäftigte sich der Bundestag am vergangenen Donnerstag. Gegenstand der Debatte waren zwei Anträge der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen, die im Anschluss zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurden. Die Linke fordert in ihrem Antrag (18/1116) unter anderem ein Ende der Kürzungspolitik als Mittel der Krisenbekämpfung, eine Reform der EU-Strukturpolitik, eine einmalige Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro und ein EU-weites Koordinationsprogramm für öffentliche Investitionen. Die Grünen fordern in ihrem Antrag (18/1343), den Antragstopp für das Programm „Mobi-Pro-EU“ aufzuheben. Das Programm wurde im Januar 2013 von der schwarz-gelben Bundesregierung gestartet und bietet jungen europäischen Ausbildungswilligen und Fachkräften bis 35 Jahren Hilfe bei der Suche nach einer beruflichen Perspektive in Deutschland an.

Sabine Zimmermann (Die Linke) stellte fest, dass die Bundesregierung nicht müde werde, das Erfolgsmodell Europa zu preisen. „Aber was ist das für ein Sozialmodell, das zulässt, dass 125 Millionen Menschen in Armut und sozialer Ausgrenzung leben?“, fragte sie. Es könne nicht sein, dass die Beschäftigten mit Lohnabbau und Beschränkung ihrer Arbeitnehmerrechte für eine Krise bezahlen müssen, die sie nicht verursacht haben. „Wer ein soziales Europa will, der muss es von den Reichen nehmen“, sagte Zimmermann. Mark Helfrich (CDU) erwiderte, er lasse sich das Erfolgsmodell Europa nicht durch den Linken-Antrag kleinfieren. „Wir leben auf einem sehr hohen Wohlstandsniveau und erst die Wirtschaft und Währungsunion hat diesen Wohlstand ermöglicht“, so seine Überzeugung. Helfrich verteidigte die Krisenprogramme der EU, schließlich hätten diese bewirkt, dass Krisenländer wie Portugal nun wieder auf eigenen Beinen stehen können. Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, Helfrich habe vergessen, dass soziale Stabilität Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg von Gesellschaften sei. Die gravierenden Einschnitte in den sozialen Sektor durch die Auflagen der EU lasse in den Krisenländern die Zustimmung zur EU weiter sinken, befürchtete Strengmann-Kuhn. Dagmar Schmidt (SPD) betonte, das soziale Europa gelinge nur, wenn wir gemeinsam die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Es könne nicht sein, dass die Armut vieler Menschen steige, während im Bankensektor schon wieder die Sektorkernen knallen. „Ein sozial gespaltenes Europa wollen wir aber nicht.“ Dagegen seien starke Arbeitnehmerrechte, gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort und Investitionen in Bildung die richtigen Rezepte. **che** ||



Protest gegen die Sparpolitik in Spanien

KURZ NOTIERT

Vorstand der Vereinigung ehemaliger Abgeordneter

Die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments hat vergangene Woche einen neuen Vorstand für eine zweijährige Amtszeit gewählt. Ihm gehören neben Ingrid Matthäus-Maier (SPD) als Präsidentin sowie den beiden Vizepräsidenten Hans-Dirk Bierling (CDU) und Ernst Burgbacher (FDP) auch Nils Diederich (SPD) als Schatzmeister und Eduard Lintner (CSU) als Schriftführer an. Beisitzer sind Elisabeth Altmann (Grüne), Jörg van Essen (FDP), Peter Paziorek (CDU) und Dietmar Schütz (SPD). Für Die Linke nimmt Barbara Höll einen Platz mit Gaststatus im Vorstand ein. Zudem beschloss das Gremium die ständige Teilnahme von Uwe Holtz als Ehrenpräsident der Europäischen Assoziation ehemaliger Abgeordneter an den Vorstandssitzungen. Als Geschäftsführer wurde Clemens Schwalbe vom Vorstand bestätigt. **sto** ||

Gesetzentwurf zu Meldewesen überwiesen

Das Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens vom Mai 2013 soll noch vor seinem Inkrafttreten im kommenden Jahr aktualisiert werden, „damit eine reibungslose Implementierung gewährleistet ist“. Nach einem Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/1284), über den der Bundestag vergangene Woche erstmals beriet, bedarf es mit Inkrafttreten des Gesetzes zeitgleich Folgeregelungen des Bundes und der Länder. Hierzu müsse die Regelung zum Inkrafttreten angepasst werden. Ferner sollen „Daten und deren Übermittlung zur steuerlichen Gleichstellung von Ehen und Lebenspartnerschaften angepasst werden“. **sto** ||

Parteien bekommen mehr Geld

Die absolute Obergrenze für die staatliche Parteienfinanzierung steigt 2014 auf mehr als 156,7 Millionen Euro. Das geht aus einer Unterrichtung (18/1327) durch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hervor. Laut Parteiengesetz erhöht sich das jährliche Gesamtvolumen staatlicher Mittel, das allen Parteien höchstens ausgezahlt werden darf, um den Prozentsatz, um den sich der Preisindex der für eine Partei typischen Ausgaben im vorangegangenen Jahr erhöht hat, abgerundet auf ein Zehntel Prozent. Da sich dieser Index von 2012 auf 2013 laut Statistischem Bundesamt um 1,73 Prozent erhöht hat, ergebe sich eine Erhöhung der absoluten Obergrenze um 1,7 Prozent. **sto** ||



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Mehr zum Thema Mindestlohn unter: www.bmas.de

Götz Hausding ||

»Schlüsselrolle bei der Lösung des Konflikts«

Frau Barnett, die Bundeswehr-geführte OSZE-Mission in der Ukraine steht nach der Freilassung ihrer Militärbeobachter stark in der Kritik. Zu Recht?

Zunächst war es ganz wichtig, dass sich eine Mission unter Führung der OSZE ein genaues Bild von der Lage vor Ort machen konnte. Die konkrete Ausgestaltung der Mission wird aber derzeit noch vom Verteidigungsministerium untersucht. Dann wird ein objektiveres Urteil möglich sein.



Doris Barnett (SPD)

Oberste Aufgabe der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) ist es, den Frieden zu sichern. Ist sie der Hoffnungsträger in der Ukraine-Krise, den viele jetzt in ihr sehen?

Die OSZE wird vom Westen wie von Russland anerkannt, so dass sie gerade vor dem Hintergrund der verhärteten Fronten eine Schlüsselrolle bei der Lösung des Konflikts spielen kann und sollte. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE-PV) hat bereits mehrfach versucht, zu vermitteln – ich selbst habe ein gemeinsames Treffen der ukrainischen und russischen Delegation unter Beteiligung des Präsidiums der OSZE PV, dem ich als Vizepräsidentin angehöre, am 11. April 2014 auf neutralem Boden in Wien initiiert. Derartige Zusammenkünfte bieten eine offene Plattform, ein Forum für die Diplomatie. Konfliktparteien treffen aufeinander, bleiben im Gespräch, suchen gemeinsam nach Lösungen. Das ist einer der großen und positiven Wirkmechanismen der OSZE PV. Nur durch einen solchen konstruktiven Dialog können Konflikte verhütet und bewältigt werden.

In der halben Ukraine herrschen derzeit Gewalt und Chaos. Kann die Wahl am 25. Mai unter diesen Bedingungen überhaupt stattfinden? Es mehren sich Stimmen, die eine Verschiebung des Termins fordern.

Ich erwarte mir von der Wahl einen Beitrag zur Befriedung der Situation in der Ukraine. Ich wünsche mir deshalb sehr, dass sie ohne gewaltsame Zwischenfälle zum genannten Termin durchgeführt werden kann.

Sie selbst werden als Wahlbeobachterin für die OSZE in die Ukraine reisen. Glauben Sie, dass Sie dort angesichts der Eskalation im Süden und Osten des Landes ungehindert arbeiten können?

Wir hoffen natürlich, dass die Mission ihre Aufgabe ohne Hindernisse erfüllen kann. Wir Wahlbeobachter, also Abgeordnete aus den verschiedenen Mitgliedstaaten der OSZE, werden in einem engen Austausch untereinander stehen und auch mit den Behörden vor Ort kooperieren.

Haben Sie keine Sicherheitsbedenken?

Angst habe ich nicht, und ich werde auch ohne Personenschutz unterwegs sein. Ich hoffe, dass allen an fairen und friedlichen Wahlen gelegen ist.

Das Gespräch führte Johanna Metz.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Doris Barnett leitet seit 2009 die deutsche Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.



Der Wahlkampf in der Ukraine hat begonnen, die Kandidaten Petro Poroschenko (links oben) und Julia Timoschenko (links unten, Bildmitte) touren durch das Land. Unterdessen droht im Osten und Süden ein Bürgerkrieg.



© picture-alliance/epa

Wahl im Zeichen des Krieges

UKRAINE Am 25. Mai soll ein neuer Präsident gewählt werden. Doch der Urnengang birgt gewaltige Risiken

Feueregefechte in Slowjansk, Straßenschlachten in Odessa, Dutzende Tote im Land – die Ukraine schlittert immer weiter in einen Bürgerkrieg. Dabei wird immer fraglicher, ob der neu zu wählende Präsident einen tief gespaltenen Staat einen muss, oder ob er ein Land in neuen Grenzen führen wird, weil sich ein Teil, ähnlich wie die Halbinsel Krim, abgespalten hat. Sofern die Wahl überhaupt wie geplant stattfinden kann.

Die Ukrainer sind aufgerufen, am 25. Mai über ihren künftigen Präsidenten zu entscheiden. Doch angesichts der Lage wachsen Zweifel, ob der Termin einzuhalten ist. Eine ebenfalls an dem Tag geplante landesweite Volksbefragung über die territoriale Einheit der Ukraine hat das Parlament vor wenigen Tagen abgelehnt. Ein solches Referendum solle „nicht während des Krieges“ stattfinden.

Im Osten der Ukraine gilt ein geordneter Urnengang vielen Beobachtern aufgrund der zuletzt weiter eskalierenden Gewalt als immer schwieriger. Für eine reibungslose Abstimmung müssten die Waffen ruhen. Das gilt sowohl für die Truppen der Regierung in Kiew als auch für die Separatisten. Deren Führer der Milizen in Luhansk und in Donezk erklärten jedoch, in ihren Regionen fände am 25. Mai keine Wahl statt. Sie wollten stattdessen bereits am gestrigen Sonntag

(nach Redaktionsschluss) über eine Abspaltung ihrer Regionen entscheiden lassen – ähnlich wie auf der Halbinsel Krim. Russlands Präsident Wladimir Putin rief die Verantwortlichen zuvor überraschend dazu auf, das geplante Referendum zu verschieben, um damit „Bedingungen für einen Dialog zu schaffen“. Dieser, so der Kreml-Chef, sei entscheidend für ein Ende der Krise. Die Interessen aller Ukrainer müssten dabei berücksichtigt werden. Das aber bedeutet, dass die ukrainische Übergangsregierung auch mit den Separatisten verhandeln müsste. Kiew lehnt dies bisher ab.

Die für Ende Mai geplante Präsidentenwahl nannte Putin außerdem einen „Schritt in die richtige Richtung“. Russland erkenne die Wahl an, sofern die Führung in Kiew zuvor ihren Militäreinsatz im Osten beendet. Seine moderaten Worte ließen ein wenig Hoffnung nach Entspannung aufkeimen. Bislang hatte der Westen Putin vorgefordert, die Präsidentenwahl absichtlich zu torpedieren und die Destabilisierung des Landes voranzutreiben. Putins Sprecher Dmitri Peskow hatte nach der Brandtragödie von Odessa, bei der am 2. Mai mindestens 42 prussische Separatisten starben, noch erklärt, die Wahl Ende Mai abzuhalten, sei angesichts der Spirale der Gewalt „absurd“. Auch Russlands Außenminister Sergej Lawrow war bisher gegen den festgelegten Wahltermin. Es könne nicht gewählt

werden, solange das Militär gegen die Zivilbevölkerung vorgehe, erklärte er. Für Kiews Übergangs-Regierungschef Arsenij Jazenjuk ist eine „demokratische Wahl“ der einzige Ausweg aus der Krise und der „Schlüssel für die Stabilisierung“. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) will die Wahl mit fast 1.000 zivilen Beobachtern im ganzen Land begleiten. Doch das Vorhaben ist nicht ohne Risiko: Sollte die Wahl scheitern oder es etwa im Osten zu Einschränkungen bei der Durchführung kommen, könnte das ein Vorwand für den Kreml sein, die Legitimität der Wahlen nicht anzuerkennen und die Abspaltung des Ostens voranzutreiben.

Petro Poroschenko, der chancenreichste Kandidat bei der Präsidentenwahl, begrüßte Putins Appell an die Separatisten am Mittwoch während eines Besuchs in Berlin. „Ich glaube, das ist eine großartige Nachricht für die Stabilisierung der Situation in der Ostukraine“, sagte er. Zugleich lehnte er aber Gespräche mit den prussischen Milizen klar ab. Die ukrainische Führung sei zu Verhandlungen mit „Terroristen“ nicht bereit.

Klarer Favorit Der Politiker und Unternehmer Poroschenko kann nach jüngsten Befragungen knapp 34 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Seine Herausforderin, die ehemalige Premierministerin Julia Timo-

schenko, liegt mit ungefähr elf Prozent deutlich dahinter. Alle anderen der insgesamt 23 Kandidaten haben kaum Chancen auf das Staatsamt. Poroschenko und Timoschenko streben beide nach Westen und wollen die Europäisierung ihres Landes vorantreiben. Poroschenko nennen viele „Schokoladenkönig“, denn in den frühen 1990er-Jahren handelte er mit Kakaobohnen und kaufte mehrere Süßwarenfabriken. Die verschmolz er zur Schokoladenmarke „Roshen“, welche

heute die Grundlage seines vom „Forbes“-Magazin auf 1,3 Milliarden Dollar geschätzten Vermögens bildet. Der 48-Jährige zählt damit zu den reichsten Männern seines Landes. Moskau hat die Einfuhr seiner Schokolade schon im vergangenen Jahr verboten, nun konzentriert sich das Unternehmen auf die Expansion in den Westen. Der aus der Region Odessa stammende Poroschenko ist schon länger politisch aktiv, und zwar auf unterschiedlichen Seiten. Er war Außenminister unter der pro-westlichen Regierung der Revolutionäre von 2004, Abgeordneter und später Wirtschaftsminister in der Regierung des im Frühjahr geschassten Viktor Janukowitsch. Bei den Maidan-Protesten stellte er sich auf die Seite der Regierungsgegner, gehörte aber nicht zur vordersten Reihe der Revolutionäre. Beides dürfte ihm nun zugute kommen. Die im Westen bekanntere Kandidatin Julia

Timoschenko war die größte Gegnerin Janukowitschs. Er ließ sie 2011 ins Gefängnis sperren. Kaum war Janukowitsch gestürzt, kam auch die Anführerin der Vaterlandspartei wieder frei und erklärte, bei der Präsidentenwahl antreten zu wollen. Doch viele Menschen in der Ukraine sind der 53-Jährigen offenbar überdrüssig. Sie erinnern sich an die chaotischen Regierungsjahre nach der Orangen Revolution vor zehn Jahren und auch an ihre Vergangenheit als umstrittene Geschäftsfrau und „Gasprinzessin“.

Notwendige Reformen Auch wenn die anstehenden Wahlen als sehr wichtig angesehen werden für die Stabilisierung der Ukraine – das Präsidentenamt selbst hat künftig eine viel geringere Bedeutung als bisher: Die inzwischen wieder eingeführte Verfassung aus dem Jahr 2004 beschneidet die Macht des Präsidenten. Noch wichtiger als die Wahl ist daher, dass die Ukraine wichtige Reformen anpackt. Kiew sei bereit für eine umfassende Verfassungsreform, die die Befugnisse der einzelnen Regionen und Landesteile erhöhen und staatliche Verwaltungsstrukturen reduzieren soll, erklärte Regierungschef Jazenjuk Mitte April. Änderungen im Haushalts- und Steuerrecht sollen zudem die lokale Selbstverwaltung unterstützen. Und auch die russische Minderheiten soll berücksichtigt werden: In einer reformierten Verfassung sollen Schutz und künftiger Status der russischen Sprache verankert werden.

Oliver Bilger ■

Der Autor arbeitet als freier Journalist in Moskau.

Im Osten gilt ein geordneter Urnengang aufgrund der eskalierenden Gewalt als schwierig.

Ein Scheitern könnte ein Vorwand für den Kreml sein, die Legitimität der Wahl nicht anzuerkennen.

Unverzichtbarer Erfahrungsschatz

EUROPA Fraktionen würdigen Erfolge der EU-Osterweiterung von 2004. Grüne fordern Beitrittsperspektive für die Ukraine

„Nichts wäre besser ohne die Erweiterung, sondern alles wäre schlechter ohne sie.“ Mit diesem prägnanten Satz zog der europapolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Manuel Sarrazin, im Bundestag eine überaus positive Bilanz der EU-Osterweiterung, deren zehnjähriger Jahrestag am Freitag Anlass einer leidenschaftlichen Debatte über Europas Vergangenheit und Zukunft war – und in der die beunruhigende Lage in der Ukraine natürlich immer wieder eine Rolle spielte.

Für Sarrazin sind die wirtschaftlichen und politischen Erfolge der am 1. Mai 2004 vollzogenen Osterweiterung ein Vorbild auch für den weiteren Umgang mit dem Krisenherd im Osten Europas: Die „unglaubliche Transformationskraft, die Europa ausstrahlt, konnte 2004 nur freigesetzt werden, weil 1993 in Kopenhagen der Mut und der Wille bestand, eine Perspektive für einen Beitritt der zehn mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Union auszusprechen“, betonte der Grünen-Politiker. Wenn man daher heute über die „gewaltigen Transformationsherausforderungen“ rede, die der Ukraine anstünden, dann gehe dies nur mit einem „ähnlichen Akt von Mut wie 1993 in Kopenhagen“. Für Sarrazin ist deshalb klar: „Das Land braucht eine Beitrittsperspektive der EU.“

Soweit wollten die anderen Fraktionen nicht gehen. Jedoch bezeichnete auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) die gesellschaftlichen Umbaumaßnahmen und politischen Veränderungen, die in neuen Mitgliedstaaten wie Tschechien, Polen oder den baltischen Staaten vollzogen worden seien, besonders vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise als einen „unverzichtbaren Erfahrungsschatz“. Die



Keine Grenzkontrollen mehr: die Brücke zwischen Frankfurt/Oder und Slubice (Polen)

sen könne Europa dringend gebrauchen, wenn es nun darum gehe, Wahlen in der Ukraine zu ermöglichen und das Land auf einen stabilen Weg zurückzuführen. Christoph Bergner (CDU) erinnerte in seiner Rede daran, dass das Jahr des Beitritts der zehn neuen Mitglieder auch das Jahr der Orangen Revolution in der Ukraine war. „Die Inspiration, die auch durch den Beitritt der neuen Mitglieder zustanden gekommen ist, war sicherlich ein wichtiger Impuls“ für die Proteste gegen die Wahlfälschungen der Regierung von Viktor Janukowitsch, urteilte Bergner. Und auch wenn die Orangen Revolution letztlich „deprimierende Resultate“ erbracht habe, wie der CDU-Politiker befand, müsse sich die Europäische Union darüber im Klaren sein, „dass die Vorbildwirkung der EU-Mitgliedschaft der osteuropäischen Länder Erwartungen an uns gerichtet und verstärkt hat“.

Zukunft der Ostpolitik Für Andrej Hunko (Die Linke) warf Sarrazins Forderung nach einer Beitrittsperspektive der Ukraine Fragen nach dem „strategischen Ziel der Osterweiterung“ auf. „Sollen eigentlich alle europäischen Staaten, die Ukraine, Georgien, Moldawien, irgendwann in der Europäischen Union sein? Bis auf Russland? Oder soll Russland auch irgendwann Mitglied

werden?“ Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen müsse eine „grundsätzliche Debatte über eine Neuausrichtung der EU-Ostpolitik“ geführt werden, forderte Hunko. Sie solle auf Kooperation statt auf Konfrontation setzen, auch im Hinblick auf Russland. „Wir brauchen ein Verständnis von europäischer Integration als Teil einer internationalen Zusammenarbeit und nicht als Blockbildung gegen andere Teile der Welt“, betonte der Linken-Abgeordnete. Annalena Baerbock (Grüne) entgegnete Hunko, in den europäischen Verträgen sei festgelegt, dass „das Haus Europa allen europäischen Staaten“ offen stehe. Demgegenüber machte Maik Beermann (CDU) am Beispiel der Türkei klar, dass es nicht ausreichte, wenn Beitrittskandidaten die wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllten. Auch die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung müsse verwirklicht sein, Menschenrechte müssten gewahrt und Minderheiten geschützt werden. **Johanna Metz** ■

Anzeige

Umbruch und neue Ordnung



NEU

Europa: Krise, Umbruch und neue Ordnung

Herausgegeben von Stefan Kadelbach und Klaus Günther

2014, 199 S., brosch., 52,-€
ISBN 978-3-8487-1385-1

(Schriften zur Europäischen Integration und Internationalen Wirtschaftsordnung, Bd. 33)
www.nomos-shop.de/22655

Die Staatsschuldenkrise in der Europäischen Union hat nicht nur eine stark ausgeprägte wirtschaftsrechtliche Dimension, sondern sie zeigt auch strukturelle Probleme der Union auf. Die Staatsschuldenkrise wird in diesem Band mit Beiträgen aus Perspektiven der Geschichts-, Wirtschafts-, Rechts- und Politikwissenschaften sowie der Sozialphilosophie in Hinblick auf die politische Kultur der Union dargestellt.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Michael Roth (SPD) muss etwas weiter ausholen: Als der Staatsminister im Auswärtigen Amt am vergangenen Donnerstag im Bundestag dafür warb, den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der EU-Mission „Atalanta“ zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias um ein weiteres Jahr zu verlängern (18/1282), kam er an einer aus Sicht der Opposition pikanten Frage nicht vorbei: Warum macht er sich für ein Mandat stark, das seine Fraktion im vergangenen Jahr abgelehnt hatte? Die SPD-Fraktion hatte seinerzeit die Ausweitung des Mandats auf einen 2.000 Meter breiten Küstenstreifen kritisiert, die das Ziel hat, die Logistik der Piraten aus der Luft aufspüren und ausschalten zu können. Das Risiko für die somalische Zivilbevölkerung und auch das Risiko für die Bundeswehrsoldaten, in einen Konflikt an Land hineingezogen zu werden, erschien den Sozialdemokraten zu hoch. „Diese Bedenken haben sich erfreulicherweise nicht bestätigt“, argumentierte Roth nun, faktisch sei diese Option nur einmal „gezogen worden“, auch weil die Hürden in den Einsatzregeln bewusst sehr hoch gesetzt wurden. Und er betonte, dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene bei der Neufassung der Einsatzregeln für „Atalanta“ um eine „möglichst restriktiven Regelung der Landeinsätze“ bemühen werde.

Streit um Küstenstreifen Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) ließ in diesem Punkt aber nicht locker: Seine Fraktion habe im Unterschied zur SPD das Mandat nicht abgelehnt: Bei „Atalanta“ gehe es um „Symptombekämpfung – nicht mehr und nicht weniger“, und als solche sei die Mission unbestritten erfolgreich. Die Grünen hätten sich damals aber enthalten, weil die Ausweitung auf den Küstenstreifen „unnötige Risiken und Eskalationsgefahr“ mit sich bringe. An dieser Eskalationsgefahr habe sich nichts geändert, sagte Nouripour und kritisierte, dass der Antrag der Bundesregierung den umstrittenen Punkt in einem Querverweis auf das alte Mandat verstecke. Philipp Mißfelder (CDU) wollte die Kritik am Koalitionspartner nicht gelten lassen: Das damalige Abstimmungsverhalten der Sozialdemokraten „steht hier nicht zur Abstimmung“. Es sei „kleinkrämerisch“ auf dieser Frage herumzureiten und außer Acht zu lassen, dass „Atalanta“ eines der „erfolgreichsten Mandate der Bundeswehr“ und gleichzeitig eines der in der Bevölkerung anerkanntesten Mandate sei. Die Bundeswehr leiste einen „humanitären Beitrag“, indem sie die Lieferung des Welt-ernährungsprogramms nach Somalia garantiere, sagte Mißfelder. Diesen Punkt hatte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) zuvor bereits hervorgehoben. Sie nannte die Mission „ungeheuer erfolgreich“ und machte dies an zwei „nüchternen Zahlen“ fest. Seit 2008 habe es „Atalanta“ ermöglicht, 900.000 Tonnen Lebensmittel des Welternährungsprogramms an ihren Bestimmungsort in Somalia zu transportieren und damit Hunderttausenden Menschen das Überleben zu sichern. Die Zahl der Piraterie-Angriffe sei zudem von 251 im Jahre 2011 auf bisher vier in diesem Jahr gesunken. Von der Leyen verwies zudem auf die Bedeutung des Einsatzes für den internationalen Seeverkehr. 20.000 bis 25.000 Schiffe passieren jährlich den Golf von Aden. „Das ist eine große Chance für die Region, aber dafür braucht es Sicherheit“, sagte von der Leyen. Sevim Dagdelen (Die Linke) kritisierte, dass die Bundesregierung nichts dafür tue, die Ursachen der Piraterie zu beseitigen.

Stabilisierung zur See

ATALANTA Die Bundeswehr soll ein weiteres Jahr an der Anti-Piraterie-Mission am Horn von Afrika teilnehmen



Überprüfung einer der Piraterie verdächtigten Schiffsmannschaft im Rahmen von „Atalanta“ im Januar dieses Jahres

Westliche Schiffe würden den Somaliern die Fischgründe leerfischen. Es müsse darum gehen, die „Ausplünderung der Reichtümer Somalias zu verhindern und damit die Piraterie auch wirklich zu bekämpfen“. Dagdelen warf der Bundesregierung zudem vor, sich mit der Verzahnung von „Atalanta“ mit der Ausbildungsmission EUTM Somalia in ein neues „militärisches Abenteuer“ zu stürzen. Deutschland unterstütze damit eine „verbrecherischen somalischen Regierung“ und werde zur Bürgerkriegspartei. Somalia drohe, „das neue Afghanistan am Indischen Ozean“ zu werden. Michael Roth (SPD) hielt dem entgegen, dass es „verheerend wäre, das Land verloren zu geben und seinem Schicksal zu überlassen“. Er erinnerte daran, dass das Mandat fest im EU-Rahmen und in einen „umfassenden Ansatz eingebettet“ sei, der nicht allein militärisch sei, sondern aus Entwicklungszusammenarbeit, politischem Dialog und humanitärer Hilfe bestehe und etwa auch in der Unterstützung beim Wiederaufbau von Justiz und Verwaltung.

Auch Florian Hahn (CSU) argumentierte in diese Richtung: Parallel zu „Atalanta“ gebe es die Bemühungen der Vereinten Nationen, der EU und zusätzlich bilateral auch der Bundesrepublik, Somalia und die Region zu stabilisieren und staatliche Strukturen aufzubauen. Die Argumentation „Somalia ist ein armes Land, wir wollen den Menschen helfen und bekämpfen deshalb die Piraterie“ fand wiederum Nouripour „nicht ganz lauter“. „Das beschreibt nicht den Einsatz, über den wir heute sprechen.“ Das Einsatzgebiet sei deutlich größer als die Küstenregion Somalias, es ziele zum Beispiel auch auf Piraten aus Jemen und Oman.

Reduzierung Der Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen. Die deutsche Beteiligung an der Operation soll laut der Bundesregierung soll inhaltlich gleich gestaltet sein wie beim vorangehenden Mandat, die personelle Obergrenze jedoch von bisher 1.400 Soldaten auf 1.200 zu reduziert werden. Die Bundesregierung begründet diesen Schritt damit, dass die bisherige Obergrenze in der Vergangenheit nicht ausge-

schöpft worden sei. Zudem sei vor dem Hintergrund der eingedämmten Piraterie eine schrittweise Absenkung der Mandats-obergrenze möglich und aus militärischer Sicht folgerichtig. Darüber hinaus stellt die Bundesregierung klar, dass durch das Seegebiet vor Somalia die wichtigste Handelsroute zwischen Europa, der arabischen Halbinsel und Asien führe. Diese sicher und offen zu halten, sei eine wichtige Aufgabe internationaler Sicherheitspolitik und liege auch im unmittelbaren deutschen Interesse. Seit Beginn der Operation, schreibt die Bundesregierung weiter, habe sich Deutschland durchgehend unter anderem mit mindestens einer Überwasserreinheit sowie mit in Dschibuti stationiertem Unterstützungspersonal und Soldaten in den Hauptquartieren beteiligt. Der Einsatz im Rahmen von „Atalanta“ wurde vom Bundestag erstmals am 19. Dezember 2008 gebilligt. Die Kosten beziffert die Bundesregierung für die geplante Verlängerung vom 1. Juni 2014 bis zum 31. Mai 2015 auf insgesamt rund 64,9 Millionen Euro. Alexander Heinrich

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

430 Millionen Euro für Afghanistan

ENTWICKLUNG Die Bundesregierung steht zu ihrer Zusage, Afghanistan auch nach dem Abzug der ISAF-Truppen Ende dieses Jahres bis mindestens 2016 jährlich mit bis zu 430 Millionen Euro im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und bei der Finanzierung der afghanischen Sicherheitskräfte zu unterstützen. Die Sicherheitslage etwa im Norden des Landes sei heute „überwiegend oder hinreichend kontrollierbar“, Entwicklungsprojekte seien auch „in der Fläche“ möglich, sagte der Parlamentarische Staatssekretär des Entwicklungsministeriums, Thomas Silberhorn (CSU), vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in dem es unter anderem um den Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan ging (18/466). Positiv bewertete Silberhorn die „überwiegend gut verlaufene“ erste Runde der Präsidentschaftswahl Anfang April. Die Taliban hätten ihr wesentliches Ziel, den Ablauf der Wahl massiv zu stören, nicht erreicht.

Ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit werde in den kommenden Jahren darauf liegen, eine „selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung“ zu ermöglichen – unter anderem beim Aufbau von Wertschöpfungsketten, bei Fragen der Bildung und Ausbildung und der Kreditfinanzierung für kleine und mittlere Unternehmen sowie bei der Rohstoffförderung, für deren Entwicklung das Land ein Bergbaugesetz auf den Weg bringen müsse. Voraussetzung für die Hilfe seien unter anderem Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption und beim Schutz der Menschenrechte. In der Frage des bisher immer noch nicht unterzeichneten Sicherheitsabkommens zwischen Afghanistan und den USA sei die Bundesregierung „verhalten optimistisch“, sagte Silberhorn. Das Abkommen gilt als Voraussetzung für eine Nato-Folgemission nach dem ISAF-Truppenabzug 2014, die nicht mehr als Kampfeinsatz, sondern als Beratungsmision konzipiert ist und an der sich die Bundeswehr mit 600 bis 800 Soldaten beteiligen könnte. ahe

UN-Entwicklungsziele im Fokus

ZUSAMMENARBEIT Der Fraktion Die Linke gehen die Vorschläge der Bundesregierung für die Formulierung nachhaltiger Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDG) in der Nachfolge der 2015 auslaufenden UN-Millenniumsentwicklungsziele nicht weit genug. „Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, Umverteilung und Regulierung, die elementar sind für die Ermöglichung nachhaltiger Entwicklung“ greife die Regierung in ihrem Eckpunktepapier zur Open Working Group der UN nicht oder nur unzureichend auf, schreiben die Abgeordneten in einem Antrag (18/1328), der vergangenen Donnerstag in die Ausschüsse überwiesen wurde. Statt „abstrakt über hehre Zukunftsvisionen“ zu diskutieren, gelte es zum Beispiel „neoliberale Weichenstellungen“ wie Freihandelsabkommen zu verhindern, die nachhaltige Entwicklung konterkarierten, argumentierte Heike Hänsel (Die Linke). Georg Kippels (CDU) hielt dagegen: „Freihandel ist die Zukunft, nicht der Protektionismus.“ Globale Kooperation und der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten seien

die Antwort auf Armut, nicht die Ablehnung von Privateigentum und Marktwirtschaft. Peter Meiwald (Grüne) kritisierte, dass Deutschland noch längst keine Vorreiterrolle einnehme. „Nachhaltigkeit, Klimawandel und Entwicklungszusammenarbeit zusammen zu denken“, Entwicklung werde noch immer überwiegend als „nachholende Entwicklung“ verstanden, obgleich „der auf Wirtschaftswachstum basierende Entwicklungspfad der Industrienationen global nicht umsetzbar ist“. Die SDG „müssen und werden auch Deutschland selbst“ betreffen. Diesen Punkt hob auch Bärbel Kofler (SPD) hervor: Die neuen Entwicklungsziele würden als universelle Agenda alle Staaten der Welt verpflichten. „Gerade hier wird es für uns als Industrienation neue Herausforderungen geben, sich gewissen Selbstverpflichtungen zu stellen“ sagte Kofler und verwies auf verbindliche, transparente Regeln für die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards für weltweit tätige Unternehmen. ahe

Hilfe für Opfer des syrischen Konflikts

MENSCHENRECHTE Deutschland hat für die Bewältigung humanitärer Probleme durch den syrischen Bürgerkrieg seit 2012 mehr als eine halbe Milliarde Euro bereitgestellt, davon rund 280 Millionen Euro humanitäre Hilfe. Damit befindet sich Berlin innerhalb der EU unter den größten Geldgebern, sagte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) vergangene Woche im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Die Flüchtlingsströme in die syrischen Nachbarländer zeigten jedoch, dass Geld allein die Probleme nicht lösen könne. Als Beispiel erläuterte Steinmeier die Situation in einer nordjordanischen Region mit 150.000 Flüchtlingen. Unter den gegebenen Umständen werde das Lager unter UN-Ägide durchaus gut gemanagt. Doch stehe es um Sicherheit und Ordnung schlecht. Auch würden im Lager weiterhin Kämpfer für den Krieg in Syrien rekrutiert. Und die ortsansässige jordanische Bevölkerung erhalte jetzt nur noch alle zwei Wochen und nicht mehr wie zuvor jede Woche frisches Wasser, was Spannungen schüre. Der SPD-Politiker berichtete den Abgeordneten zudem von einem

wenig beachteten Problem im Libanon: Als Folge des Flüchtlingsansturms aus Syrien strömten jetzt syrische Kinder in enormer Zahl in die Schulen, worunter das Bildungssystem zusammenbrechen drohe. Steinmeier nahm auch Stellung zur Lage in der Ukraine, die er als „sehr besorgniserregend“ bezeichnete (siehe auch Seiten 1 und 7). Als Beispiele nannte er die gezielte Tötung von Menschen und Verletzungen der Medienfreiheit. Die Geiselnahme der OSZE-Militärbeobachter in der Ostukraine müsse man ebenfalls als Verstoß gegen die Menschenrechte werten. Der SPD-Politiker verteidigte vor dem Gremium den Einsatz dieser Beobachter, zu denen auch mehrere Deutsche gehörten: Sie hätten etwa während der Krim-Krise die wichtige Information geliefert, dass damals keine russischen Soldaten in die östliche Ukraine eingedrungen seien. Aus Sicht Steinmeiers offenbart die Situation in dem Land im Osten des Kontinents, dass sich Probleme bei der Wahrung der Menschenrechte nicht mehr nur vor allem außerhalb Europas stellen. kos

Das Parlament
DAS WILL ICH LESEN!
 Mehr Information.
 Mehr Themen.
 Mehr Hintergrund.
 Mehr Köpfe.
 Mehr Meinung.
 Mehr Parlament.*
 Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben.
 Lieferung immer montags druckfrisch per Post.
 Telefon 069-75912323
 parlament@fs-medien.de
 www.das-parlament.de

Die Opposition am Kap legt zu

SÜDAFRIKA Der regierende ANC gewinnt die Parlamentswahl – muss aber Verluste hinnehmen

Die deutliche Mehrheit hat bei den Parlamentswahlen Südafrika in der vergangenen Woche erwartungsgemäß erneut die einstige Befreiungsbewegung African National Congress (ANC) gewählt. Nach Auszählung von 97 Prozent der Stimmen kam der ANC am vergangenen Freitag auf 62,2 Prozent, die Wahlbeteiligung lag bei 73 Prozent. Das bedeutet auch die Bestätigung von Präsident Jacob Zuma im Amt für weitere fünf Jahre. In Südafrika bestimmt das Parlament den Präsidenten, Zumas zweite Legislaturperiode ist angesichts der deutlichen ANC-Mehrheit in der Volksvertretung gesichert.

Arbeitslosigkeit Zwar verlor der ANC fünf Monate nach dem Tod von Nationalheld Nelson Mandela rund drei Prozentpunkte und verzeichnete wie bei bislang jeder Wahl nach Einführung der Demokratie im Jahr 1994 Verluste. Allerdings gab es selbst in Parteikreisen die Befürchtung, der ANC könne angesichts zahlreicher Skandale, einer weiterhin hohen Arbeitslosenquote von offiziell 25 Prozent und niedrigem

Wirtschaftswachstum unter die psychologisch wichtige Marke von 60 Prozent fallen. Diese Befürchtung erfüllte sich bei den insgesamt friedlichen Wahlen nicht. Vor den Wahllokalen standen am Wahltag auch erstmals Wähler Schlange, die nach Einführung der Demokratie geboren wurden. Unter ihnen war die Erstwählerin Nondumiso Thabede die im Joubert Park in Johannesburg ihre Stimme abgab. Trotz der ANC-Skandale unterstützte die Verkäuferin Zuma: „Ich wähle, weil ich eines Tages Mutter sein werde und möchte, dass die Dinge dann für meine Kinder gut sind. Ich unterstütze den ANC, denn der hat uns mit seiner Leistung Strom, Wasser, Bildung und Arbeit gebracht. Ich glaube, für die Zukunft des Landes ist das die beste Partei“, sagte sie. Duduzile Nhlapho, die ebenfalls zum ersten Mal wählte, war da am gleichen Wahllokal anderer Meinung. „Es ist Zeit für Veränderungen“, sagte die 20-jährige Finanzmanagementstudentin. „Die Dinge haben sich zum Besseren gewendet, aber es hätte viel mehr erreicht werden müssen, besonders bei der Kriminalitätsbekämpfung und der Bildung gibt es riesige Versäumnisse.“ Die Mehrheit der Südafrikaner wählt wie bei der ersten nicht-rassistischen Wahl vor zwanzig Jahren mit dem Herzen, die Loyalität scheint grenzenlos. Doch Nhlapho hat den Befreiungskampf nie erlebt und misst

den ANC anders als viele in der älteren Generation vor allem an seinen Versprechen. Das im Jahr 2009 ausgerufenen Ziel von fünf Millionen neuen Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2014 wurde nicht einmal annähernd erreicht, die Zahl der Arbeitsplätze hat sogar leicht abgenommen. Dass Zuma und der ANC, wie nun versprochen, im Rahmen eines großen Investitionsprogramms diesmal für sechs Millionen Arbeitsplätze sorgen will, kann sie nicht recht glauben.

Die Democratic Alliance (DA) legte als größte Oppositionspartei mit 22 Prozent um rund ein Drittel im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2009 zu. Der Partei gelingt es bei der schwarzen Bevölkerung allerdings nur sehr langsam, sich von dem Image zu befreien, vor allem für die Interessen der Weißen einzustehen. Dabei sind in den Führungspositionen zunehmend verschiedene ethnische Gruppen des Landes vertreten. Drittstärkste Kraft wurde mit rund fünf Prozent die neue linksradikale

Partei „Kämpfer für Wirtschaftsfreiheit“ (EFF). Die DA konnte souverän das Westkap verteidigen. Das große Ziel der DA-Vorsitzenden Helen Zille, dem ANC mit Gauteng eine weitere der neun Provinzen zu entreißen, wurde dagegen nicht erreicht. Immerhin legte die Partei in dieser Region, in der ein Großteil der südafrikanischen Wirtschaftskraft generiert wird, von 22 Prozent im Jahr 2009 auf nun 35 Prozent zu, der ANC muss deutliche Verluste verkraften. Sein Stimmanteil sank von 64 auf nur noch 50 Prozent. Die Wahlen hätten gezeigt, dass in der Partei die Abstammung keine Rolle spiele, sagte Mmusi Maimane, der DA-Premierministerkandidat für die Provinz Gauteng. **Aufholjagd** Die DA sei auf dem Weg, „dem ANC innerhalb der nächsten zehn Jahren das nationale Regierungsmandat zu entziehen“, sagte Zille. Doch in Südafrika bleibt es bis auf Weiteres dabei: Bis auf das Westkap werden alle Provinzen vom African National Congress regiert. Einen wirklichen Politikwechsel in Südafrika kann es in dem einst als Regenbogensonne gefeierten Land nur nach Veränderungen innerhalb der Partei geben. Christian Putsch, Johannesburg



Jacob Zuma (r.) begrüßt Oppositionsführerin Helen Zille (l.) am Tag nach der Wahl

Der Autor ist freier Korrespondent in Südafrika.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Echte Freunde in der Politik: Die beiden Sozialdemokraten Kanzler Willy Brandt (links) und der Bundesgeschäftsführer der Partei, Egon Bahr, besprechen im Februar 1979 beim Spaziergang in einem Park die politische Lage.

Worauf Du Dich verlassen kannst

FREUNDSCHAFT IN DER POLITIK Es gibt sie in ganz vielfältigen Formen – von ehrlich bis vergiftet. Ein Essay

So herzensinnig geht es selten zu in der Politik wie in jenem Abend im Jussupow-Palais zu Sankt Petersburg, als Gerhard Schröder (SPD) und Wladimir Putin sich in den Armen lagen. In der Ukraine tobte ein Bürgerkrieg, Putin hatte der Bundeskanzlerin am Telefon dreiste Lügen aufgetischt und eine OSZE-Patrouille befand sich in die Gewalt größtenwahnsinniger Kreml-Freunde. Während bei Festen nach alter russischer Sitte die geleerten Wodkafläser zerschmettert werden, ging es auf der Nachfeier zum 70. Geburtstag des Altkanzlers gesittet zu. Aber dennoch hatte Schröder am nächsten Morgen eine Menge Scherben aufzukehren – die Scherben seines guten Rufes in der Politik. Pech für das Geburtstagskind. Sein Wahlversprechen „Wahre Freundschaft soll nicht wanken“, selbst wenn der Freund einen krachenden Konfrontationskurs steuert, wurde in Deutschland nicht von jedem geteilt. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ein paar Tage später mit Barack Obama vor

In der Facebook-Zeit, in der wildfremde Menschen sich durch einen Klick am PC befreunden, ist die Politik geradezu ein Hort menschlicher Nähe: Man sieht sich, man kennt sich, man braucht sich. Und man übt sich in der Kunst der Intrige. Das gilt für die Weltpolitik. Es gilt für die deutsche Bühne.

Kohls Tränen Und doch haben sich Bilder eingepreßt, die den Blick auf eine andere, menschliche Dimension der Politik eröffnen. Die historische Begegnung von Helmut Kohl (CDU) und François Mitterrand 1984 auf dem Soldatenfriedhof Douaumont war ein solcher Moment. Beim Totengedenken an die 130.000 deutschen und französischen Gefallenen aus dem Ersten Weltkrieg tastete der sonst für seine eiserne Zurückhaltung gerühmte französische Staatspräsident nach der Hand des Kanzlers. Dem stockte der Atem. Tränen stiegen ihm in die Augen. Es war ein anrührender Moment bitterer Erinnerung und gemeinsamer Trauer, in dem beide Politiker mehr über die Verbundenheit beider Völker erkennen ließen als hundert

Nähr, in der sich Probleme besser besprechen lassen als am blankgeputzten Konferenzisch mit Früchtekorb vor sich und einer Entourage beflissener Fachreferenten im Rücken. „Ohne eine gewisse Intimität sind große Erfolge nicht erreichbar“, ist die Erfahrung von Egon Bahr (SPD), dem Großmeister aller Spindoktoren. In seinem langen politischen Leben hat er zwischen nutzbringenden Freundschaftsgesten und echten Freundschaften zu unterscheiden gelernt.

„Wer waren deine Freunde?“, fragte Willy Brandts Sohn Lars seinen Vater bei seinem letzten Besuch vor dessen Tod. Brandts Antwort war: „Egon“. Jahrzehnte hatten Egon Bahr und Willy Brandt eng zusammengearbeitet und Politik gestaltet. „Aus der Zusammenarbeit ist eine Freundschaft geworden, die mich über seinen Tod hinaus begleitet“, schreibt Bahr in seinem Buch „Das musst du erzählen“. Gemeinsam begeherten beide in Berlin vor und nach dem Mauerbau gegen den sowjetischen Allmachtsanspruch auf. Sie ermöglichten mit dem Passierscheinabkommen die ersten Familienbegegnungen nach der gewaltsamen Teilung der Stadt. Sie entwarfen eine neue Ostpolitik, kämpften gegen Intrigen in der eigenen Partei und erlebten beglückt die Wiedervereinigung.

friends.“ („Argwöhne stets die Freunde wie Verräter / Und Erzverräter acht als Busenfreunde.“) Den Fluch schleudert die Königin Margareta dem machtgeringen Richard entgegen. Wer kann in der Politik schon sicher sein, wer seine Freunde und wer die Verräter sind. Shakespeares „Richard III.“ steht immer noch auf dem Spielplan.

Kohl und Strauß Was für eine vergiftete Männerfreundschaft schweißten Helmut Kohl und Franz-Josef Strauß (CSU) da zusammen! Sie belauerten sich bei Pfälzer Wein und bayerischer Brotzeit. Auf Bergwandlungen schmiedeten sie Bündnisse. Und zogen danach übereinander her. „Vollkommen unfähig“, wütete Strauss über seinen Geradenoch-Freund Helmut Kohl. Und als der später aus Stasi-Akten erfuhr, was Strauss sonst noch über ihn abgelästert hatte, seufzte er nach dessen Dahinscheiden, wie gut es „für den“ doch sei, dass man ihm „diese Saureiben nun nicht mehr vorhalten“ könne.

Das Verhältnis zwischen Kohl und Strauß stand für eine vergiftete Männerfreundschaft.

Jede Partei hat ihre Königsdramen. 1997 lächelten hoch oben über Saar zwei glückliche Paare in die Kameras: Christa und Oskar, Gerhard und Doris. Das war der erste Akt des Bündnisses zwischen der Sozialdemokraten Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine. „Wenn es den Begriff Freundschaft in der Politik gibt“, sinnierte Schröder damals, „dann würde ich ihn hier anwenden“. Aber auch die Männerfreundschaft zwischen dem Saarländer und dem Niedersachsen, beide mit höchst ehrgeizigen Gemahlinnen an ihrer Seite, trug den Keim des Zerwürfnisses in sich. Sie hielt, bis Schröder im Kanzleramt saß und sich der gedemütigte Lafontaine auf Rache sinnend und großlos aus seinem Ministeramt zurück an die Saarschleife flüchtete. Das war der letzte Akt. Machttrieb ist der größte Freundschaftszerstörer.

Wahre Freundschaft lässt das Parteibuch beiseite. Sie wird belächelt, weil sie nicht der Parteiraion folgt. Aber sie ist beständig, weil keiner auf den Posten des anderen scharf ist. Solche Freundschaften gibt es im Politikbetrieb in vielen farblichen Tönen: dunkelrot und gelb, rot und schwarz, und selbst in der seltenen Variante tiefeschwarz und quietschgrün. Dirk Niebel (FDP) nennt Dietmar Bartsch (Die Linke) seinen Freund. Niebel war Fallschirmjäger in der Bundeswehr, Bartsch bei der Nationalen Volksarmee. „Die Zeit ‚beim Bund‘ hat mich – wie viele Männer – menschlich tief geprägt. Ich habe dort viel gelernt, manchmal gelacht, manchmal gelitten“, erinnert sich Niebel an seine Soldatenzeit und teilt diese Erfahrung mit Dieter Bartsch, „auch wenn wir uns eigentlich feindlich gegenüberstanden“. Die deutsche Einheit hat diese Freundschaft gestiftet. Jetzt eint beide ihr Engagement für die Dritte Welt. Niebel war Entwicklungshilfeminister, Bartsch Berichterstatter der Linken für dieses Ressort.

Auf der Feuertreppe an der Spree lösten Kauder und Struck manche Krise der Koalition.



Symbolhaftig: Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand (links) und Kanzler Helmut Kohl (CDU) reichen sich 1984 über den Gräbern von Verdun die Hände.

dem Kamin im Oval Office plauderte, hatte der amerikanische Präsident den Journalisten bereits gestanden, hier sei nicht nur eine Kanzlerin, hier sei eine „enge Freundin“ zu Gast, und dann berührten Zeige- und Mittelfinger seiner Hand zartführend den Arm seiner Partnerin. Es war eine fast schon intime Freundschaftsgeste. Eindrucksvoller auf jeden Fall als das endemische Küsschen-Küsschen-Gesue, das inzwischen zum Protokoll westlicher Staatsbesuche gehört. Zwar hatte die Kanzlerin vor einigen Wochen noch beleidigt ins Weiße Haus gemorst: „Enge Freunde hört man nicht ab!“ Aber mit der Freundschaft ist das so eine Sache: Sie vergibt und vergisst. Wie will man sonst in Frieden zusammenleben?

wohlmeinnende Reden. Die Sprache ihrer Gefühle wurde zur Sprache der Freundschaft. Journalisten sind abgebrüht. Spindoktoren kalkulieren die Emotion. Und so stehen politische Freundschaftsgesten immer unter Inszenierungsverdacht. Willy Brandt und Leonid Breschnew beim gemeinsamen Schwimmen im Schwarzen Meer, Kohls Strickjacke, die er beim Spaziergang mit Michail Gorbatschow trug, als beide die letzten Widrigkeiten vor der deutschen Einheit beiseite räumten, Merkels Grilleinladung ins vorpommerische Trinwillershagen, wo sie George W. Bush mit geröstetem Wildschwein traktierte – das sind keine Beweise ewiger Freundschaft, aber es sind Gesten, wie sie unter Freunden üblich sind, Zeichen menschlicher

Gemeinsame Feinde stärken die Freundschaft; gerade Feinde in den eigenen Reihen. Willy Brandt hatte die Empörung über die Intrigen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner während der Phase der Annäherung an den Osten schweigend in sich hineingefressen. Bahr sprach für den Freund. In seinen Augen ist Wehner der Verräter, der hinter dem Rücken der Regierung mit der Sowjetführung und DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker kooperierte, Papiere durchstach und in Ost-Berlin und Moskau seine Verachtung über den Kanzler aussprach. Als Brandt nach der Guillaume-Affäre zurücktrat und Wehner auf der Fraktionsitzung schrie: „Wir alle lieben ihn!“, schoss Egon Bahr angesichts dieser „Gemeinheit und Heuchelei“ Tränen der Wut in die Augen. Auch Politiker- Freundschaften kennen tiefe Gefühle. Die ironische Wendung „Freund, Feind, Todfeind, Parteilfreund“ wurde im Verhältnis von Wehner zu Brandt in ihrer Extremform Realität. Jenseits aller Parteiprogramme bestimmen Kalkül, Konkurrenz und Kampf um Karriere den politischen Alltag. Was der als SPD-Vorsitzender gescheiterte Kurt Beck als „Verhaltensweisen des Wolfsrudels“ am eigenen Leib erlitt, hatte der auf höfischen Intrigen spezialisierte William Shakespeare schon ein paar Jahrhunderte früher in Verse gefasst: „Thy friends suspect for traitors while you livest / And keep deep traitors for thy deepest

Wahre Freundschaft lässt das Parteibuch beiseite. Sie wird belächelt, weil sie nicht der Parteiraion folgt. Aber sie ist beständig, weil keiner auf den Posten des anderen scharf ist. Solche Freundschaften gibt es im Politikbetrieb in vielen farblichen Tönen: dunkelrot und gelb, rot und schwarz, und selbst in der seltenen Variante tiefeschwarz und quietschgrün. Dirk Niebel (FDP) nennt Dietmar Bartsch (Die Linke) seinen Freund. Niebel war Fallschirmjäger in der Bundeswehr, Bartsch bei der Nationalen Volksarmee. „Die Zeit ‚beim Bund‘ hat mich – wie viele Männer – menschlich tief geprägt. Ich habe dort viel gelernt, manchmal gelacht, manchmal

Mal angenommen, ich stehe am Abgrund und bin im Begriff runterzufallen. Ein Freund würde mich auf eigene Gefahr retten. Ein politischer Freund wirft einen hinter.“ Ehrlichkeit und ein gnadenloser Blick auf die politische Wirklichkeit sind das Fundament ihrer Freundschaft.

Feuertreppe an der Spree Auch das letzte Freundschaftsgeheimnis der deutschen

Hauptstadt ist inzwischen gelüftet: Es ist das Geheimnis der Feuertreppe. Mit Hilfe dieser Feuertreppe am Ufer der Spree wurde manche Krise der Großen Koalition zwischen den Jahren 2005 und 2009 gelöst. Die Fraktionsvorsitzenden von Union und SPD, Volker Kauder und Peter Struck, nutzten sie bei ihren politischen Lösungsätzen. In frischer Berliner Luft stiegen sie auf der Treppe von Stufe zu Stufe, um über Abwechler zu granteln, Gegensätze zu kütten, Absprachen zu treffen und Stimmen zu zählen. „Volker Kauder und ich versprochen uns von Beginn an, den anderen niemals in den höchst unterschiedlichen Kulturen ihrer Parteien verankerten Politiker ist eine ständige Prüfung im Fach Toleranz, denn ‚alle Meinungen, die Claudia vertritt, halte ich für falsch‘ (sagt Beckstein) – „geht mir genauso mit Dir!“ (sagt Roth). „Seit ich die Claudia kenne, nehme ich die Grünen ernst“ (sagt Beckstein). „Die alte Konfrontation gibt es heute nicht mehr. Und der Günther war einer der Auslöser dieses Wandels“ (sagt Roth). Und beide wissen: „Mal angenommen, ich stehe am Abgrund und bin im Begriff runterzufallen. Ein Freund würde mich auf eigene Gefahr retten. Ein politischer Freund wirft einen hinter.“ Ehrlichkeit und ein gnadenloser Blick auf die politische Wirklichkeit sind das Fundament ihrer Freundschaft.

Ernst Eiltz

Der Autor war in den 1970er Jahren „Spiegel“-Redakteur, moderierte später das „heute journal“, war Fernseh-Chefredakteur des Süddeutschen Rundfunks und Gründungsintendant des Deutschlandradios. Er lehrt an der FU Berlin Kultur- und Medienmanagement.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Eine Männerfreundschaft: Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD, links) und Russlands Präsident Wladimir Putin feiern 2005 in St.Petersburg den Geburtstag des Gastgebers.

Lkw-Maut wird ausgeweitet

VERKEHR Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) will die zukünftigen geringeren Mauteinnahmen wegen des neuen Wegkostengutachtens durch eine Ausdehnung der Lkw-Maut auf weitere 1.000 Kilometer Bundesstraßen und die Einbeziehung von Fahrzeugen mit mehr als 7,5 Tonnen Gesamtgewicht ausgleichen. Der Rest werde aus dem allgemeinen Haushalt überwiesen. Dies erklärte er vergangene Woche im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur. Als Termin für die Ausweitung der Lkw-Maut auf weitere Bundesstraßen nannte er den 1. Juli 2015, die 7,5-Tonner sollen zum 1. Oktober 2015 einbezogen werden. Die vorgesehene Lkw-Maut auf allen Bundesstraßen könnte Mitte 2018 eingeführt werden. Die bisherige Ausweitung der Lkw-Maut auf einige vier- und mehrspurige Bundesstraßen führte zu keinen signifikanten Verkehrsverlagerungen. Dies geht aus einer Unterrichtung der Bundesregierung (18/689) hervor. *mik*

Änderungen bei Finanzgesetzen

FINANZEN Überwiegend redaktionelle Änderungen enthält der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Gesetzen auf dem Gebiet des Finanzmarktes (18/1305), der am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratungen an die Ausschüsse überwiesen wurde. Die Änderungen erfolgen im Nachgang zur Umsetzung von komplexen EU-Vorlagen beziehungsweise internationalen Vorgaben, wie die Regierung im Gesetzentwurf ausführt. Diese Umsetzungen waren am Ende der 17. Legislaturperiode vorgenommen worden.

Außerdem sollen Redaktionsversehen bei der zusätzlichen Beaufsichtigung der Finanzunternehmen eines Finanzkonglomerats im CRD IV-Umsetzungsgesetz sowie im AIFM-Umsetzungsgesetz beseitigt werden. Vorgesehen ist im Gesetzentwurf ebenfalls eine Anpassung der Definition von offenen und geschlossenen Alternativen Investmentfonds. *hle*

Linke will neues Düngerecht

LANDWIRTSCHAFT Die Fraktion Die Linke will die Wasserqualität in der Europäischen Union sichern und fordert die Bundesregierung daher auf, einen Entwurf zur Änderung der Düngeverordnung vorzulegen. Dieser solle so ausgestaltet sein, dass der Nährstoffeintrag in Grund- und Oberflächengewässer künftig verringert und Überdüngung vermieden werde. In einem entsprechenden Antrag (18/1332), über den der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung beriet, verlangen die Abgeordneten außerdem einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Düngegesetzes. Unter anderem solle er die Festlegung einer Obergrenze für die Aufbringung von organischem Dünger in der Düngeverordnung ermöglichen.

Die Linksfraktion begründet ihren Antrag damit, dass in einigen Regionen Deutschlands derzeit die Werte für die maximal erlaubten Stickstoff-Salden deutlich überschritten würden. Dies gefährde das Ökosystem und die biologische Vielfalt. *eis/joh*

Kritik an Grüner Gentechnik

UMWELT Im Bundestag wächst die Kritik an der so genannten Grünen Gentechnik. Sowohl SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen als auch die CSU haben am vergangenen Woche im Umweltausschuss Vorbehalte gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen (GVO) in Deutschland geäußert. SPD, Linke und Grüne forderten ein europaweites Moratorium für die Zulassung des GVO-Anbaus, bis ein neues überarbeitetes Zulassungsverfahren auf Grundlage der Vorschläge des Europäischen Parlaments (EP) von 2011 umgesetzt sei. Sie kündigten einen entsprechenden Entschließungsantrag an. Die von der EU geplante Einführung einer „Opt-Out-Klausel“, die nationale Anbauverbote von gentechnisch veränderten Pflanzen möglich machen soll, werten sie im Detail ebenfalls kritisch. Die CDU sprach sich indes für die Grüne Gentechnik aus. Langzeituntersuchungen hätten keine Hinweise auf Risiken ergeben, zudem sei sie wichtig bei der Bekämpfung des weltweiten Hungers. *joh*



Der deutsche Panzerpähwagen „Fennek“ ist bei ausländischen Streitkräften beliebt. Zuletzt zeigte Saudi-Arabien Interesse. Es ist aber unsicher, ob ein Geschäft zu Stande kommt.

Dichtere Kontrollen

WIRTSCHAFT Einigkeit über mehr Transparenz bei Rüstungsexporten. Linke will Ausfuhrstopp

Das ewig heikle Thema im Bundestag: Genehmigung von Rüstungsexporten. Wieviel Geheimhaltung muss das Parlament der Bundesregierung zugestehen? In welchem Ausmaß ist Kontrolle möglich?

Mehr Transparenz: Darauf hatten sich CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag verständigt. „Wir liefern“, sagte denn auch der CDU-Abgeordnete Klaus-Peter Willsch im Plenum. Betont ruhig präsentierte er die schwarz-roten Vorschläge – ebenso wie sein SPD-Kollege Bernd Westphal, der von einem „für alle Abgeordneten schwierigen Thema“ sprach. Deutlich leidenschaftlichere Töne schlug die Opposition an. Jan van Aken (Die Linke): mehr Transparenz gerne, aber besser ein komplettes Exportverbot. Agnieszka Brugger (Grüne): Transparenz, aber echte.

»Frühe Information« Die Koalition mache bei der Genehmigung von Rüstungskontrollen „die parlamentarische Nachkontrolle dichter“. So beschrieb Willsch den schwarz-roten Vorstoß im Bundestag. Es werde zu einer „sehr breiten, sehr frühen Information“ kommen: Insbesondere, weil spätestens zwei Wochen nach Tagung des Bundessicherheitsrates der Bundestag unterrichtet werden müsse.

Willsch strich heraus, dass es sich bei der Befassung des Bundessicherheitsrates nicht um einen formellen Akt handle, sondern jedes Mal um eine Einzelentscheidung. Es gebe keinen Anspruch auf Genehmigung. Die

Prüfung erfolge an Hand deutscher Gesetze, orientiere sich zudem am EU-Kodex und an den OSZE-Richtlinien. Herausragend sei die Beachtung der Menschenrechte. Bei Nicht-EU-Staaten und Nicht-Nato-Staaten werde mit Genehmigungen „äußerst restriktiv“ umgegangen. Voraussetzung seien internationale Interessen wie Bekämpfung von Terror und Drogenhandel oder die Sicherung von Seewegen.

Willsch lenkte den Blick auch darauf, dass Deutschlands Rüstungsindustrie ihre technologischen Fähigkeiten erhalten müsse, um bei der Sicherung der Verteidigungsbereitschaft nicht von Dritten abhängig zu werden. Industrie? Van Aken hielt Willsch entgegen, dass bei Rüstungsexporten ökonomische Interessen gar nicht berücksichtigt werden dürften. 500.000 Menschen kämen im Jahr durch Waffengewalt um – „auch durch deutsche Waffen“. Nach seiner Darstellung schießen Taliban in Afghanistan „mit deutschen Waffen auf deutsche Soldaten“.

Van Aken legte sich mit der SPD an, die in Sachen Rüstungsexporte früher „das Maul so weit aufgerissen“ habe und nun „vor Scham in den Boden versinken“ müsse. Dass der Bundestag jetzt mehr Informationen erhalten solle, sei „in Ordnung“. Indes: „Transparenz allein verhindert keinen einzigen Waffenexport.“ Es gebe „nur eine Lösung“. Nämlich: „Waffenexporte komplett verbieten.“ Er machte sich ausdrücklich mit Blick auf die CDU/CSU-Fraktion zur keine Illusionen, dass dies auf absehbare Zeit im Bundestag durchzusetzen sei. Als Erstes solle aber zumindest der Export von Kleinwaf-

fen verboten werden, die zu 70 bis 80 Prozent bei der Tötung von Menschen im Spiel sind.

Als „schon sehr polemisch“ stufte Westphal von Aken Äußerungen ein. Auch er verwies auf die „restriktive Politik der Bundesregierung“: keine Zustimmung bei Menschenrechtsverletzung oder Bürgerkriegen.

darf“. Bisher seien die Rüstungsexportberichte „viel zu spät gekommen“.

Westphal hob auf die Verfassungsklage der Grünen in Sachen Transparenz ab. Und meinte: „Wir haben uns gegen ein Abwarten auf Karlsruhe entschieden und konstruktiv gehandelt.“ Es würden „keine weiteren Geheimgremien“ geschaffen, son-

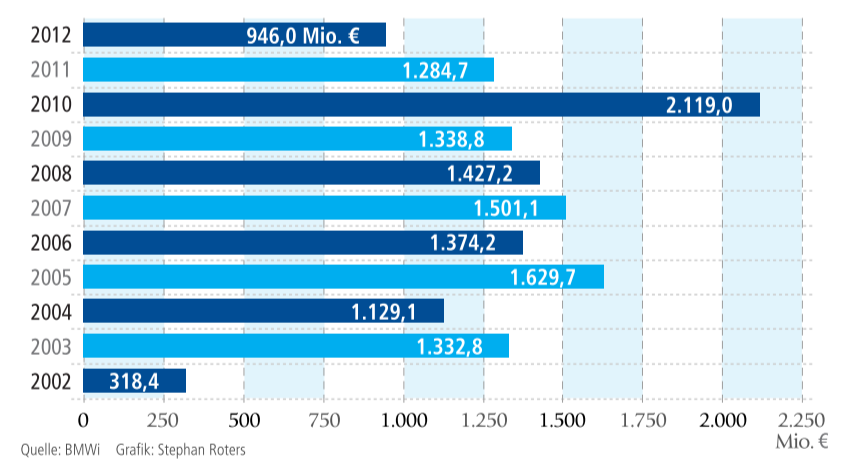
eine Demokratie sei dies „ein unhaltbarer Zustand“. Diese Kritik sei früher von der SPD geteilt worden. Was die Koalition nun vor habe, sei eine „herbe Enttäuschung“.

Menschenrechte Brugger machte einen „immer größeren Trend zu deutschen Waffenlieferungen in Staaten mit problematischem Umgang mit Menschenrechtsfragen“ aus. Konkret forderte sie in diesem Zusammenhang von der Bundesregierung: „Stoppen Sie die Panzerlieferungen an Saudi-Arabien!“ Sie verlangte ein Verbot von Rüstungsexporten in Staaten, in denen „die Menschenrechte mit Füßen getreten“ würden. Drei Anträge lagen der Debatte zugrunde. Gemeinsam setzten sich CDU/CSU und SPD dafür ein, „mehr Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen“ sicherzustellen (18/1334). Der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen. Danach soll der Rüstungsexportbericht noch vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause des Folgejahres veröffentlicht werden. Zusätzlich soll es im Herbst über das erste Halbjahr eine Zwischeninformation geben. Der Antrag sieht ferner umfassende Informationspflichten der Regierung für den Bundestag vor. Die Grünen drängen auf „echte Transparenz und parlamentarische Beteiligung“ (18/1360). Die Linke macht sich „für ein generelles Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ stark (18/1348). Beide Anträge fanden keine Mehrheit. *Franz Ludwig Averdunk*

Der Autor ist Korrespondent der Westfälischen Nachrichten in Berlin.

Kriegswaffenausfuhren aus Deutschland

In den Jahren 2002 bis 2012 in Millionen Euro



Westphal erläuterte, die Koalitionsfraktionen wollten keine Vermischung von Legislative und Exekutive. Das Grundgesetz weise Entscheidungen über Rüstungsexporte klar der Bundesregierung zu. Allerdings: Bei der Transparenz gebe es „Handlungsbe-

den die Transparenz werde zweifelsfrei erhöht.“

Ganz anderer Ansicht war da die Grünen-Abgeordnete Brugger. Sie kritisierte, dass die Regierung „im Geheimen“ befinde und dies „nicht einmal begründen“ müsse. Für

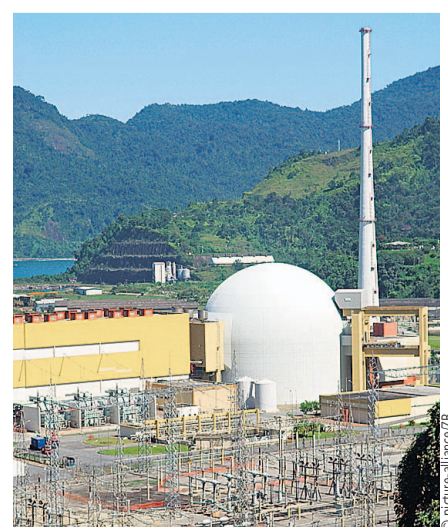
»Doppelte moralische Standards«

UMWELT Umstrittene Atomabkommen mit Indien und Brasilien bleiben in Kraft

Die Bundesregierung wird geltende Abkommen mit Indien und Brasilien zur Förderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht kündigen. Das hat der Bundestag am Donnerstag in einer namentlichen Abstimmung beschlossen. Er lehnte damit einen Antrag (18/1336) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab, in dem diese zum einen die Beendigung der Atomabkommen gefordert hatte, zum anderen, künftig keine weiteren Kreditförderungen für Atomprojekte zu gewähren. Für den Antrag stimmten 110 Abgeordnete, 465 lehnten ihn ab. Zwei SPD-Abgeordnete enthielten sich.

Nach Ansicht der Grünen-Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl sind die in den 1970er-Jahren abgeschlossenen bilateralen Abkommen „anachronistisch und aus der Zeit gefallen“. Wer den Atomausstieg im eigenen Land ernst meine, „kann ihn im Ausland nicht mit Außenwirtschaftsförderung unterstützen“, kritisierte sie. Deutschland solle mit den betreffenden Ländern lieber im Bereich der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz kooperieren anstatt im Bereich der Nukleartechnik. Auch für Hubertus Zebel (Die Linke) ist klar: „Wer im eigenen Land aus der Atomkraft aussteigt, sollte keine doppelten moralischen Standards ansetzen und den weiteren Ausbau von Atomkraftwerken (AKW) im Ausland

unterstützen.“ Seine Fraktion votierte daher für den Grünen-Antrag. Grüne wie Linke zeigten sich enttäuscht über die SPD. Sie verwiesen darauf, dass die Sozialdemokraten in der vergangenen Legislaturperiode zwei Anträge mit gleichen Forderungen vorgelegt hätten, das Thema im Koalitionsvertrag aber nicht erwähnt werde. Ein Brief der Grünen-Fraktion an Umweltministerin Barbara Hendricks



Atomkraftwerk in Brasilien

(SPD), mit der Bitte, das deutsch-indische Atomabkommen zu kündigen, bevor es am 15. Mai 2014 automatisch um ein Jahr verlängert werde, sei unbeantwortet geblieben.

Kritik am Verfahren Nina Scheer (SPD) warf den Grünen vor, die Sozialdemokraten „vorführen“ zu wollen und den Antrag ohne vorherige Beratung in den Ausschüssen sofort zur Abstimmung zu bringen. Dies sei „nicht sachgerecht im Umgang mit diesen ernst zu nehmenden Fragestellungen“. Sie fügte hinzu, dass es angesichts des „engen Zusammenhangs zwischen der zivilen und der kriegerischen Nutzung von Atomkraft“, in den vergangenen Jahren versäumt worden sei, „genauer hinzuschauen, ob es möglicherweise aus sicherheitspolitischen Gründen notwendig ist, an bestimmten Passagen in diesen Verträgen festzuhalten und sie entsprechend weiterzuentwickeln“. Philipp Lengsfeld (CDU) betonte, es müsse in deutschem Interesse sein, dass die indischen und brasilianischen AKW sicher seien. Zudem sei die Atomkraft für den Energiemix dieser Länder „essenziell“. Seine Fraktionskollegin Elisabeth Motschmann warf den Grünen „Bevormundungspolitik“ vor. Wer im eigenen Land aus der Atomkraft aussteige, könne „noch lange nicht fordern, dass andere es auch tun“. *Johanna Metz*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Mehr Geld für Freiwilligendienst

HAUSHALT Der Bundesfreiwilligendienst soll in diesem Jahr elf Millionen Euro mehr erhalten. Dies beschloss der Haushaltsausschuss in der vergangenen Woche auf Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD einstimmig bei den Beratungen zum Haushalt 2014 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Statt 167,2 Millionen Euro, wie im Regierungsentwurf vorgesehen, soll der Bundesfreiwilligendienst somit über 178,2 Millionen Euro verfügen können. Eingespart werden soll das Geld auf Antrag der Koalition beim Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach Paragraph 6a Bundeskindergeldgesetz. Dort sollen danach nur noch 368,9 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Im Übrigen blieb der Regierungsentwurf unverändert, so dass das Ministerium weiterhin über 7,96 Milliarden Euro verfügen kann. Allerdings sind davon rund sieben Milliarden Euro für gesetzliche Leistungen vorgesehen, wie Ministerin Manuela Schwesig (SPD) erklärte. Zahlreiche Anträge der Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen blieben erfolglos. So wollten beide Fraktionen unter anderem das Betreuungsgeld absenken, für das 515 Millionen Euro eingeplant sind. Dafür wollten beide Fraktionen unter anderem die Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demo-

kratie von 30,5 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro erhöhen.

Ohne große Veränderungen passierten auch die Regierungsentwürfe für den Haushalt 2014 der Bundesministerien für Wirtschaft und Energie sowie für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit den Haushaltsausschuss. Lediglich im Etat des Wirtschaftsministeriums erhöhten die Abgeordneten einstimmig auf Antrag der Koalitionsfraktionen die Verpflichtungsermächtigungen für die Kosten der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Technologiepolitik um 56.000 Euro auf 350.000 Euro und für Baumaßnahmen um 2,75 Millionen Euro auf 20,16 Millionen Euro. Beide Verpflichtungsermächtigungen werden erst ab 2015 fällig.

Auch bei diesen Ministerien blieben die Anträge der Opposition erfolglos. So forderten die Grünen unter anderem mehr Mittel für Energieforschung und weniger Geld für die Förderung von maritimen Technologien. Die Linksfraktion setzte sich ebenso erfolglos unter anderem für eine höhere Zuweisung an die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ein. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) kündigte an, dass die Förderprogramme überprüft werden müssten. *Michael Klein*



KURZ REZENSIIERT



Ulrich Chaussy: Oktoberfest. Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann.

Ch. Links Verlag, Berlin 2014; 269 S., 19,90 €

Am Haupteingang zum Oktoberfest an der Münchner Theresienwiese explodierte am 26. September 1980 ein Sprengsatz. Die in einem Abfallerimer deponierte Bombe tötete 13 Menschen, über 200 wurden verletzt. Die Ermittlungsbehörden identifizierten schnell den beim Anschlag getöteten 21 Jahre alten Studenten Gundolf Köhler als Alleintäter. Mehr als 30 Jahre lang untersuchte der Münchner Journalist Ulrich Chaussy den Terrorakt. Als Quellen dienten ihm unter anderem die Ermittlungsakten, die man ihm 1983 zugespielt hatte. Daraufhin warf er dem Staatsanwalt in der ersten Fassung seines 1985 erschienenen Buches vor, wichtigen Hinweisen von Augenzeugen weder nachgegangen zu sein, noch sie richtig interpretiert zu haben. Stattdessen hätten sich die Ermittler von Anfang an auf Köhler als Einzeltäter festgelegt. Dass er nachweislich zwei Mal mit Mitgliedern der Wehrsportgruppe Hoffmann trainiert und deren rechts-extreme Gesinnung geteilt hatte, habe während der Ermittlungen keine Rolle gespielt. In der aktualisierten Fassung seines Buches stützt sich der Autor vor allem auf Augenzeugenberichte: Danach wurde der Täter zusammen mit mehreren Personen unmittelbar vor der Explosion gesehen.

Nach dem Anschlag vom September 1980 machten konservative Politiker die amtierende sozial-liberale Bundesregierung, insbesondere den damaligen Bundesinnenminister Gerhard Baum (FDP), für den Terrorakt verantwortlich. Unions-Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß (CSU) suchte das Ereignis für seinen Wahlkampf auszuschlachten und warf Baum vor, den politisch motivierten Terrorismus zu verharmlosen. Dabei hatte Strauß selbst das Treiben der Wehrsportgruppe Hoffmann wiederholt heruntergespielt. Chaussy zieht Parallelen zwischen dem Anschlag von 1980 und den NSU-Morden: In beiden Fällen hätten die Staatsschutzorgane viel zu lange weggesehen beziehungsweise die Täter unter ausländischen Kriminellen gesucht. Sein Fazit lautet: Das Verdrängen des rechten Terrors begann bereits in München.

manu



Olaf Jessen: Verdun 1916. Urschlacht des Jahrhunderts.

C.H. Beck Verlag, München 2014; 496 S., 24,95 €

Juli 1914: „Fest steht und treu die Wacht, die Wacht am Rhein!“, schmettern deutsche Reservisten, die schwarz-weiß-rote Fahne schwelkend, wenige Tage vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Zentrum von London. Der beurlaubte Leutnant Cordt von Brandis marschiert begeistert mit und hält diesen heute so absurd anmutenden Moment in seinem Tagebuch fest. 19 Monate später wird er während der „Urschlacht des Jahrhunderts“ von Verdun für spätere Historiker weitere wertvolle Beobachtungen notieren. Die längste Schlacht der Weltgeschichte dauerte zehn Monate: vom deutschen Angriff am 21. Februar 1916 bis zum Ende der französischen Großoffensive am 20. Dezember 1916. Sie kostete 700.000 Soldaten das Leben. Dieses Ereignis veränderte nicht nur die politische Lage in Frankreich und in Deutschland, sie befeuerte auch die Entstehung der „Dolchstoßlegende“, begünstigte den Bau der Maginot-Linie und legte damit die Grundlage für Frankreichs Niederlage gegen die Wehrmacht im „Blitzkrieg“ 1940. Dies arbeitet der Historiker Olaf Jessen in seinem enzyklopädischen Werk über die Schlacht überzeugend heraus.

Jessen nutzte für seine Recherchen nicht veröffentlichte deutsche und französische Archivaldokumente über das militärische Vorgehen bei Verdun und untermauert seine Erzählung mit hunderten Augenzeugenberichten, vom General bis zum Zugführer. So gelingt es ihm, das Wechselspiel zwischen dem „Krieg des kleinen Mannes“ und dem der Heerführer zu beleuchten. Ausführlich analysiert Jessen die berühmte-berühmte „Weihnachtsdenkschrift“ des Generalstabschefs Erich von Falkenhayn, um dem Leser zu verdeutlichen, was dieser unter dem „Ausbluten“ der Franzosen bei Verdun verstand.

Obwohl die zahlreichen Zitate den Erzählfluss häufig unterbrechen und die Lektüre so erschweren, macht diese Art der Darstellung das Buch gleichzeitig so wertvoll und authentisch. Der Leser meint den Soldaten selbst zu hören zu können, die vor hunderten Jahren in die Hölle von Verdun geschickt wurden.

manu



Bis zu 500.000 Menschen demonstrierten am 4. November 1989 in Ost-Berlin gegen das SED-Regime.

Initialzündung

GESCHICHTE Bundestag erinnert an Proteste gegen die gefälschten Kommunalwahlen in der DDR vor 25 Jahren

Vermeintlich waren es „nur“ Kommunalwahlen. Und wenn es am 7. Mai 1989 nach dem Willen der Staatsführung der DDR gegangen wäre, dann hätten diese Wahlen mit dem gleichen Ergebnis geendet wie alle anderen Wahlen zuvor in der Geschichte der DDR – mit einem Ergebnis von weit über 90 Prozent für die Einheitsliste der Nationalen Front, sprich die SED und die sogenannten Blockparteien. Als Vorsitzender der Wahlkommission verkündete Egon Krenz dann auch das gewünschte „amtliche“ Ergebnis: 98,89 Prozent entfielen auf die Nationale Front bei einer Wahlbeteiligung von 98,77 Prozent. Doch die Kommunalwahlen vor 25 Jahren unterschieden sich grundlegend von allen anderen Wahlen zuvor und leiteten in letzter Konsequenz den Zusammenbruch der sozialistischen Diktatur ein. Noch am Wahlabend demonstrierten rund 1.000 Bürger ge-

gen die all zu offensichtliche Manipulation der Wahlen.

Wahlbeobachtung In vielen Wahllokalen hatten Bürger von ihrem im Wahlrecht verbrieften Recht Gebrauch gemacht, der Stimmentauschung beizuwohnen. Und diese Beobachter kamen zu ganz anderen Ergebnissen als dem verkündeten: So hatten nach ihren Berechnungen durchschnittlich bis zu sieben Prozent der Wähler gegen die Einheitsliste gestimmt. In manchen Wahllokalen lag die Ablehnungsquote sogar bei bis zu 20 Prozent.

In den Tagen nach der Wahl erhoben Bürgerrechtler massenhaft Einspruch gegen die Wahlen und stellten gar Strafanzeige wegen Wahlfälschung. Doch der Justizapparat lehnte die Anfechtungen auf Weisung von Oben ab. Der Wahlbetrug trieb zunehmend mehr DDR-Bürger auf die Straßen. Am 4. September kam es in Leipzig im An-

schluss an das Friedensgebet in der Nikolai-Kirche zur ersten Montagsdemonstration. Am 9. Oktober demonstrierten bereits 70.000 Menschen in Leipzig – obwohl oder gerade weil die Polizei am 7. September äußerst brutal gegen Demonstranten auf dem Berliner Alexanderplatz vorgegangen war. Dort kam es am 4. November schließlich auch zur größten nichtstaatlichen Massendemonstration in der Geschichte der DDR mit mehreren hunderttausend Teilnehmern. Fünf Tage später fiel die Mauer. Anlässlich des 25-jährigen Jahrestages der Kommunalwahl von 1989 gedachte der Bundestag in der vergangenen Woche in einer Debatte der Ereignisse. Fraktionsübergreifend bezeichnete alle Redner die gefälschte Kommunalwahl als „Ausgangspunkt“ und „Initialzündung“ für die friedliche Demonstration des Jahres 1989 in der DDR, die schließlich zum Ende des SED-Regimes und der Deutschen Einheit führte.

„Der heutige Tag ist Anlass, uns der fundamentalen Bedeutung freier, allgemeiner, gleicher und ungestörter Wahlen für die Demokratie in Erinnerung zu rufen“, betonte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Ein Blick auf die Welt und die aktuellen Ereignisse in der Ukraine offenbare, dass freie Wahlen entgegen der Wahrnehmung vieler Deutscher eben keine Selbstverständlichkeit seien, sagte de Maizière.

Wahlaufruf Iris Gleicke (SPD), Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, appellierte an die Bürger, von ihrem Wahlrecht deshalb auch Gebrauch zu machen: „Wer diejenigen wirklich ehren will, die vor 25 Jahren mutig darauf bestanden haben, eine echte Wahl zu haben, der geht wählen und der wählt eine demokratische Partei.“ Die sei „das Erbe des 7. Mai 1989“. Zugleich übte Gleicke scharfe Kritik an „renommierten Journalisten“ wie Gabor Steingart, die sich in ihren Büchern öffentlich zum Nichtwählen bekennen. Solches „Geschwätz könnte zu einem bösen Erwachen führen“. Sie wolle jedenfalls keine Neonazis in den Parlamenten sehen. Sie habe kein Verständnis dafür, „dass Leute es schick finden, nicht wählen zu gehen“. In die Debatte mischten sich jedoch auch nachdenkliche Töne. Steffi Lemke (Bündnis 90/Die Grünen) erinnerte daran, dass sich viele Hoffnungen der DDR-Bürger an die Demokratie nicht erfüllt hätten. Auch sie habe oft an „unserer Demokratie gezweifelt“ und sei „teilweise verzweifelt“, räumte die Parlamentarierin ein. „Ich glaube, dass keine und keiner sich 1989 und auch nicht 1990 hat träumen lassen, dass wir 25 Jahre nach der friedlichen Revolution in unserem Lande darüber diskutieren, wie wir die Totalüberwachung unserer elektronischen Kommunikation beenden können“, mahnte Lemke. Sie sei allerdings überzeugt, „dass die Freiheit auch in dieser Frage siegen wird“.

Schulduweisungen Beim CDU-Abgeordneten Michael Kretschmer stieß Lemke mit ihrer Rede jedoch auf Unverständnis: Er verstehe nicht, wie man über Internetüberwachung reden kann, „ohne sich Gedanken darüber zu machen, was eigentlich gewesen wäre, wenn die DDR über diese Möglichkeiten verfügt hätte“. Kretschmer übte zugleich scharfe Kritik an der Linkspartei als Nachfolgerin der SED. Die Linke habe sich nie bei den Opfern der SED-Diktatur entschuldigt und auch das Unrecht in der DDR nie anerkannt. Um so wichtiger sei es, dass die DDR und ihre „wirklich schlimme, linke, kommunistische sozialistische Ideologie“ nicht in Vergessenheit gerät, mahnte Kretschmer.

Zuvor hatte André Hahn (Linke) diesen Vorwurf zurückgewiesen und umgekehrt gegenüber der CDU erhoben. Seine Partei habe sich „wesentlich intensiver und vor allem selbstkritischer“ mit der Rolle der SED auseinandergesetzt als etwa die ehemalige Blockpartei der Ost-CDU. Hahn erinnerte daran, dass der heutige Ministerpräsident von Sachsen, Stanislaw Tillich (CDU), als Ergebnis der gefälschten Kommunalwahl in den Kreistag Kamenz eingezogen sei. „Das werfe ich ihm nicht vor, den Umgang mit seiner eigenen Biografie aber schon“, sagte Hahn. Umgekehrt sei es der jetzige Linken-Fraktionschef Gregor Gysi gewesen, der im Mai 1989 im Auftrag des Bürgerrechtlers Rainer Eppelmann Strafanzeige gegen die Wahlfälschungen erhoben habe.

Monika Lazar (Grüne) hielt daraufhin sowohl Kretschmer als auch Hahn entgegen, dass weder die CDU noch die Linke die Erben der Bürgerrechtsbewegung in der DDR seien. „Die Erben waren, wenn überhaupt, Bündnis 90 und die Grünen sowie die Ost-SPD.“

Alexander Weinlein

Linke: Mandela statt Kissinger

BILDUNG Die Fraktion Die Linke fordert in einem Antrag (18/1329) die Bundesregierung auf, unverzüglich zu klären, welche Universität in Deutschland eine Nelson-Mandela-Stiftungsprofessur für Friedenspolitik und Völkerrecht einrichten kann. Unterstützung würde die Universität aus Mitteln des Bundes bekommen. Zudem soll sichergestellt werden, dass in den Verträgen für die Errichtung der Professur Transparenzregelungen aufgenommen werden, um eine personelle und inhaltliche Einflussnahme des Bundes zu verhindern. Mit der Professur soll der Bundestag die Verdienste des am 5. Dezember 2013 verstorbenen Friedensnobelpreisträgers und Freiheitskämpfers Nelson Mandela würdigen. Gleichzeitig will die Linksfraktion die Einrichtung einer Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur an der Universität Bonn verhindern. Dies fordert sie in einem weiteren Antrag (18/1330). Sie begründet dies mit den gegen den früheren US-Außenminister erhobenen Vorwürfen wegen schwerster Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen, die bis heute nicht hätten ausgeräumt werden können. Der US-Politiker Kissinger sei als Identifikationsfigur für eine an rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichtete akademische Einrichtung ungeeignet. Der Bundestag überwiegt die beiden Anträge am vergangenen Donnerstag ohne Aussprache in die Ausschüsse.

rollaw

Grünen-Vorstoß zu Uni-Finzen

BILDUNG Die Fraktion Bündnis 90/Grünen fordert die Bundesregierung auf, die zweite Phase des Hochschulpaktes zu finanzieren, so wie es in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) beschlossen worden ist. Der Bundestag überwiegt den entsprechenden Antrag (18/1337) am vergangenen Donnerstag in erster Lesung in die Ausschüsse.

Nach dem Willen der Grünen soll eine Vorsorge für die Finanzlücke getroffen werden, die aufgrund höher ausgefallener Studienplatznachfrage in den letzten beiden Jahren aufgetreten sei. Die Hochschulen in Deutschland seien zentrale Orte der Wissenschafts- und -ökonomie, die Anforderungen an sie hätten sich ständig erhöht. Gemeinsam mit den Bund-Länder-Sonderprogrammen „Pakt für Forschung und Innovation“, der „Exzellenzinitiative“ und dem „Qualitätspakt Lehre“ seien durch den Hochschulpakt in den letzten Jahren erhebliche zusätzliche Mittel in das Wissenschaftssystem investiert worden. Das Auslaufen dieser Wissenschaftspakte müsse genutzt werden, die verschiedenen Instrumente besser aufeinander abzustimmen, zu einer engeren Kooperation zwischen Bund und Ländern in Bildung und Forschung zu kommen.

Die Linksfraktion unterstützte das Anliegen der Grünen in der Debatte. Auch die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD signalisierten Verhandlungsbereitschaft in den Ausschussberatungen. Der Antrag greife ein wichtiges Thema auf.

rollaw



Lobgesänge und Ängste in Babelsberg

MEDIEN Die Filmbranche fordert eine Erhöhung des Förderfonds

„Nirgendwo sonst hätte ich den Film in 57 Tagen drehen können“, schwärmt der französische Regisseur Christophe Gans vom Studio Babelsberg, wo er für 35 Millionen Euro das Märchen „Die Schöne und das Biest“ inszenierte. „Ohne Zeitverzug konnte die Crew von einem Set zum nächsten wechseln.“ Mit seinem Lobgesang ist Gans nicht alleine. Babelsberg gehört zu den Top-Adressen des Films. In diesen Tagen steht hier Oscar-Gewinnerin Jennifer Lawrence für die Teile 3 und 4 der Kultbuch-Adaption „Die Tribute von Panem“ vor der Kamera. Trotzdem sind die Sorgenfalten auf der Stirn von Christoph Fisser und Charly Wöbken, Geschäftsführer der Babelsberger Studios, nicht zu übersehen. Ihre Gespräche über neue Projekte leiden unter der Unsicherheit zur Zukunft des Deutschen Filmförderfonds (DFFF).

Gekürzte Mittel Seit 2007 wird die hiesige Filmproduktion über den DFFF mit 60 Millionen Euro jährlich unterstützt. 15 Prozent des Budgets erhalten die Produzenten als Zuschuss. 2013 standen erstmals 70 Millionen Euro zur Verfügung. Auf diese Summe hoffte die Branche auch 2014. Im Entwurf des Bundeshaushaltes sind jedoch nur 60 Millionen Euro eingeplant. Das Finanzministerium begründet dies mit dem Umstand, dass 2013 nur knapp 63 Millionen Euro abgerufen wurden.

Gegen die Kürzung läuft die Filmwirtschaft dennoch in seltener Einmütigkeit Sturm. Selbst der Hauptverband deutscher Filmtheater, der gerne die Verstopfung der Kinos mit Dutzenden Filmen beklagt, die keine 10.000 Zuschauer anlocken, protestiert. Quantitativ schnellte die Zahl deutscher Filme ab 2007 nach oben. Doch nur Komödien wie zuletzt „Fuck ju Göthe“ locken Millionen in die Kinos. Was fehlt, sind künstlerische Glanzleistungen.

Die Filmbranche will jedoch nicht nur die Aufstockung des DFFF im Haushalt erreichen. Gemeinsam mit Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) und dem Parlament würde sie gerne Änderungen im Reglement des DFFF angehen. So zog sich das Fernsehen nach Einführung des DFFF aus der Finanzierung von Filmen zurück. Sein Anteil an den Budgets sank von 14 auf sieben Prozent. Eine Quote für die Beteiligung der Sender wäre – vor allem bei Dokumentarfilmen – sinnvoll. Immerhin hatten CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart, den Filmförderfonds, der bislang auf je drei Jahre befristet war, dauerhaft fortzuführen. In letzter Minute hingegen hatten die Unterhändler der Koalitionäre dagegen die Erhöhung des DFFF auf 70 Millionen Euro und der Wegfall der Kappungsgrenzen gestrichen. Vier Millionen Euro fließen automatisch vom DFFF für einen geförderten Film. Jeder wei-

tere Cent muss von den Produzenten beantragt werden. Nach oben ist die Förderung auf zehn Millionen Euro gedeckelt. Bislang erhielt sie nur Tom Tykwers „Wolkenatlas“.

Gutes Geschäft Der mittelständischen deutschen Filmbranche fällt der Abschied von diesen Regeln schwer. Sie fürchtet, dass Hollywood den DFFF leert. Allerdings lohnen sich gerade diese Filme für den deutschen Staat. Steuern und Sozialabgaben des Studios Babelsberg und der Mitarbeiter übertreffen die Fördersumme um ein Vielfaches. Clooney, Tarantino oder Gans wären ohne den DFFF nie nach Deutschland gekommen. Doch die Akquise fällt den Babelsbergern trotz des DFFF nicht leicht, denn viele Länder Europas locken mit höheren Nachlässen. Litauen oder Island fördern jeden Film mit 20 Prozent der Gesamtbudgets. Großbritannien bietet 25 Prozent auf die ersten 20 Millionen Pfund, anschließend 20 Prozent des Budgets. Die britische Regierung etablierte ihr Anreizmodell, damit Agenten-Ikone „007“ nicht zum Dreh nach Prag zieht. Frankreich legte nach, nachdem Tarantinos „Inglorioso Basterds“ in Brandenburg entstand. Sein Star Brad Pitt spielt gerade in „Fury“ erneut einen US-Soldaten, der 1945 deutschen Boden befreit. Gedreht wird in England. Das Studio Babelsberg hatte vergeblich mitge-

Katharina Dockhorn

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

- Mehr Information.
- Mehr Themen.
- Mehr Hintergrund.
- Mehr Köpfe.
- Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



AUFGEKEHRT

Feindschaft ohne Ende

Rivalitäten gibt es nicht nur in der Politik, auch unter Städten kann es robust zugehen. Köln gegen Düsseldorf, Kiel contra Lübeck, Dresden versus Leipzig – dafür gibt es viele Beispiele. Unübertroffen aber ist die Feindschaft zwischen Braunschweig und Hannover. Bei Fußballspielen geht es da so wild zu, dass kürzlich die 96er Fans beim Bundesligaspiel bei Braunschweigs Eintracht nur in eskortierten Bussen anreisen durften. Jede despektierliche Äußerung führt sofort zu hitzigsten Reaktionen. So, als sich zuletzt ein Braunschweiger Historiker als „so ausländerfreundlich“ bezeichnete, dass er sogar „Studierende aus Hannover in seine Vorlesungen lasse“. Oder andererseits, als ein hannoverscher Rathausmann in einem offiziellen Schreiben Braunschweig als „verbotene Stadt“ titulierte. Dabei hat es Hannover, als Hauptstadt Niedersachsens und dazu mit der „Hannover-Connection“ von Gerhard Schröder, Sigmar Gabriel, Christian Wulff bis hin zu Carsten Maschmeyer gesegnet, gar nicht nötig, gegen die kleineren Nachbarn im Osten zu treten. Denn Braunschweig hat alles verloren. Die Eintracht steht wieder mal vor dem Abstieg. Und die frühere Metropole Heinrichs des Löwen („Die Löwenstadt“), einst viel mächtiger als das gut 50 Kilometer entfernte Hannover, ist heute nur noch ein Schatten ihrer selbst. 1692 bekamen die welfischen Vettern an der Leine die Kurfürstenerwürde. 1714 gar bestieg der erste Hannoveraner Welfe den englischen Königsthron. Dazu wird am nächsten Wochenende in Hannover ein Ausstellungsreigen eröffnet – kein Wunder, dass sich Braunschweigs Oberbürgermeister dem Begehren widersetzt, daran teilzunehmen. Braunschweig muss auch in diesem Jahr kleinere Brötchen backen und erinnert an den 300. Todestag Herzogs Anton Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel. *Hans Krump*

VOR 10 JAHREN ...

Der neunte Präsident

23. Mai 2004: **Horst Köhler gewählt**. „Horst ...Wer?“, fragte „Bild“ im März 2004 auf der Titelseite. Der Kandidat mit dem Nachnamen Köhler, den Union und FDP nach langen Diskussionen ins Rennen um das Amt des Bundespräsidenten geschickt hatten, war den meisten Deutschen unbekannt. Prominentere Namen waren gehandelt worden, wie Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) oder Ex-Umweltminister Klaus Töpfer (CDU). Lange galt Wolfgang Schäuble (CDU) als Favorit, scheiterte aber am Widerstand der FDP. So wählte die Bundesversammlung am 23. Mai 2004 den ehemaligen Direktor des Internationalen Währungsfonds, Horst Köhler, zum Nachfolger von Johannes Rau (SPD) als



Kanzler Gerhard Schröder (SPD, li.) gratuliert Horst Köhler nach der Wahl.

neunten Bundespräsidenten. Die Kandidatin von SPD und Grünen, Gesine Schwan, unterlag mit 604 zu 589 Stimmen. Aus „Horst...Wer?“ wurde in der Boulevard-Presse schnell „Super-Horst“. Seinem Anspruch, „notfalls ein unbequemer Präsident“ zu sein, wurde Köhler gerecht. Wiederholt eckte er bei Politik und Wirtschaft an: Er vereitelte den Plan von Rot-Grün, den Tag der Deutschen Einheit als Feiertag abzuschaffen, später verweigerte er seine Unterschrift unter ein Gesetz der Großen Koalition zur Privatisierung der Flugsicherung und geißelte auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise die Finanzmärkte als „Monster“. Der heute 71-jährige wurde 2009 wiedergewählt. Doch seine zweite Amtszeit endete schlagartig: Am 31. Mai 2010 trat Köhler zurück. Hintergrund war ein Interview, in dem er den Bundeswehreininsatz in Afghanistan in einen Zusammenhang mit deutschen Wirtschaftsinteressen stellte. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: JUBILÄUM »ZEHN JAHRE MENTORING-PROGRAMM«



Mentoren und Mentees bei den Jubiläumsfeiern im Bundestag

»Das steigert die Qualität und tut uns nur gut«

Was hat die Figur des Odysseus aus der griechischen Mythologie mit dem Deutschen Bundestag zu tun? Bevor der griechische Seefahrer in den Trojanischen Krieg zog und bekanntlich nach zehnjähriger Irrfahrt wieder zu Hause ankam, beauftragte er seinen engen Freund Mentor, während seiner Abwesenheit auf seinen Sohn Telemachos aufzupassen. Von diesem Freund leitet sich der Begriff des „Mentors“ ab – ein meist älterer, kluger und wohlwollender Berater eines jungen Menschen. Genau so lange wie Odysseus für seine Rückkehr aus Troja brauchte, so lange gibt es auch schon das Mentoring-Programm des Deutschen Bundestages. Entsprechend wurde das Jubiläum mit einer Festveranstaltung und Podiumsdiskussion im Paul-Löbe-Haus des Bundestages gewürdigt. Beim Mentoring-Programm erhalten Angestellte der Verwaltung, die Mentees, die Möglichkeit, sich in regelmäßigen Treffen mit Kollegen aus anderen Abteilungen, den Mentoren, auszutauschen, Einblick in deren Arbeit zu erhalten und sich beruflich wie privat weiterzuentwickeln. Die Gleichstellungsbeauftragte des Bundestages, Andrea

Kruse, bei der das Programm angesiedelt ist, sagte, ursprünglich sei das Programm entwickelt worden, um den Frauenanteil in der Verwaltung zu erhöhen. Im Laufe der Zeit habe man es aber immer wieder angepasst und auch für Männer geöffnet. Ins Leben gerufen wurde das Programm im Jahr 2003 von der damaligen Gleichstellungsbeauftragten Antje Lange. Unter den obersten Bundesbehörden war die Bundestagsverwaltung die erste, die ein solches Programm installierte. Inzwischen haben sich in insgesamt zehn Mentoring-Projekten 153 Mentees von 65 engagierten und erfahrenen Mentorinnen und Mentoren unterstützen und fördern lassen. Für die kommenden Jahre soll die Dauer der Mentoring-Runden von einem auf zwei Jahre erhöht werden, sagte Kruse. „Das steigert die Qualität und tut uns und dem Projekt nur gut.“ Der Direktor beim Deutschen Bundestag, Horst Risse, bedankte sich bei allen Beteiligten und sagte: „Das Mentoring ist ein wichtiger Bestandteil der Mitarbeiterförderung.“ Es bietet jedem die Chance, sich im besonderen Maße zu entwickeln. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass sich hinter der

Figur des Mentors die griechische Göttin Athene verborgen habe. Deshalb sei die Anordnung des Programms bei der Gleichstellungsbeauftragten „nicht nur technisch richtig, sondern auch einer höheren Weisheit gefolgt“. Birgit Gaiser, Organisatorin von Mentoring-Programmen bei der Helmholtzstiftung, erklärte die Vorteile eines solchen Programms: „Vom Mentoring profitieren beide Seiten, sowohl die Mentees als auch die Mentoren.“ Es stärke die Arbeitszufriedenheit und habe eine positive Wirkung auf die Organisationskultur. Besonders wichtig sei das „Matching“ zwischen Mentor und Mentee, sagte Gaiser, schließlich gehe es beim Mentoring um individuelle Unterstützung, persönliche Weitergabe von Wissen und Erfahrung sowie um den Zugang zu wichtigen Netzwerken. In einem Grußwort zum Jubiläum sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU): „Mentoring ist selbstverständlicher Teil der Kommunikationskultur unseres Hauses.“ Von der offenen Kommunikation über Alters-, Geschlechter-, Hierarchie- und Abteilungsgrenzen hinweg profitierten am Ende alle. *Julian Burgert*

LESERPOST

Zur Ausgabe 15 vom 7.4.2014, „Seniorenteller ist angerichtet“ auf Seite 1:

Der Teller sollte ausgelöffelt werden, nachdem die Versicherten die Renteninformation der Deutschen Rentenversicherung genau gelesen haben. Diese geben einen Überblick über den aktuellen Stand des Rentenversicherungskontos und enthalten eine Hochrechnung über die voraussichtliche Regelaltersrente. Aufgrund der sich abzeichnenden Leistungs- und Niveauverringerung bei der gesetzlichen Rentenversicherung nimmt nun nicht nur die Bedeutung ihrer Informationen, sondern auch die Bedeutung von aussagekräftigen Vorsorgeinformationen aus allen anderen Bereichen der (betrieblichen und privaten) Altersvorsorge zu. Es ist deshalb erforderlich, dass auch die anderen Institutionen der Altersvorsorge, noch getrennt von der gesetzlichen Rentenversicherung, eine vergleichbare Vorsorgeinformation den Versicherten regelmäßig zukommen lassen. *Manfred Glombik, Hildesheim*

die Drei-Prozent-Sperreklause bei der Europawahl geklagt. Das ist falsch. Die AfD war gerade kein Kläger, da sie eine Drei-Prozent-Hürde derzeit auch gar nicht zu fürchten hat, wie es in einigen Medien dazu hieß. *Heiko Urbanzyk, Werne an der Lippe*

Anmerkung der Redaktion:

Der Leser hat Recht. Geklagt hatten andere kleinere Parteien, darunter die Piraten, die Freien Wähler und die NPD.

Zur Ausgabe 18-19 vom 28.4.2014, „Die Macht des Faktischen“ auf Seite 3:

Ich freue mich, dass die Autorin des Artikels die mangelnde Planung der Europäischen

Union kritisiert und darf darauf verweisen, dass sich im Jahr 1995 in der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“, der Beilage Ihrer Zeitung, dafür plädiert habe, die EU möge nicht nur passiv auf Anträge zum Beitritt reagieren. Sie solle stattdessen aktiv eine Politik fördern, welche eine Großgliederung der Welt unterhalb der Vereinten Nationen und oberhalb der Nationen anstrebt. Die damals aufgeworfene Frage „Wo hin mit Osteuropa?“ muss jetzt nach der Entscheidung der Ukraine für den Westen als „Wo hin mit Eurasien?“ neu gestellt werden. Ich würde mich freuen, wenn die Zeitung „Das Parlament“ diese Aufgabe auf sich nehmen würde. *Professor Hans-Heinrich Nolte, Barsinghausen*

Zu „Das Parlament“ allgemein: Ich war überrascht von der Existenz Ihres Periodikums. Es ist sehr informativ und gut gemacht. Bitte achten Sie doch darauf, beim Redigieren von Vortragsfassungen Begriffe und Abkürzungen in eckigen Klammern zu erklären. Weiterhin erfolgreiches Arbeiten. *Horst Weickardt, Berlin*

Zur Ausgabe 18-19 vom 28.4.2014, Interview mit Theo Waigel auf Seite 2:

Herr Waigel sagt zur Zuwanderung in unsere Sozialsysteme, dass es hiergegen Maßnahmen geben und „auch rechtlich einiges geklärt werden“ müsse. Das ist richtig. Aber wie leichtfertig haben unsere Politiker die Verträge in Brüssel eigentlich ausgehandelt, dass Armutzuwanderer, die hier nie einen Cent Sozialbeiträge eingezahlt oder gearbeitet haben, Hartz IV bekommen? Schon gibt es entsprechende Urteile von Sozialgerichten, also kann das ganze System nicht wasserdicht sein. Sollten solche EU-Bürger hier massenhaft Sozialleistungen abgreifen können, wird unser Sozialsystem kollabieren und eine gewaltige Europafindlichkeit erzeugt. *Hermann Klose, Düsseldorf*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 26. Mai.

SEITENBLICKE



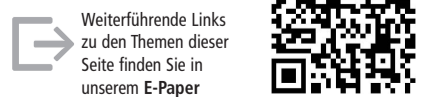
BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 19.-23.5.2014

Wehrbericht 2013 (Do), Gesetze zur Rentenreform (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream



PERSONALIA

>Günter Herterich † Bundestagsabgeordneter 1980-1987, SPD

Am 21. April starb Günter Herterich im Alter von 74 Jahren. Der Kölner Historiker, SPD-Mitglied seit 1963, wurde 1979 dortiger Unterbezirksvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Mittelrhein. 1975 bis 1980 gehörte er dem nordrhein-westfälischen Landtag an. Herterich arbeitete in beiden Wahlperioden im Auswärtigen Ausschuss mit.

>Hans-Peter Kemper Bundestagsabgeordneter 1993-2005, SPD

Hans-Peter Kemper wird am 12. Mai 70 Jahre alt. Der leitende Polizeibeamte aus Heiden/Kreis Borken schloss sich 1969 der SPD an und war dort von 1975 bis 1996 Gemeinderat. 1991 trat er an die Spitze des SPD-Unterbezirks Borken und war seit 1990 Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Westliches Westfalen. Im Bundestag arbeitete Kemper im Innen- sowie im Haushaltsausschuss mit. 2004/05 war er Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

>Wilhelm Schmidt Bundestagsabgeordneter 1987-2005, SPD

Am 13. Mai begeht Wilhelm Schmidt seinen 70. Geburtstag. Der Verwaltungsbeamte aus Salzgitter wurde 1964 SPD-Mitglied und gehörte von 1978 bis 1986 dem niedersächsischen Landtag an. Im Bundestag engagierte er sich unter anderem im Ausschuss für Frauen und Jugend sowie im Sportausschuss. Von 1994 bis 2005 war er Parlamentarischer bzw. zuletzt Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Schmidt ist Vorsitzender des Präsidiums des AWO-Bundesverbands.

>Alexander Warrickoff Bundestagsabgeordneter 1983-1994, CDU

Alexander Warrickoff vollendet am 14. Mai sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Jurist, Geschäftsführer und Rechtsanwalt trat 1974 der CDU bei, war von 1974 bis 1983 Mitglied des Kreisvorstands Wetterau und Vorsitzender des hessischen Landesverbands des CDU-Wirtschaftsrats. Warrickoff arbeitete zuletzt im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit.

>Gert Weisskirchen Bundestagsabgeordneter 1976-2009, SPD

Am 16. Mai wird Gert Weisskirchen 70 Jahre alt. Der Fachhochschul-Professor aus Wiesloch trat 1966 der SPD bei und war von 1973 bis 1991 Kreisvorsitzender der SPD Rhein-Neckar. Von 1973 bis 1997 gehörte er dem SPD-Landesvorstand Baden-Württemberg an und war Mitglied der SPD-Grundwerte- sowie der Kontrollkommission. Weisskirchen, von 1998 bis 2007 Mitglied im Vorstand seiner Bundestagsfraktion, engagierte sich von 1990 bis 2009 im Auswärtigen Ausschuss.

>Walter Buckpesch Bundestagsabgeordneter 1983-1987, SPD

Am 22. Mai vollendet Walter Buckpesch sein 90. Lebensjahr. Der Berufsschullehrer aus Offenbach trat 1953 der SPD bei und war von 1956 bis 1961 Mitglied der dortigen Stadtverordnetenversammlung. Von 1962 bis 1974 amtierte er als hauptamtlicher Stadtrat und von 1974 bis 1980 als Offenbacher Oberbürgermeister. Buckpesch arbeitete im Verkehrsausschuss mit.

>Reinhard Meyer zu Bentrup Bundestagsabgeordneter 1976-1994, CDU

Reinhard Meyer zu Bentrup wird am 22. Mai 75 Jahre alt. Der Diplom-Landwirt und promovierte Agrarwissenschaftler aus Bielefeld war dort von 1973 bis 1979 CDU-Ratsherr. Von 1975 bis 1986 amtierte er als Vorsitzender des Landesagrarausschusses der CDU in Westfalen-Lippe und von 1978 bis 1984 dem SPD-Fachausschusses Agrarpolitik. Meyer zu Bentrup arbeitete in allen fünf Wahlperioden im Finanzausschuss mit.

>Antje Huber Bundestagsabgeordnete 1969-1987, SPD

Am 23. Mai begeht Antje Huber ihren 90. Geburtstag. Die Redakteurin und Akademie-Dozentin aus Essen trat 1948 der SPD bei und war von 1972 bis 1992 stellvertretende SPD-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen. Von 1975 bis 1983 gehörte sie dem Bundesvorstand und von 1978 bis 1984 dem SPD-Präsidium an. Huber, die sich vorwiegend im Finanzausschuss engagierte, amtierte von 1976 bis 1982 als Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit. In ihrer Amtszeit wurde 1979 das Gesetz zum Mutterschaftsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie und Kündigungsschutz eingeführt. Ende April 1982 trat sie aus Protest gegen Kindergeldkürzung zurück.

>Nils Diederich Bundestagsabgeordneter 1976-1987, 1989-1994, SPD

Am 24. Mai vollendet Nils Diederich sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Volkswirt, Soziologe und Politik-Professor an der Berliner FU trat 1952 der SPD bei. 1985/86 war er stellvertretender Berliner SPD-Vorsitzender. Diederich, vielfältig in wissenschaftlichen und gemeinnützigen Vereinigungen engagiert, arbeitete vorwiegend im Finanz- sowie im Haushaltsausschuss mit. *bmh*

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

Bezahlbarkeit und Sicherheit der Energieversorgung sicherstellen



Sigmar Gabriel (*1959)
Bundesminister

Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wollen wir sicherstellen, dass die Energiewende weiter vorankommt. Bei den Ausbaupfaden für Windenergie und Photovoltaik wird die Höhe nicht etwa, wie gelegentlich öffentlich behauptet, verringert, sondern verstetigt, und sie werden sogar weiter ausgebaut. Der Ausbaupfad der Photovoltaik bleibt wie bisher. Beim Ausbaupfad für Windenergie an Land legen wir mit ebenfalls 2,5 Gigawatt pro Jahr den höchsten Wert als Ziel fest, den wir in den letzten zehn Jahren nur ein einziges Mal erreicht haben. Damit werden

die beiden kostengünstigsten Formen der erneuerbaren Energien die Energiewende weiterhin tragen.

Beim Ausbaupfad für die eher kostenintensive Biomasse erfolgt eine Festlegung auf die Verwendung von Reststoffen und auf 100 Megawatt pro Jahr. Bei Offshorewind wollen wir durch einen Ausbaupfad von 6,5 Gigawatt bis 2020 die Größenordnung erreichen, die wir brauchen, um eine echte Industrialisierung voranzutreiben und damit deutliche Kostensenkungen auch in diesem Feld der Produktion erneuerbarer Energien zu erreichen. Die Stahl- und Werftindustrie im Norden und Osten Deutschlands, aber auch der Maschinenbau und die Elektrotechnik im Westen und im Süden der Republik werden davon profitieren.

Ich nenne diese ambitionierten Ausbauziele so detailliert, um zu zeigen, dass niemand Sorge haben

muss, die Energiewende würde ausgebremst oder die Ausbauziele der erneuerbaren Energien würden insgesamt begrenzt, im Gegenteil.

Herr Krischer, bei Kenntnis der Grundrechenarten muss man Folgendes erkennen: Zehn Jahre lang ist nur einmal die Leistung von 2,5 Gigawatt an Land erreicht worden, und jetzt liegt ein Gesetzentwurf vor, in dem vorgesehen ist, dass man diese 2,5 Gigawatt jedes Jahr erreicht. Angesichts dessen ist es bei Kenntnis der Grundrechenarten relativ schwer, öffentlich zu behaupten, man würde den Ausbau der Windenergie an Land ausbremsen.

Aber umgekehrt gilt auch: Dort, wo nach 20 Jahren Förderung die Kosten nicht gesunken, sondern gestiegen sind, fahren wir den Ausbau deutlich zurück. Dort, wo wir Überförderungen der Windenergie sehen - auch dies ist zum Teil bei sehr guten Standorten der Fall -, bauen wir die Überförderung ab. Beides gehört zusammen:

Ausbau der kostengünstigen Energieträger und Abbau der kostenintensiven Energieträger und der Überförderung - nur durch diese Kombination machen wir die Energiewende erfolgreich, sicher und bezahlbar.

Heute haben die erneuerbaren Energien am Strommarkt einen Anteil am Stromverbrauch von etwa 25 Prozent. Wir wollen 2025 einen Anteil der erneuerbaren Energien am Nettostromverbrauch von 40 bis 45 Prozent haben, bis 2035 sogar von 55 bis 60 Prozent. Deutschland wird Vorreiter für eine Energiepolitik bleiben, die uns mittel- und langfristige übriges auch unabhängiger vom Import konventioneller Energieträger machen wird. Wir setzen die Energiewende damit unbeirrt fort, aber wir sichern auch ihre Voraussetzungen. Diese lauten: Bezahlbarkeit und Sicherheit in der Versorgung. Nur wenn wir diese beiden Voraussetzungen gewährleisten, wird die Energiewende dauerhaft die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger behalten.

Ich will mich an dieser Stelle ausdrücklich bei all denen bedanken, die sich dieser Herausforderung gerade in den letzten Wochen und Mo-

naten intensiv gestellt haben. Das gilt auch für die Länder, meine Damen und Herren. Trotz mancher Änderungsvorschläge im Detail, die sicher auch in den Beratungen im Deutschen Bundestag und im Bundesrat auftauchen werden - über sie muss noch diskutiert und es muss entschieden werden -, findet der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf nach intensiver Beratung in Zielrichtung und Ausrichtung aller Ministerpräsidenten der Bundesländer. Das gilt ausdrücklich auch für den Weg in die Marktintegration und in die Ausschreibungen ab 2017. Niemand - darauf lege ich Wert - muss Angst davor haben, dass auf diesem Weg Bürgerwindparks oder Energiegenossenschaften keine Chance auf Teilnahme mehr erhalten.

Im Gegenteil: Wir werden einen gesonderten Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen, mit dem wir diese Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig sichern werden, meine Damen und Herren.

Die Zustimmung der Länder zu diesem Gesetzentwurf, jedenfalls in Zielrichtung und Ausrichtung, ist auch deshalb so wichtig, weil das Wichtigste für die Energiewende natürlich Planbarkeit und Berechenbarkeit sind. Wir müssen in eine Situation kommen, in der auch bei wechselnden Regierungsmehrheiten in Bund und Ländern nicht wieder Richtungswechsel herbeigeführt und veränderte Rahmenbedingungen für die Energiewende erzeugt werden.

Meine Damen und Herren, als der Beschluss fiel, erneuerbare Energien mit garantierten Abnahmepreisen zu fördern, waren Windräder und Photovoltaikkraftwerke erst eine Nischentechnologie. Heute sind die Erneuerbaren auf dem Weg zur Leittechnologie. Genau deshalb müssen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz jetzt ändern. Es ist ein Unterschied, ob ein Gesetz eine Nischentechnologie fördern soll oder ob es eine Technologie fördern soll, die sozusagen zum veritablen Bestandteil, zum Leitbestandteil des Strommarktes werden soll.

Vieles ist durch den Ausbau der Erneuerbaren in großem Stil verbessert worden. Seit es das EEG gibt, konnten vor allen Dingen die Kosten der Stromerzeugung in den Bereichen Windenergie und Photovoltaik drastisch gesenkt werden. Aber diese ra-

sche Entwicklung hat auch ihren Preis, und zwar im doppelten Sinn: Neben sinkenden Kosten pro Anlage gibt es steigende Systemkosten der Energiewende. Diese gilt es in den nächsten Wochen und Monaten zu stabilisieren. Denn der Ausbau der erneuerbaren Energien ist vor allen Dingen in systematischer Hinsicht eine Herausforderung. Es ist falsch, "Je schneller, desto besser" zum Motto der Energiewende zu erklären. Das Motto muss lauten: „Je systematischer, desto besser" und "Je planvoller, desto besser". Das muss das Ziel der Energiewende sein.

Für diese systematische Einbindung fehlt es zurzeit immer noch an vielem: Es fehlt an Netzen und Speichern. Es fehlt die Klärung der Verbindung zwischen erneuerbaren Energien und fossilen Kraftwerksparks. Es fehlt an einem neuen Strommarktdesign. Es fehlt an europäischer Einbettung. Es fehlt natürlich auch an einem funktionierenden Emissionshandel. All diese Aufgaben müssen in den nächsten Monaten angegangen werden. Das, was wir jetzt vorliegen haben, ist nur ein erster Baustein. Die systematische Einbindung ist aber die Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende.

Eine Bemerkung noch zum Emissionshandel. Natürlich ist es eigentlich unfassbar, dass wir viel Geld für die Förderung der erneuerbaren Energien ausgeben und gleichzeitig seit zwei Jahren steigende CO₂-Emissionen in Deutschland und Europa zu verzeichnen haben.

Aber es ist eben nicht so, wie Sie behaupten. Das Schlimme ist, Herr Krischer: Sie wissen das ganz genau. In einer aufgeklärten Debatte darf man nicht das Gegenteil dessen, was man selber genau weiß, öffentlich erklären.

Ich meine das nicht persönlich. Es ist aber gut, dass man angesichts solcher Zwischenrufe die Sachverhalte erläutern kann. Wie Sie wissen, ist das Problem, dass der europäische Emissionshandel zerstört ist. Es ist diese Bundesregierung, die sich in Europa darum bemüht, Bündnispartner zu gewinnen, um den Emissionshandel endlich wieder in Gang zu bekommen. Sie sollten uns dafür loben und uns nicht öffentlich kritisieren!

Meine Damen und Herren, in den letzten Wochen ist viel darüber debattiert worden, ob es richtig ist, die deutsche Industrie von den Kosten der Energiewende in Teilen zu befreien. Immer wieder wird dabei der Versuch unternommen, die Inter-

essen der Verbraucherinnen und Verbraucher gegen die Interessen am Erhalt industrieller Arbeitsplätze auszuspielen. Auch gestern in der Fragestunde im Deutschen Bundestag ist das wieder in Teilen der Fall gewesen. Ich glaube, dass der Versuch, Verbraucher gegen industrielle Arbeitsplätze auszuspielen, grundfalsch ist, meine Damen und Herren, grundfalsch.

Zunächst muss man einmal mit der Mär aufräumen, die deutsche Industrie würde keinen Beitrag zur Umstellung auf erneuerbare Energien leisten. Der Beitrag der deutschen Industrie zur EEG-Umlage umfasst mehr als 7 Milliarden Euro. Wenn Sie Dienstleistungen, Handel und Gewerbe dazu zählen, sind es insgesamt mehr als 12 Milliarden Euro. Das ist mehr als die Hälfte der Kosten, die wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu bewältigen haben.

In Wahrheit geht es um ungefähr 2 000 Industrieunternehmen mit entsprechender internationaler Handelsintensität, deren Energieintensität dazu führt, dass drastisch steigende EEG-Umlagekosten für sie im Hinblick auf ihre internationale Konkurrenzfähigkeit zu einem massiven Wettbewerbsnachteil würden. Natürlich könnten wir einen Dreipersonenhaushalt bei den Stromkosten um 40 bis 45 Euro pro Jahr entlasten, wenn wir auch diesen 2 000 Unternehmen sämtliche Ausnahmen streichen würden. - Übrigens: Wenn man das machte, wovon Herr Krischer behauptet, ich hätte das versprochen, dann betrüge die Entlastung gerade einmal 1 Milliarde Euro, dann würde ein Dreipersonenhaushalt nicht einmal 10 Euro im Jahr sparen. - Der Preis dafür wäre allerdings der Verlust von Hunderttausenden industriellen Arbeitsplätzen in diesem Land.

Es ist doch keine Erfindung von Industrielobbyisten, dass die Strompreise in den USA halb so hoch sind wie in Europa und in Deutschland.

Fortsetzung auf Seite 2

Vieles ist durch den Ausbau der Erneuerbaren im großen Stil verbessert worden.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1: Sigmar Gabriel (Bundesminister für Wirtschaft und Energie)

Es ist doch keine Erfindung von Industrielllobbysten, dass, wenn wir uns nicht in der Europäischen Union dafür eingesetzt hätten, diese Ausnahmen beizubehalten, mittelständische Unternehmen mit 200, 300, 400 Beschäftigten auf einmal statt einer halben Million Euro EEG-Umlage 1,5 Millionen Euro, manche sogar 6 Millionen Euro zu tragen hätten. Sie wären unmittelbar in die Insolvenz marschiert. Deswegen ist es richtig, dass wir uns für diese Ausnahmen eingesetzt haben, meine Damen und Herren.

Wer Verbraucher gegen industrielle Wertschöpfung ausspielt, der macht beide zum Verlierer; denn gerade die Tatsache, dass wir eine mittelständische industrielle Wertschöpfung haben, ist doch der Grund, warum wir besser aus der Krise herausgekommen sind als andere.

Noch etwas: Wir wollten mit der Energiewende Nachahmer erzeugen. Wir wollten doch nicht Klimaschutz in Deutschland machen, sondern wir wollten andere dafür gewinnen, dass sie mitmachen. Das werden die aber nur dann tun, wenn wir mit der Energiewende den industriellen Erfolg unseres Landes nicht beschädigen. Wir werden doch kein Entwicklungsland dazu bringen, seinen Industrialisierungspfad nachhaltig mit erneuerbaren Energien zu gestalten,

wenn das Land, das am stärksten industrialisiert ist in Europa, seine Industrie dabei beschädigt.

Niemand würde uns folgen, meine Damen und Herren, niemand.

Gestern hat das Kabinett deshalb die Besondere Ausgleichsregelung für stromintensive Unternehmen beschlossen. Weil auch dazu wirklich viele falsche Aussagen getroffen wurden, zum Beispiel, wir würden die Pelzindustrie oder den Braunkohletagebau oder Urananreicherungsanlagen fördern, will ich dazu einmal ein paar Bemerkungen machen: Entweder gehört ein Unternehmen zu den 68 Branchen auf der Liste, die die EU-

Kommission veröffentlicht hat; dann hat es die Möglichkeit, beim BAFA einen Antrag zu stellen, um eine Befreiung zu erhalten. Das heißt aber noch nicht, dass dieser Antrag genehmigungsfähig ist - dazu muss das Unternehmen nachweisen, dass das Verhältnis Stromkosten zur Bruttowertschöpfung mindestens 16 bzw. 17 Prozent ausmacht. Deswegen wird das zitierte Unternehmen der Pelzindustrie oder auch die Urananreicherungsanlage in Zukunft genauso wenig wie in der Vergangenheit eine Ausnahme genehmigt bekommen. In

der Vergangenheit gab es in Deutschland übrigens überhaupt keine Bedingungen dafür; das gesamte produzierende Gewerbe konnte Anträge stellen. Jetzt reduzieren wir das auf eine ausgewiesene Liste von Branchen. Aber es ist einfach - seien Sie mir nicht böse! - entweder mangelnder Kenntnisstand oder absichtliche Desinformation, wenn öffentlich erklärt wird, jeder, der auf der Liste steht, würde eine Ausnahme genehmigt bekommen. Ich finde, es ist ganz einfach: Statt das öffentlich zu behaupten, kann der, der eine Frage hat, uns einfach einmal anrufen. Aber ich gebe zu: Die nächste Pressemitteilung wird dann

schwieriger. Die zweite Möglichkeit ist: Man gehört zwar nicht zu diesen 68 Branchen, steht aber auf einer zweiten Branchenliste, die die EU-Kommission veröffentlicht hat. Um auf dieser zweiten Branchenliste zu erscheinen, ist nur eine Handelsintensität von mehr als 4 Prozent erforderlich. Nach unserer Besonderen Ausgleichsregelung kann ein Unternehmen demgegenüber nur dann einen entsprechenden Antrag stellen, wenn es eine Stromkostenintensität von mehr als 20 Prozent aufweist.

Wer Verbraucher gegen industrielle Wertschöpfung ausspielt, macht beide zu Verlierern.

Caren Lay, DIE LINKE:

Der Energiewende muss ein Sozialsiegel aufgedrückt werden



Caren Lay (*1972)
Landesliste Sachsen

Herr Minister Gabriel, ich muss mich über die Aussagen, die Sie heute zu den Industrierabatten gemacht haben, schon wundern. Vor ein paar Monaten - im Dezember; das ist ja noch nicht so lange her - wurden Sie noch mit völlig anderen Aussagen zitiert.

Dort hieß es:

Man kann die Ausnahmeregelungen

- gemeint waren die Industrierabatte -

deutlich reduzieren, das haben wir auch schon im Wahlkampf gesagt, dass das sein muss. Das, was früher FDP und CDU da gemacht hatten, war viel zu groß.

Das ist offenbar lange her und längst vergessen; denn in der Zwischenzeit haben Sie sich damit gebrüht, dass Sie die ganze Zeit mit viel Tamtam nach Brüssel gereist sind und die Anzahl der zu befreienden Unternehmen und Branchen ausgeweitet haben.

Am Ende haben Sie dann auch noch einen zum Teil unbefristeten Bestandsschutz für diejenigen Branchen durchgesetzt, die von CDU und FDP damals befreit wurden. Wissen Sie, das ist unlogisch. Ich finde es ein Stück weit unfair, sich von diesen ehemaligen Zielen so mir nichts, dir nichts zu verabschieden.

Dann sagen Sie hier: Die Verbraucher sollen sich nicht als Verlierer fühlen. - Schön wäre es! Wo sind denn bitte schön die Fakten, die diese Aussage unterlegen? Es bleibt doch auch bei dem, was Sie jetzt verhandelt haben, dabei, dass im Endeffekt die Rentnerin und der Student für Wiesenhof und die Steinkohleindustrie die Stromrechnung mitbe-

zahlen. Dann sagen Sie auch noch: Das ist gut für den Wirtschaftsstandort Deutschland. - Ich frage Sie: Finden Sie das sozial gerecht? Ich jedenfalls nicht.

Kommen wir zu Ihren wirtschaftspolitischen Aussagen. Auch bei dem, was jetzt im Rahmen der Industrierabatte verhandelt wurde, bleibt es prinzipiell möglich, dass der Bäcker an der Ecke für die Großbäckerei mit einem deutlich höheren Stromverbrauch die Stromrechnung mitbezahlt. Das ist doch wirtschaftspolitischer Unsinn. So kann es doch nun wirklich nicht gehen.

Die Frage ist natürlich: Was kostet das Ganze? Sie stellen sich hier hin und sagen: Diese 40 bzw. jetzt schon 45 Euro im Jahr sind für eine durchschnittliche Familie eine erträgliche Summe, um die Industriestandorte in Deutschland zu subventionieren. - Wissen Sie, ich finde, das ist eine ganz schön zynische Haltung gegenüber all denjenigen Leuten, für die 45 Euro eine Menge Geld sind. Viel-

leicht sollten Sie das als Sozialdemokrat einmal mitbedenken.

Es kann sein, Herr Minister, dass Ihnen diese 45 Euro nichts ausmachen. Aber Sie glauben doch nicht im Ernst, dass diese Zwangskollekte für die deutsche Industrie auf Kosten der Stromzahler nur annähernd eine Mehrheit in der Bevölkerung finden würde. Wenn dieser Gesetzentwurf durch eine Volksabstimmung legitimiert werden müsste, dann würde er abgelehnt. Ich finde, das sollte auch der Deutsche Bundestag tun.

Wissen Sie, die Öffentlichkeit diskutiert jetzt seit über einem Jahr, genauer gesagt: seit anderthalb Jahren, über die Reform der Ökostromförderung. Diverse Reisen nach Brüssel, Einladung der Kanzlerin von sämtlichen Ministerpräsidenten waren die Folge. Was ist am Ende dabei herausgekommen? Außer Spe- sen nichts gewesen!

Die Verbraucher schauen weiterhin in die Röhre, und die Energiewende wird dabei abgewürgt. Dafür hat sich der ganze Aufwand wirklich nicht gelohnt.

Sie sagen, Sie wollen den erneuerbaren Energien gar nicht an den Kragen gehen. Schön wäre es! Stichwort Arbeitsplätze: Die Branche der erneuerbaren Energien ist eine der zukunftsfähigsten Branchen in Deutschland. Hier sind über 400 000 Arbeitsplätze entstanden. In den letzten Jahren sind aber im Be-

reich der erneuerbaren Energien schon 10 000 Arbeitsplätze weggefallen, insbesondere in der Solarbranche und in Ostdeutschland. Experten gehen jetzt davon aus, dass mit Ihrem Gesetzentwurf die ganze Sache noch schlimmer wird und dass gerade im Bereich der erneuerbaren Energien Arbeitsplätze in Gefahr sind. Ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie dazu wenigstens einen einzigen Satz gesagt hätten.

Wir als Linke wollen Ökologisches und Soziales zusammendenken. Wir sagen: Wir brauchen die Energiewende, und wir wollen der Energiewende ein Sozialsiegel aufdrücken. Wir gehen nicht all denjenigen auf den Leim, die sagen: Die Erneuerbaren machen den Strom teurer. - Diese Menschen haben in Wirklichkeit nur die Profitinteressen der Kohle- und Atomlobby und die der Großindustrie im Hinterkopf. Das machen wir als Linke nicht mit.

- Es wäre ein Leichtes und auch möglich, die Stromkosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu senken; Herr Heil, vielen Dank für Ihren Zwischenruf. Die SPD hatte gemeinsam mit uns im Wahlkampf den einen oder anderen klugen Vorschlag eingebracht. Nehmen wir zum Beispiel die Senkung der Stromsteuer. Was ist denn daraus geworden? Nichts ist daraus geworden. Auf diesem Gebiet haben Sie keine einzige soziale Flankierung durchsetzen können. Ich finde, das ist für eine sozialdemokratische Politik ganz schön beschämend.

Es wäre ein Leichtes, die Stromkosten für die Verbraucher zu senken.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wenn wir jetzt hier über die große Belastung der Industrie lamentieren, dann sagen Sie doch auch wenigstens ein einziges Wort zu den über 320 000 Haushalten im Jahr - Tendenz steigend -, denen der Strom abgestellt wird. Dazu habe ich vom Minister und auch von der Koalition kein einziges Wort gehört. Ich finde es schlimm, dass den Menschen der Strom abgestellt wird und Sie diese

im Dunkeln sitzen lassen. Das muss endlich ein Ende haben.

Es gibt viele andere Möglichkeiten, die Stromkosten zu reduzieren und die Energiewende trotzdem nicht zu gefährden. Wir als Linke haben ein ganzes Paket dazu vorgelegt. Neben der Senkung der Stromsteuer wollen wir die Strompreisaufsicht wieder einführen. Auch das hatte die SPD noch im Wahlkampf

gefordert. Heute haben Sie kein Wort dazu gesagt.

Oder greifen Sie einen klugen Vorschlag von Klaus Töpfer, Ilse Aigner und auch von der Linken auf, einen Energiewendefonds einzurichten und mit einem Haushaltszuschuss und einer zeitlichen Streckung der Investitionszuschüsse für die Erneuerbaren zu mehr sozialer Gerechtigkeit beizu-

tragen. Auch das wäre eine kluge Idee.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Auch wir als Linke wollen die Industrierabatte nicht komplett abschaffen.

Auch uns liegen natürlich die Arbeitsplätze in der Industrie am Herzen. Aber so, wie Sie es vorschlagen, geht es nicht. Die Vergabe muss an klare Kriterien gebunden sein, und

die Rabatte müssen deutlich reduziert werden. Das haben Sie noch vor ein paar Wochen gefordert. Ich würde mir sehr wünschen, dass Sie sich in der Debatte und bei der Gesetzesberatung wieder daran erinnern können. So, wie Sie es vorschlagen haben, geht es jedenfalls nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Michael Fuchs, CDU/CSU:

Wir dürfen die Grundstoffindustrie nicht kaputt machen



Michael Fuchs (*1949)
Wahlkreis Koblenz

Herr Minister, ich bin der Meinung, dass wir auf einem guten Weg sind, das EEG so zu reformieren, dass es am Ende des Tages Akzeptanz in der Bevölkerung findet. Das ist unsere Aufgabe. Aber dabei muss auch die Akzeptanz der Unternehmen gewahrt bleiben. Es kann nicht sein - wie es gerade von der Linken gefordert wurde -, dass man Unternehmen wissentlich und willentlich kaputtmacht; denn sie können in Deutschland nicht mehr arbeiten, wenn sie Strompreise nach linkem Muster zu bezahlen haben.

Wer das fordert, der weiß genau, dass er in Deutschland diverse Grundstoffindustrien kaputtmacht. Wenn sie kaputt sind, dann gehen Wertschöpfungsketten kaputt, und dann haben wir - das gilt auch für Herrn Krischer - am Ende des Tages nichts gewonnen.

Wir haben ein EEG, das sehr, sehr teuer ist. Wir fördern in diesem Jahr die erneuerbaren Energien mit 23,8 Milliarden Euro. Auf 20 Jahre gerechnet sind wir nahe an einer halben Billion Euro Fördermittel. Das zeigt doch, wie sehr Deutschland bereit ist, in die Förderung einzusteigen. Die 23,8 Milliarden Euro entsprechen in etwa der Größenordnung des Verkehrs-etats von Minister Dobrindt. Wenn wir in dem Bereich etwas mehr Geld für die Straßen hätten, dann würde es uns vermutlich etwas besser gehen.

Meine Damen und Herren, dieses Fördersystem muss eingeschränkt, verbessert und gedeckelt werden. Das ist in diesem Gesetzentwurf angelegt. Wir werden das eine oder andere im Gesetzgebungsverfahren noch intensiv diskutieren müssen. Aber ich bin davon überzeugt, dass wir das hinbekommen.

Wir nehmen 5,1 Milliarden Euro aus der Umlage heraus, damit uns die energieintensive Industrie nicht aus Deutschland flüchtet. In einem Punkt bin ich mit Ihnen, Herr Minister, nicht ganz einer Meinung. Ich war vor einigen Tagen in Washington auf einem Kongress. Die Amerikaner haben ein Fünftel unserer Stromkosten in den Bereichen, wo sie Schiefergas ausbeuten. Das ist gefährlich. Die Amerikaner betreiben eine Reindustrialisierungspolitik, und sie wollen gerade energieintensive Unternehmen anlocken, in den USA zu produzieren. Wenn diese bei uns wegfallen, gehen ganze Wertschöpfungsketten von A bis Z kaputt. Das trifft nicht nur den Stahlproduzenten, sondern auch den Stahlverarbeiter, den Oberflächenbeschichter sowie das Transportunternehmen, das die Güter hin- und herfährt. Das wissen wir alle, und deswegen wird das verhindert. Deswegen ist es auch völlig in Ordnung, dass wir diese Unternehmen befreien.

Machen wir uns doch bitte nichts vor: Ohne diese Unternehmen käme es zu einem drastischen Anstieg der EEG-Umlage, weil dann wesentlich weniger industrieller Strom abgenommen würde. Dementsprechend müssten die anderen höhere Beträge zahlen. Das ist nun einmal nicht zu ändern.

Es trifft auch nicht zu - wie Sie es behaupten -, dass die Großverbraucher komplett geschont werden. Der Entwurf der Bundesregie-

rung sieht vor, dass wir zum Beispiel die Mindestumlage verändern. Wir haben dann eine doppelt so hohe Mindestumlage für die Großverbraucher. Das ist eine sehr spürbare Maßnahme. Wir haben dazu auch entsprechende Anrufe aus allen Branchen bekommen.

Im EEG-Gesetzentwurf formulieren wir nun etwas - das ist wichtig -, was bislang für die erneuerbaren Energien fast Drohworte sind. Wir erwarten Eigenverantwortung, und wir wollen auch Wettbewerb. In Zukunft muss Wettbewerb herrschen. Das bedeutet Direktvermarktung und Ausschreibung. Beides sieht der Gesetzentwurf vor. Wir werden das intensiv begleiten. Wir müssen die Mentalität "Produce and forget" beenden. Es kann nicht sein, dass jemand ein Produkt erzeugt - in diesem Fall Strom - und nicht dafür verantwortlich ist, dass es vermarktet wird.

Ich habe über 23 Jahre ein Unternehmen geführt. Ich hätte es sehr gerne gesehen, wenn ich meine Produkte einfach auf den Hof hätte stellen und sagen können: Seht zu, wie ihr damit klar kommt! - Wenn man sich um den Vertrieb überhaupt nicht kümmern muss, ist das sehr angenehm. Aber das kann so nicht weitergehen. Das müssen wir verändern; das ist unser Ziel. Das wird durch Direktvermarktung und Ausschreibungsregeln noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden. Das sind natürlich für die Erneuerbaren böse Worte. Aber das muss so sein. Wir wollen die Erneuerbaren nicht abwürgen, im Gegenteil.

Der Bundesminister hat eben die Ausbauforderung völlig zu Recht angesprochen. Einen geplanten jährlichen Zubau von jeweils 2 500 Megawatt im Wind- und Solarbereich kann man wahrlich nicht als Abwürgen bezeichnen. Deswegen sollten Sie das auch nicht behaupten.

Das Fördersystem muss eingeschränkt, verbessert und gedeckelt werden.

In einem Punkt bin ich mit dem Gesetzentwurf nicht ganz zufrieden. Das ist der Offshorebereich. Das wird besonders teuer. Da sollten wir sehr vorsichtig sein; denn wir können nicht mehr im bisherigen Stil weitermachen. Wie ich bereits zu Beginn meiner Rede erwähnt habe, geben wir bereits 500 Milliarden Euro aus. Jede Anlage, die hinzukommt, verteuert das Ganze noch einmal.

In Deutschland darf es auch nicht 16 Energiewenden geben. Es darf nicht dazu kommen, dass jedes Bundesland sein eigenes Spielchen spielt. Rheinland-Pfalz will in 15 Jahren mithilfe der erneuerbaren Energien energieautark sein. Mir ist es unerklärlich, wie das in einem Bundesland wie Rheinland-Pfalz möglich sein soll. Ohne jegliche Absicherung durch andere Energieträger energieautark zu werden, dürfte ziemlich schwierig sein. Deswegen finde ich es richtig, dass die Bundesregierung in die Speicherforschung investiert. Gerade die erneuerbaren Energien benötigen Speicher. Wenn es keine entsprechenden kostengünstigen Speichermedien gibt, wird Autarkie allein mit Erneuerbaren nicht funktionieren.

Ich will noch etwas zu den Windkraftanlagen sagen. Hören Sie gut zu, Herr Krischer! Nach heutigen Fördersätzen wird eine 3-Megawatt-Anlage - das entspricht dem Standard, der heute onshore gebaut wird - mit 6,5 Millionen Euro über eine Laufzeit von 20 Jahren gefördert. 500 Megawatt kosten gemäß heutigen Fördersätzen 1 Milliarde Euro Fördermittel. Der von uns vorgesehene Zubau von 2,5 Gigawatt pro Jahr kostet bei einer 20-jährigen Laufzeit dementsprechend 5 Milliarden Euro Fördermittel. Das sind gewaltige Belastungen, die wir der Bevölkerung, aber auch den Unternehmen aufbürden. Das wollen und akzeptieren wir auch. Aber mehr kann und darf es nicht sein, weil es sonst nicht mehr zu tragen ist. Wie Sie wissen, werden sich die laufenden Förderungen frühestens im Jahr 2025 deutlich reduzieren, weil erst dann teure Anlagen der Vergangenheit aus der Förderung fallen.

Wir müssen außerdem dafür sorgen, dass alle Maßnahmen betref-

send die Steigerung der Effizienz und den Netzausbau so beschleunigt werden, dass weiterhin Anlagen aufgebaut werden können. Ohne einen vernünftigen Netzausbau funktioniert das Ganze überhaupt nicht. Ich halte es deshalb für sehr wichtig, dass wir begleitend die Verfahren für den Netzausbau beschleunigen; denn wenn keine Netze vorhanden sind, können wir den Strom beispielsweise nicht von Nord nach Süd transportieren und

in den Verteilnetzen nicht für ein sinnvolles Hin- und Hersorgen. Aber dazu müssen auch die Erneuerbaren - so steht es auch im Koalitionsvertrag - ihren Beitrag leisten. Es ist nicht einzusehen, dass aus-

schließlich die Stromkunden den Netzausbau bezahlen, während die Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen nichts dazu beitragen müssen; denn Letztere sind diejenigen - wenn man vom Verursacherprinzip ausgeht -, die uns im Wesentlichen dazu zwingen, einen teuren Netzausbau vorzunehmen.

TenneT hat vor einigen Tagen errechnet, dass allein der Netzausbau im Bereich der Übertragungsnetze 23 Milliarden Euro kosten wird. Das muss noch umgelegt werden; ich möchte, dass alle, die einspeisen, daran beteiligt werden. Das haben wir im Koalitionsvertrag so vereinbart. Herr Minister, wir sollten an die Gesetzgebung in diesem Bereich so schnell wie möglich herangehen.

Das Einspeisemanagement muss geregelt werden, und wir müssen dafür sorgen, dass wir die Ziele, die wir uns beim Ausbau der erneuerbaren Energien gesetzt haben, sicher erreichen; dies muss aber auch so kostengünstig und kosteneffizient geschehen, wie es notwendig ist, und schließt Wettbewerbsfähigkeit und EU-Konformität ein. Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie es zusammen mit der Bundeskanzlerin geschafft haben, die EU-Konformität herzustellen, sodass wir in Zukunft keine Angst mehr haben müssen, dass unsere Besondere Ausgleichsregelung in irgendeiner Weise gefährdet ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es darf nicht dazu kommen, dass jedes Bundesland sein eigenes Spielchen spielt.

Oliver Krischer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir wehren uns gegen die Braunkohlewende



Oliver Krischer (*1969)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Herr Bundesminister Gabriel, es ist schon erstaunlich, wie breitbeinig Sie sich hier hinstellen und so tun, als ginge mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien alles so weiter wie bisher, als würde diese Erfolgsgeschichte weiterlaufen. Ein Blick auf die Fakten Ihres eigenen Gesetzentwurfs zeigt etwas anderes. Sie reduzieren das Ausbautempo der erneuerbaren Energien um die Hälfte, und zwar nicht um die Hälfte gegenüber grünen Zielen, sondern um die Hälfte gegenüber Zielen der schwarz-gelben Bundesregierung. Das ist wahrlich ein Armutszeugnis.

Sie machen damit das EEG zu einem Bestandsschutzinstrument für die Kohleindustrie, für die fossile Energieerzeugung.

Sie machen damit aus der Energiewende, die wir in Deutschland einmal hatten, eine Braunkohlewende. Dagegen werden wir uns wehren.

Herr Gabriel, besonders dreist ist es, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, bei der Windenergie werde in Zukunft noch etwas laufen. Es ist richtig, dass bei der Windenergie in Zukunft noch etwas passieren wird, aber das passiert nur, weil grün regierte Bundesländer sich dafür eingesetzt und das durchgesetzt haben. Wären Ihre ursprünglichen Vorschläge zum Tragen gekommen, dann würde südlich von Hannover keine einzige Windkraftanlage mehr gebaut werden; dann hätten Sie auch das noch kaputtgemacht.

Was Sie kaputtmachen, ist die Biogaserzeugung. Diese stellen Sie komplett ein. Sie beenden die Technologieentwicklung, wobei sie eine Chance wäre, eine residuale, eine flexible Energieerzeugung zum Ausgleich von Wind- und Sonnenenergie zu bekommen. Das beenden Sie. Es ist unverantwortlich, dass man eine Technik, die in Deutschland entstanden ist, so beendet.

Genauso trifft es die Photovoltaik. Nur, Sie haben nicht den Mut, das zu sagen. Sie schreiben in den Gesetz-

entwurf einen Zubau von 2 500 Megawatt - das haben Sie eben auch gesagt -, aber auch da zeigt ein Blick auf die Fakten etwas anderes. Wir haben im Moment schon, unter dem gültigen EEG, einen Zubau bei Photovoltaik, der gegen null geht. Das zeigen die Zahlen der Bundesnetzagentur. Sie verschlechtern die Bedingungen vor allen Dingen mit der absurden Eigenstromregelung, sodass wir mit Ausnahme des Kleinsegments in Zukunft null Photovoltaikstrom mehr haben. Es ist absurd, die neben der Windenergie kostengünstigste Form der Energieerzeugung, nämlich die aus Sonne, abzuwürgen. Das ist Unsinn. Das ist absurd. Aber das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

Der ganz besondere Klopfer in diesem Gesetzentwurf ist die Eigenstromregelung. Wenn in Zukunft ein mittelständisches Unternehmen oder ein Privathaushalt mit einem Blockheizkraftwerk effizient Energie erzeugen und damit zur Energiewende beitragen will und das mit einer Photovoltaikanlage kombiniert, dann zahlen diese eine EEG-Umlage von 50 Prozent auf den selbst verbrauchten Strom.

Das führt dazu, dass diese ganzen Projekte am Ende unwirtschaftlich werden. Herr Fuchs, Sie wollen das nicht, aber eigentlich haben Sie einen Koalitionsvertrag unterschrieben, in dem steht, dass wir genau das voranbringen wollen. Wir fördern das über das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz. Diese Förderung schlägt sich eins zu eins in der EEG-Umlage nieder, sodass das Ganze zu einem Nullsummenspiel wird. Damit einher geht zusätzliche Bürokratie. Das alles ist Unsinn. Die positive Entwicklung wird somit abgewürgt.

Es wird noch schlimmer. Wenn es wenigstens eine Gleichbehandlung gäbe! Aber derjenige, der erneuerbare Energien erzeugt - vielleicht sieht er ein Braunkohlekraftwerk, wenn er aus dem Fenster schaut -, muss zur Kenntnis nehmen, dass das, was für die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung und für die Photovoltaik gilt, für Kohlekraftwerke nicht gilt: Sämtliche Kohlekraftwerke sind von der Eigenverbrauchsumlage ausgenommen; sie zahlen auf ihren Eigenstromverbrauch also keine EEG-Umlage. Das ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit.

Ich fordere Sie auf, das zu beenden und an dieser Stelle wenigstens Kostengerechtigkeit herzustellen. Das würde auch dem Mittelstand und denjenigen, die sich da engagieren wollen, etwas bringen. Bisher hatte ich die Hoffnung, dass sich wenigstens die Union für diesen Bereich engagiert. Aber an dieser Stelle tun Sie überhaupt nichts.

Meine Damen und Herren, kommen wir zur Besonderen Ausgleichsregelung. Sie haben uns gestern einen Gesetzentwurf vorgelegt. Dafür haben Sie vier Wochen länger als geplant gebraucht. Ihre sonstigen Pläne liegen schon ein bisschen länger vor. Ich bin einmal gespannt, wie Sie die Verabschiedung Ihres Gesetzentwurfes verfahrenstechnisch, also im Hinblick auf die Beratungen im Bundesrat, zustande bringen wollen. Aber das sehen wir dann.

Es ist völlig unstrittig - ich finde es absurd, dass das hier immer wieder infrage gestellt wird -, dass die Grundstoffindustrie - Metallerzeugung, Chemie und Papier - eine Befreiung von der EEG-Umlage braucht. Darum geht es nicht. Aber Sie müssen mir schon erklären, warum Firmen, die Fantasieschmuck herstellen, oder, um das andere Extrembeispiel zu nehmen, die deutsche Panzerindustrie neuerdings in der Liste der von der EEG-Umlage zu befreienden Unternehmen auftauchen. Wollen Sie, dass die deutsche Panzerindustrie in Saudi-Arabien konkurrenzfähig ist, oder worum geht es dabei?

Sie schaffen mit dieser Liste ein bürokratisches Monster unglaublicher Art. Das führt in der Tat zu Beschäftigung: zur Beschäftigung bei Beratern und Rechtsanwälten, bei Gerichten. Das wird dazu führen, dass jeder sein Schlupfloch sucht,

um am Ende in den Genuss des Privilegs der Befreiung zu kommen.

Das zeigt aktuell schon das Beispiel Vattenfall: Dieses Unternehmen, das Braunkohletagebau betreibt, steht zwar nicht mehr in der Liste der von der EEG-Umlage zu befreienden Unternehmen. Jetzt plötzlich wollen Sie aber, dass Vattenfall vom Eigenstromprivileg profitiert. Aha, da staunen wir. So läuft das also in Zukunft. Durch die von Ihnen geplante Regelung wird jeder sein Schlupfloch finden. Bezüglich Ihres Versprechens, dass die Kosten um 1 Milliarde Euro gesenkt werden, dass die privaten Verbraucher entlastet werden, haben wir gestern gehört: Das war ein großes Missverständnis. Sie gestehen ein: Die privaten Verbraucher werden mit Milliardenbeträgen zusätzlich belastet. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

Wenn wir schon über Arbeitsplätze reden, dann müssen wir endlich auch einmal über die Arbeitsplätze in der Erneuerbare-Energien-Branche reden.

Da stellen Sie Zehntausende von Arbeitsplätzen infrage. Ich verweise darauf, dass dort 400 000 Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Dazu höre ich überhaupt nichts von Ihnen. Man kann den Eindruck haben: Bei Ihnen ist ein Arbeitsplatz nur dann ein guter Arbeitsplatz, wenn der IG BCE-Organisationsgrad in dem jeweiligen Betrieb besonders hoch ist.

In manchen Bereichen interessieren Sie sich nullkommanull für die Arbeitsplätze. Das darf an dieser Stelle überhaupt nicht sein.

Ich sage Ihnen: Gehen Sie einmal in den Kreis Borken im Münsterland. Da gibt es drei innovative Unternehmen im Bereich Blockheizkraftwerke, Biogas, Photovoltaik. Sie beschäftigen in einer ländlichen Region tausend Menschen. Dort weiß man am Ende des Jahres nicht mehr, ob man noch eine Chance hat. Man hat vielleicht noch eine Chance im Ausland. Ich bedauere, dass Herr Gabriel sich da nicht einmal blicken lässt, dass er da nicht einmal Gesicht zeigt und seine Politik erklärt. Herr Gabriel, da gehen Sie nicht hin, darum drücken Sie sich herum.

Wir haben Ihnen einen großen Konsens angeboten. Der Bundesrat

hat in den letzten Tagen über 200 Änderungsanträge zu diesem Gesetzentwurf gestellt. Insofern kann es ja wohl nicht sein, dass es da einen Konsens gibt. Wir sagen: Dieser Gesetzentwurf ist ein Anschlag auf die Energiewende. Er ist ein Anschlag auf die Arbeitsplätze. Er ist ein Anschlag auf den Klimaschutz. Dieses Abwürgen der Energiewende werden wir in dieser Form nicht mittragen. Sie sollten sich aufraffen und das EEG wieder zu einem Gesetz machen, das von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen wird. Wenn ich die Äußerungen von Herrn Fuchs richtig verstanden habe, dann wird es am Ende sogar noch schlimmer, und das werden wir nicht mittragen. Das kann ich Ihnen sehr deutlich sagen.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die privaten Verbraucher werden mit Milliarden zusätzlich belastet.

Hubertus Heil, SPD:

Die Energiewende vom Kopf auf die Füße stellen



Hubertus Heil (*1972)
Wahlkreis Gifhorn – Peine

Die grundlegende EEG-Reform, die wir heute in der ersten Lesung miteinander

beraten, hat zum Ziel, dass wir die Energiewende tatsächlich wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Die polemischen Einlassungen der Opposition haben ein bisschen vernebelt, worum es wirklich geht.

Wir können einmal ganz ruhig und sachlich, Herr Krischer, miteinander über das reden, was heute vorliegt. Es geht im Kern um drei Dinge:

Zum einen geht es tatsächlich darum, dass wir dafür sorgen, dass Grundstoffindustrien, dass energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, auch weiterhin in Deutschland produzieren können. Jetzt sage ich Ihnen einmal eines, Herr Krischer und Frau Lay: Einem deutschen Bundeswirtschaftsminister vorzuwerfen,

dass er sich für zukunftsfähige industrielle Arbeitsplätze in Deutschland einsetzt, ist ungefähr genauso schlaue, wie Greenpeace vorzuwerfen, dass man sich für die Rettung der Wale einsetzt; das ist ziemlicher Unsinn.

Ich will Ihnen einmal eines sagen: Diese polemische Art und Weise, mit der Sie das Ganze zu diffamieren versuchen, indem Sie zum Beispiel die Liste der Europäischen Kommission zitieren und im gleichen Atemzug verschweigen, dass es nicht darum geht, ganze Branchen zu befreien, sondern darum, Branchen antragsberechtigt zu machen, damit Unternehmen, die nach objektiven Kriterien im internationalen Wettbewerb stehen und gleichzeitig energieintensiv sind, das Leben nicht schwer

gemacht wird, finde ich nicht redlich. Deshalb, Herr Krischer: Mehr Kretschmann und weniger Krischer in der Energiepolitik der Grünen, das wäre eine gute Idee.

In diesem Zusammenhang, Frau Lay, erzähle ich Ihnen einmal etwas aus meiner Heimat. Es gibt ein Elektrostahlwerk in meiner Heimatstadt Peine. Der Betriebsrat besteht im Wesentlichen aus ordentlichen IG-Metallern, die meisten davon Sozialdemokraten, einer ist von der Linkspartei, und einer ist übrigens von den Grünen. Dieses Unternehmen ist ein Elektrostahlwerk, das vom physikalischen Prozess her alle Möglichkeiten der Energieeffizienz ausschöpfen kann, aber sehr viel Energie verbraucht, um Schrott einzuschmelzen und daraus Stahlträger zu machen, die dann exportiert werden. Das ist ein Stück Kreislaufwirtschaft. Wenn wir dieses Unternehmen so einbeziehen würden, wie Sie das verlangen, dann ist klar, was mit den 780 Arbeitsplätzen in meiner Heimatstadt passieren würde - das kann ich Ihnen sagen -: Die wären weg.

Deshalb ist meine herzliche Bitte: Falls Sie noch Betriebsräte kennen, die in Grundstoffindustrien arbeiten, und mit denen sprechen würden oder falls Sie sich einmal mit dem, wie ich finde, sehr klugen Wirtschaftsminister von Brandenburg, einem Mitglied Ihrer Partei, in der Energiepolitik in Verbindung setzen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Die könnten zur Aufklärung beitragen.

Ich glaube, dass die Linkspartei ein gestörtes Verhältnis zu industriellen Arbeitsplätzen in Deutschland hat. Das ist ihr Problem. Das darf nicht unseres werden.

Ich bin der Bundesregierung - namentlich dem Bundeswirtschaftsminister, aber auch der Kanzlerin - sehr dankbar, dass sie etwas hinbekommen hat, mit dem viele schon fast nicht mehr gerechnet haben, nämlich eine Verständigung mit der Europäischen Kommission, dass wir an dieser Stelle eine EU-konforme Regelung bekommen, übrigens keine, die die Wirtschaft nicht in die Finanzierung der Energiewende einbezieht. Auch das ist vorhin vorgetragen worden: Es wird eine Erhöhung der Mindestumlage geben, und zwar für alle, und es ist so, dass die deutsche Wirtschaft insgesamt ihren Beitrag leistet.

Ich sage noch einmal: Wer Arbeitsplätze im industriellen und mittelständisch produzierenden Bereich gegen Verbraucher und Familien ausspielt, der macht ein schäbiges Spiel.

Das ist in der Sache vollkommen ungerechtfertigt. Ich sage Ihnen auch: Zum Gelingen der Energiewende werden wir die Grundstoffindustrien in Deutschland brauchen. Windräder brauchen Stahl. Energieeffizienz braucht chemische Produkte, und wir wollen, dass die in Deutschland produziert werden, meine Damen und Herren.

Es scheint Ihnen eher um grüne Profilierung in Ihrer Partei zu gehen und nicht mehr um die Sache. Das ist schade. Es mag bei den Grünen welche geben, die sich im parlamentarischen Verfahren konstruktiv auf diese Debatten einlassen. Ich würde mir das sehr wünschen; denn wir müssen raus aus diesen Grabenkampfdiskussionen der Vergangenheit.

Wir sind doch miteinander der Meinung, dass wir die Energiewende zum Erfolg führen müssen. Wir haben ehrgeizige Klimaschutzziele. Wir wollen raus aus der Atomkraft. Jetzt geht es um die Frage, wie wir diesen Weg miteinander planbar, berechenbar und kosteneffizient gestalten. Kein vernünftiger Mensch in diesem Haus stellt die Energiewende mehr infrage. Diejenigen aber, die für die Energiewende sind, müssen heute zu Reformen bereit sein.

Es geht nicht mehr um die Markteinführung von Erneuerbaren, sondern um die Marktdurchdringung mit Erneuerbaren. Deshalb kann man nicht zulassen, dass Überförderung stattfindet. Daher ist das zweite Ziel dieser Reform mehr Kosteneffizienz beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir setzen mit einer vernünftigen, planbaren Förderung und klaren Ausbauphasen, mit Systemintegration auf die kostengünstigsten Erneuerbaren. Das sollten Sie unterstützen und nicht diffamieren, meine Damen und Herren.

Wir sind gemeinsam der Meinung, dass wir Trittbrettfahrer nicht gebrauchen können. Gemeinsam sind wir der Meinung, dass es vernünftig ist, dass sich Unternehmen nicht aus der Solidarität der EEG-Umlage ausklinken können, indem sie beispielsweise massiv in Leiharbeit ausweichen. Genau das regelt dieses Gesetz.

Wenn das, was Sie beschreiben, wirklich Ihr Konzept ist, würde ich es gerne zur Kenntnis nehmen; aber Sie können doch nicht im gleichen Atemzug - das bezieht sich auf die Rede, die Sie vorhin gehalten haben - gegen die Tatsache zu Felde ziehen, dass wir solche Ausnahmen mit einem bestimmten Volumen haben.

Das, was der Bundesminister gemacht hat, will ich Ihnen vorrechnen. Ich will Ihnen sagen, was es bedeuten würde, wenn man die komplette EEG-Umlagebefreiung für energieintensive Betriebe verschwinden lassen würde.

Dabei geht es um 40 Euro für einen dreiköpfigen Haushalt bzw. um etwa 4 Euro pro Monat. Der Preis wäre, dass diese industriellen Arbeitsplätze in energieintensiven Betrieben im Rahmen der Konkurrenz verschwinden würden. Sie müssen sich schon entscheiden: Stimmt Ihr Konzept, oder stimmt die Polemik, die Sie hier vorhin von diesem Pult aus vorgetragen haben?

Meine Damen und Herren, es gibt also nur Ausnahmetatbestände für diejenigen, die sie brauchen - nicht für diejenigen, die sie missbrauchen. Dafür haben wir jetzt objektiver Kriterien. Wir haben eine Verständigung mit der Europäischen Kommission.

Erstens. Das wird das beihilfe-rechtliche Verfahren zu Ende bringen, und es wird dazu führen, dass wir Rechts- und Planungssicherheit auch für die Unternehmen - dabei geht es um Arbeitsplätze - haben, die ab 1. Januar 2015 Befreiung beantragen können. Nicht jeder, der die

Befreiung beantragt, wird sie auch bekommen. Deshalb ist es richtig, nicht Branchen zu nennen, sondern die Situation von einzelnen Unternehmen zu betrachten.

Zweitens. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, kosteneffizienter auszubauen; aber wir werden ausbauen, Herr Krischer. Von Ausbremsen kann überhaupt keine Rede sein.

Wir haben jetzt 25 Prozent erneuerbare Energien, und wir werden 45 Prozent erreichen. Dafür ist es aber notwendig, nicht nur Kosteneffizienz

zu schaffen, sondern den Ausbau der Netze zeitlich stärker mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu synchronisieren. Darum geht es. Es geht um Systemintegration. Wir wollen keinen Wegwerfstrom produzieren, sondern Strom, der tatsächlich gebraucht wird.

Dazu brauchen wir diese Verlässlichkeit.

Drittens. Es geht darum, für die gesamte deutsche Wirtschaft im Hinblick auf die Erneuerbaren endlich Planungs-, Rechts- und Investitionssicherheit zu schaffen. Die vielen Auseinandersetzungen der letzten Jahre haben doch in weiten Teilen der deutschen Wirtschaft, was die Erneuerbaren angeht, vor allem eines ausgelöst: entweder so etwas wie Schlussverkaufsmentalität - noch einmal ordentlich Druck machen - oder in anderen Phasen das krasse Gegenteil, nämlich Investitionsattentismus. Mit dieser grundlegenden Reform schaffen wir die Möglichkeit, dass jeder sich darauf einstellen kann, wohin die Reise geht, und zwar über den Zeitraum des jetzigen EEG hinaus bis zu einem neuen Marktdesign mit anderen Mechanismen, die planbar sind und die in diesem Übergangszeitraum auch berechenbar sind.

Wir haben uns in Deutschland vorgenommen, unter den Bedingungen eines hochindustrialisierten Landes eine doppelte Energiewende zu schaffen, mit sehr ehrgeizigen Klimaschutzziele, mit dem Ausstieg aus der Atomkraft. Ich bin als Anhänger dieser Energiewende der festen Überzeugung, dass wir damit langfristig Riesenchancen für Deutschland eröffnen - ökologisch, -sozial; im Übrigen auch wirtschaftlich -, weil wir angesichts der wachsenden Weltbevölkerung und des wachsenden Energiehungers auf der Welt Exporteur für gute und saubere Lösungen im Bereich der Energieversorgung sein können, bei Erneuerbaren, bei Systemen, bei Energieeffizienz.

Aber dafür müssen wir die Referenz im eigenen Land hinbekommen. Wir müssen in Deutschland die Energiewende schaffen, damit wir diese Technologien zukünftig auch exportieren können. Mit diesem ersten Schritt einer grundlegenden EEG-Reform, die wir im parlamentarischen Verfahren jetzt auf den Weg bringen, leisten wir dazu unseren Beitrag.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen die Energiewende zum Erfolg führen.

Eva Bulling-Schröter, DIE LINKE:

Das ist kein Gesetz mehr für regenerative Energien



Eva Bulling-Schröter (*1956)
Landesliste Bayern

Sehr geehrter Minister Gabriel, viele aus den Reihen der Linken, der Grünen, aber auch der SPD und sogar der CDU sind vor zwei Jahren auf die Straße gegangen gegen die EEG-Reform von FDP-Minister Rösler, der die erneuerbaren Energien bekämpft hat. Jetzt haben Sie, Herr Gabriel, das Ministerium übernommen. Viele haben gedacht: Der wird das sehr gut machen mit der Energiewende; denn der Gabriel war ja ehemaliger Umweltminister.

Weit gefehlt! Sie, Herr Gabriel, schicken die erneuerbaren Energien ins Nirwana. Grund dafür sind vor

allem die von Ihnen ab 2017 geplanten Ausschreibungen. Dann soll Schluss sein mit festen Preisen für die Anbieter erneuerbarer Energien. Stattdessen möchten Sie einen Preiskampf zwischen den Erneuerbaren um die Vergütungssätze. Die Anbieter erneuerbarer Energien feilschen und unterbieten sich dann wie auf dem Basar, der billigste Dumpinganbieter gewinnt. Dreimal darf man raten, wer in der Lage sein wird, diese Dumpingpreise anzubieten. Richtig, es sind die Großinvestoren. Damit rollen Sie den Energieriesen den roten Teppich aus und brechen der Bürgerenergie das Genick.

Da wollen wir nicht hin.

Es gibt ja schon ganz viele Erfahrungen aus dem Ausland mit Ausschreibungen, die dazu geführt haben, dass Projekte nicht stattgefunden haben und nicht realisiert werden konnten, dass Firmen pleitegegangen sind. Eine Energiegenossenschaft kann sich das gar nicht leisten. Ich persönlich kenne einen Mittelständler, der bei einer Ausschreibung in Südafrika mitgemacht hat. Das Projekt liegt seit drei Jahren auf Eis, und es ist nicht absehbar, ob da überhaupt etwas passiert. Die Gefahr besteht, dass die Erneuerbaren schlimme Rückschläge erleiden. Das

können wir uns nicht leisten, schon allein im Hinblick auf den Klimaschutz. Es geht aber auch um regionale Wertschöpfung und um Arbeitsplätze.

Wenn dann immer behauptet wird, die EU würde das alles vorschreiben: Das ist einfach nicht richtig; denn die EU lässt den Mitgliedsstaaten ausdrücklich den Raum, diese Regelung flexibel zu handhaben. Mit den Ausschreibungen schreiben Sie in dieses Gesetz quasi seine eigene Abschaffung hinein; denn die festen Preise sind - oder muss man sagen: „waren“? - das Rückgrat des EEG.

Wir Linken haben eine Kleine Anfrage zu Erfahrungen und Plänen der Ausschreibung gestellt. Bitte lesen Sie die Anfrage. Die Antworten sind einfach toll: Man prüft, man weiß noch nichts, man hat noch keine Erfahrungen. - Das ist so, als wenn man sich in ein Auto setzt und erst hinterher die Bremsen prüft. Da kann ich nur sagen: Gute Fahrt, Herr Minister!

Natürlich entfaltet das neue EEG auch schon vor 2017 eine Wirkung - das hören wir bei vielen Podiums-

Fortsetzung von Seite 5: Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE)

diskussionen; da sind Sie alle dabei -: durch Ausbaukorridore, Deckelungen und Einschnitte vielfältiger Art. Die Investoren sind doch nicht blöd: Sie rechnen das durch und sagen dann: Das rechnet sich nicht mehr; wir machen es nicht.

Die Pflicht zur Direktvermarktung könnte den geltenden Vorrang für Erneuerbare in der Realität sogar umkehren. Das ist eben kein Gesetz mehr für regenerative Energien, sondern quasi gegen sie; denn die regenerativen Energien müssen dann mit den fossilen Energien konkurrieren. Wir alle wissen: Bei den regenerativen Energien sind alle Kosten mit eingerechnet, bei den fossilen und atomaren eben nicht. Wenn man die Kosten bei diesen Energien ähnlich der EEG-Umlage beziffern müsste,

dann würden Kohlestrom oder Atomstrom 10 Cent pro Kilowattstunde mehr kosten. Das bezahlen aber die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Die ganze Reform ging mit einer Strompreisdebatte einher, die von Anfang an eine Farce war. Die mantra-artigen Beteuerungen, die Energiewende sei zu teuer, haben nichts mit der wahren Entwicklung der Preise von Wind- und Solarenergie zu tun. Die Preise sind heute nicht mehr hoch; sie wurden wirklich nach unten gedrückt. Sie haben die Höhe der EEG-Umlage zu einer Art Teufelszeug hochstilisiert. Dabei hatten wir 2013, wie die Bundesnetzagentur gerade berichtete, den niedrigsten Börsenstrompreis seit 2004. Warum sagen Sie den Verbraucherin-

nen und Verbrauchern nicht die ganze Wahrheit, nämlich weshalb dieser unglaublich niedrige Börsenpreis nicht an sie weitergegeben wird - es wäre doch logisch, dass sie auch davon profitieren -, wohl aber die damit einhergehende hohe EEG-Umlage? Warum sorgen Sie nicht dafür, dass auch die normalen Leute von den niedrigen Börsenpreisen profitieren und nicht nur die Industrie, die im Grunde doppelt kassiert? Ich habe Sie gestern zum Merit-Order-Effekt gefragt. Dabei geht es darum, dass die Preise an der Börse immer niedriger werden, sie werden bald bei 3 Cent pro Kilowattstunde liegen. Auch dies ist ein Gewinn für die Industrie.

Es wird uns ja permanent vorgeworfen: Die Linke will die Arbeits-

plätze vernichten. - Bevor ich in den Bundestag kam, war ich Schlosserin und Betriebsrätin, und nach acht Jahren im Bundestag war ich es zwischendurch noch einmal. Ich kenne die Probleme der Kolleginnen und Kollegen besser als vielleicht viele in diesem Saal.

Sie glauben doch nicht, dass wir Arbeitsplätze vernichten wollen.

Lesen Sie doch einmal, was der Handel schreibt. Auch der Handel möchte Vergünstigungen und spricht in dem Zusammenhang über Arbeitsplätze. Ferner: Was ist mit den Zehntausenden Arbeitsplätzen im Bereich der regenerativen Energien?

Zum Schluss. Es ist eine scheinheilige Debatte.

Wer hat denn Leiharbeit eingeführt? Wer hat denn Dumpinglöhne

eingeführt? Wer hat denn ermöglicht, dass in Fleischereien Vertragsfirmen billig arbeiten? Das waren doch nicht wir.

Verlagerungen von Betrieben geschehen nicht nur wegen Strompreisen, sondern wegen ganz anderer Dinge. Wir sind nicht diejenigen, die Arbeitsplätze vernichten wollen. Wir wollen Gerechtigkeit, wir wollen soziale Gerechtigkeit.

Ich will nicht, dass es so weit kommt, dass das Verhängen von Stromsperrern an der Tagesordnung ist - so wie in meiner Heimatstadt, in der man jüngst einem Menschen den Strom gesperrt hat, der auf ein Atemgerät angewiesen ist. So geht das nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Joachim Pfeiffer, CDU/CSU:

Das EEG ist keine Ersatzreligion sondern Mittel zum Zweck



Joachim Pfeiffer (*1967)
Wahlkreis Waiblingen

Wenn man sich diese Debatte so anhört, ist es notwendig, sich klarzumachen, wofür es eigentlich geht. Wenn man die Linken und die Grünen hier hört, dann könnte man meinen, das EEG und die Förderung der erneuerbaren Energien wären ein Selbstzweck oder eine Ersatzreligion und das wäre ein Wert an sich.

Es ist kein Wert an sich, vielmehr ist das EEG Mittel zum Zweck. Es ist ein Mittel zur Erreichung unserer energiepolitischen Ziele.

Die energiepolitischen Ziele sind in diesem Hause mit großer Mehrheit verabschiedet worden: nämlich dass wir - das ist heute, außer vom Bundeswirtschaftsminister, von keinem erwähnt worden - im Bereich der Energieeffizienz endlich vorankommen, Energie einsparen. Wir wollen bis 2050 50 Prozent Primärenergie einsparen.

Deshalb geht es nicht nur um den Strom, über den wir heute schwerpunktmäßig diskutieren, sondern es geht darum, dass wir im Gebäudesektor - nicht nur im Neubau, sondern vor allem im Bestand - die ent-

sprechenden Potenziale heben. Wenn dieses nicht gelingt, werden wir bei der Energieeinsparung und beim Umbau der Energieversorgung scheitern.

Es geht auch darum, im Bereich des Verkehrs die notwendigen Schritte einzuleiten. Schließlich geht es in der Tat auch darum, den Ausbau der erneuerbaren Energien im Strombereich voranzubringen. Wir wollen, dass 2050 von dem Rest an Energie, der dann noch verbraucht wird - wenn die Energieeinsparung gelingt -, der überwiegende Teil aus Erneuerbaren gewonnen wird. Was die Mengen anbelangt, sind wir weitaus erfolgreicher als ursprünglich gedacht. In der Vergangenheit sind die Ausbauziele regelmäßig weit überschritten worden: bei der Photovoltaik 2009 und 2010, bei Windenergie - das ist vorhin angesprochen worden -, bei der Biomasse und darüber hinaus. Leider besteht aber das Problem, dass dieser mengenmäßige Erfolg uns jetzt kostenmäßig vor die Füße fällt bzw. wir einen Kostenrucksack zu tragen haben.

Denn es ist in der Vergangenheit beim schnelleren Ausbau und bei der schnelleren Senkung der Kosten für erneuerbare Energien nicht gelungen, die Vergütungssätze genauso schnell zu senken, wie es notwendig wäre, um eine Überforderung zu vermeiden. Das ist das Problem, vor dem wir heute, im Jahr 2014, stehen. Wir haben bereits über 120 Milliarden Euro für die Förderung erneuerbarer Energien und die Energieerzeugung ausgegeben. Nach heutigem Stand sind, selbst wenn wir die

Förderung erneuerbarer Energien sofort beenden würden, in den nächsten 20 Jahren noch einmal 280 bis 300 Milliarden Euro - die heute schon zugesagt sind - über die Umlage von den Stromverbrauchern abzutragen.

Um was geht es bei dieser Reform, über die wir heute sprechen? Ein Baustein des Marathons des Umbaus der Energieversorgung ist, das EEG europafest zu machen. Über uns schwebt das Damoklesschwert eines Beihilfeverfahrens aus Europa. Was ist, wenn wir nicht bis zur Sommerpause die Besondere Ausgleichsregelung, auch das Grünstromprivileg, reformieren? Für über 1 Million Arbeitsplätze und Tausende Unternehmen besteht Planungsunsicherheit, weil sie nicht wissen, wie es mit Investitionen und Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren vorangeht. In

Über uns schwebt das Damoklesschwert eines Beihilfeverfahrens aus Europa.

einer gemeinsamen Kraftanstrengung ist es in und mit Brüssel gelungen, Europa zu überzeugen, sodass wir jetzt für ganz Europa - nicht nur für Deutschland - Umwelt- und Beihilfeleitlinien haben, die in den nächsten fünf, zehn Jahren Planungssicherheit für Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland gewährleisten. Damit können wir in Deutschland die Wertschöpfungsketten in der Grundstoffindustrie - bei Chemie, bei Stahl, bei Alu und bei Kupfer - entsprechend sichern.

Auch das ist angeklungen: Nur wenn wir in Deutschland diese Wertschöpfungsketten erhalten, werden in Deutschland Windräder gebaut; denn hier wird kein Windrad gebaut ohne diese Grundstoffindustrie.

Wenn Sie jetzt zum wiederholten Male behaupten, dass diese Entlastungen an den Steigerungen bei der EEG-Umlage schuld wären, dann erzählen Sie wider besseres Wissen etwas Falsches. Wir haben in Deutschland in diesem Jahr eine EEG-Umlage von 6,3 Cent pro Kilowattstunde.

Wenn wir alle Ausnahmen im Bereich des EEG streichen würden, hätten wir eine vielleicht um 1,2 oder 1,3 Cent geringere Umlage. Das heißt, die EEG-Umlage betrüge dann immer noch 5 Cent. Damit wird klar und deutlich, dass die energieintensiven Unternehmen bei der gesamten Entwicklung nicht Täter, sondern Opfer sind und insofern nicht für die hohe Umlage verantwortlich gemacht werden können - ganz im Gegenteil. Im Übrigen ist es eine Milchmädchenrechnung: Wenn diese energieintensiven Unternehmen weg wären, in die Insolvenz gehen müssten, verlagert würden, dann wären nicht nur die Arbeitsplätze und die Wertschöpfungsketten weg, sondern dann müssten die Verbliebenen in zwei, drei Jahren die Kosten tragen, die ich gerade dargelegt habe und die für 20 Jahre festgeschrieben sind. Dann wäre es für den Einzelnen noch teurer, als es jetzt schon ist.

Es geht nicht nur um die Frage der Europafestigkeit; es geht um die erneuerbaren Energien insgesamt, die nun wahrlich keine Nische mehr sind. Als man 1990, 1991 das Stromspeisungsgesetz auf den Weg gebracht hat, hat man gesagt: Wir wollen das mal mit 50 Millionen D-Mark pro Jahr fördern. Dann hat man dieses Gesetz 2000 in das EEG überführt und gesagt: Spätestens 2008, 2009 ist das EEG nicht mehr notwendig; dann ist die Technologieförderung so weit, dass die erneuerbaren Energien auf eigenen Beinen stehen können. Jetzt hat manches ein bisschen länger gedauert; aber wir sind in der Vergangenheit auch manches zu langsam angegangen. Wir haben heute die Situation, dass der Börsenpreis, über den hier fabuliert wird, nur noch eine Restgröße ist, weil die Erneuerbaren von der Börse unabhängig sind: Sie bekom-

men eine feste Vergütung, die ein Vielfaches des Börsenpreises beträgt, unabhängig davon, ob der Strom gebraucht wird oder nicht. Wir haben die Situation, dass all die Photovoltaik, die im Moment in Deutschland installiert ist, Kosten von ungefähr 40 Cent pro Kilowattstunde verursacht; das ist mehr als das Zehnfache des Börsenpreises. Deshalb müssen die Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien, die jetzt, wo es darum geht, den Anteil der Erneuerbaren an der Stromversorgung von 25 auf 30 bis 40 Prozent zu steigern, installiert werden, dann auch an den Markt gebracht werden. Deshalb wollen wir eine Direktvermarktung. Deshalb wollen wir, dass die Börse entsprechende Knappheitssignale aussenden kann und so die richtigen Anreize gesetzt werden, im Übrigen auch im Hinblick auf Emissionen.

Wir müssen den Ausbau der Erneuerbaren, der in der Vergangenheit bei der Erzeugung mengenmäßig erfolgreich war, dringend mit dem Ausbau der Netze im Onshore- und Offshorebereich synchronisieren. Dieses Jahr wird ein Vergütungsvolumen von 900 Millionen Euro allein auf Strom entfallen, der in Offshoreanlagen erzeugt wird, aber gar nicht an Land kommt, weil keine Leitungen vorhanden sind. Wir werden Hunderte von Millionen Euro bezahlen, weil Strom aus Onshorewindkraftanlagen in Norddeutschland nicht in die Verbrauchszentren im Süden transportiert werden kann, weil es nicht die entsprechenden Leitungen gibt. Das heißt, da haben wir in der Vergangenheit Fehler gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

In der Debatte sprachen zudem Julia Verlinden (Grüne), Andreas Lenz (CDU/CSU), Dirk Becker (SPD), Thomas Bareiß und Alois Gerig (beide CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

Debatte zum Thema Soziales Europa / 33. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 08. Mai 2014

Sabine Zimmermann, DIE LINKE:

125 Millionen Europäer leben in Armut und sozialer Ausgrenzung



Sabine Zimmermann (*1960)
Landesliste Sachsen

Die Bundesregierung wird nicht müde, das Erfolgsmodell Europa zu preisen. So sagte kürzlich Staatsminister Roth: "Europa gilt nach wie vor als einzigartiges Erfolgsmodell." Frau Merkel meint sogar, das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell gründe auf der individuellen Würde des einzelnen Menschen. Da frage ich mich doch wirklich: Was ist das für ein Sozialmodell, das zulässt, dass 125 Millionen Men-

schon in Armut und sozialer Ausgrenzung leben?

Wie sieht es denn aus mit der individuellen Würde dieser Menschen? Wollen Sie ernsthaft zum Modell erheben, dass die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern dramatisch zugenommen hat, dass sich die Langzeitarbeitslosigkeit oft verdoppelt oder verdreifacht hat, dass in Spanien, Griechenland oder Italien die Hälfte der jungen Menschen keinen Job hat? Nein, das ist nicht das Europa, das unsere Bevölkerung in Deutschland will.

Junge Menschen in Europa geben jedenfalls eine ganz klare Antwort. Ausgerechnet in einer Umfrage des Europäischen Parlaments haben sechs von zehn jungen Menschen auf die Frage: "Haben Sie das Gefühl, in Ihrem Land durch die Wirtschaftskrise an den Rand gedrängt und vom wirtschaftlichen und sozialen Leben ausgeschlossen zu sein?", mit Ja geantwortet. Das muss Ihnen doch zu denken geben. Aber Beispiele gibt es auch bei uns. In den 90er-Jahren waren unsere Truckfahrer im internationalen Fernverkehr mit mehr als 5 000 DM Spitzenverdie-

ner. Heute müssen mehr als 80 000 Truckfahrer ihren kärglichen Lohn mit Hartz IV aufbessern. Das ist nicht die Politik, die die Menschen wollen. Hier muss sich ganz deutlich etwas ändern.

Es geht nicht nur um eine gewaltige Absenkung der Verdienste. Es geht auch um eine dramatische Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Europa. Diese müssen verbessert werden. Am vergangenen Samstag sind die deutschen Truckfahrer auf die Straße gegangen, um für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und gegen Lohndumping zu demonstrieren.

Sie haben ein beeindruckendes Zeichen für Europa gesetzt; denn sie haben Solidarität mit den Kollegen gezeigt, die unter noch schlechteren Arbeitsbedingungen, zu noch mieseren Löhnen und windigen Vertragsbedingungen arbeiten müssen. 400 Euro im Monat, Lkw, bei denen auf nahezu jedes Extra, das Komfort oder Sicherheit erhöhen könnte, verzichtet wird, monatelange Abwesenheit von den Familien, Verträge ohne soziale Absicherung, das sind die Bedingungen, unter denen tsche-

chische Fahrer leben müssen. Das kann es doch nicht sein.

Dennoch sagen diese Menschen Ja zu Europa und europäischer Solidarität. Aber sie sagen Nein zu einem Europa des Lohndumpings und des Sozialabbaus.

Europa wird nur eine Chance haben, wenn es eine breite Zustimmung in der Bevölkerung gibt. Diese gibt es nur, wenn viele Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass Europa ihre Lebensqualität verbessert. Freiheit, offene Grenzen und Frieden stellen einen gewaltigen Fortschritt dar. Aber die Menschen erwarten auch ein Leben in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit. Das ist das Europa, das die Menschen in Deutschland und in Europa wollen.

Europa darf nicht nur wenigen nutzen, deren Reichtum immer weiter wächst. In Europa gab es im letzten Jahr 766 Dollarmilliardäre. Deren Vermögen ist in Euro umgerechnet auf etwa 1,5 Billionen angewachsen. Das entzieht sich jedweder Vorstellungskraft. Das ist mehr als das Doppelte von dem, was die europäischen Steuerzahler für die Bankenrettung als Bürgschaft hinterlegt haben. Das, meine Damen und Herren, ist Ihre Politik, die Politik der Bundesregierung.

Für eine Krise, die sie nicht zu verantworten hat, wird die Bevölkerung

in Geiselnahme genommen. Löhne werden gesenkt, Arbeitnehmerrechte und der Sozialstaat abgebaut. Statt in Wachstum und in Beschäftigung zu investieren, wird gekürzt. Die Wirtschaft schrumpft, und die Schulden steigen. So gibt es zwei Europas, die derzeit zueinander im Gegensatz stehen. Das eine ist das Europa der Wirtschaft, der Vermögenden und der Lobbyisten, das andere ist ein soziales Europa, ein Europa, welches die Menschen wollen.

Europa darf nicht nur wenigen nutzen, deren Reichtum immer weiter wächst.

Die Linke will diese europäische Kürzungspolitik beenden. Wir fordern stattdessen ein EU-weit koordiniertes Investitionsprogramm, mit dem Arbeitsplätze geschaffen, die Wirtschaft ökologisch umgebaut und Bildung, Gesundheitsversorgung und öffentliche Infrastruktur ausgebaut werden.

Dumpingkonkurrenz bei den Löhnen darf es nicht geben. Wir brauchen eine europaweite Milliardärsabgabe, um gerade die Krisenverursacher und -gewinner in die Verantwortung zu nehmen. Meine Damen und Herren, auch Sie kommen nicht an der Wahrheit vorbei: Wer ein soziales Europa will, muss es den Reichen nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Mark Helfrich, CDU/CSU:

In der EU sind 50 Prozent aller Sozialleistungen der Welt vereint



Marc Helfrich (*1978)
Wahlkreis Steinburg – Dithmarschen Süd

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn eines in aller Deutlichkeit sagen: Europa ist eine weltweit einzigartige Erfolgsgeschichte. Das lassen wir uns auch nicht durch einen

solchen Antrag wie den, der heute vorliegt, kaputt machen.

Unsere Europäische Union, die auf dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft beruht, ermöglicht es ihren Bürgern, ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen zu gestalten. Im EU-Vertrag ist festgeschrieben, dass ein hoher Beschäftigungsgrad, sozialer Zusammenhalt, ein angemessener Sozialschutz und die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung bei der Gestaltung und der Umsetzung der EU-Politik in allen Bereichen berücksichtigt werden müssen. Wir arbeiten für ein Europa, das den Menschen Chancen für ihr berufliches und soziales Wohlergehen eröffnet, und das schon seit 1951.

Wir befinden uns bereits jetzt auf einem sehr hohen Wohlstandsniveau. Obwohl nur 7 Prozent der Weltbevölkerung in der Europäischen Union leben, produzieren wir 25 Prozent des weltweiten Bruttoin-

landsprodukts. Ja, ich spreche zuerst über das BIP, weil alles, was Sie unter sozialen Errungenschaften subsumieren, zunächst erwirtschaftet werden muss. Ich werde nicht müde, auf diesen Zusammenhang, der eigentlich ganz simpel ist, von Ihnen aber immer wieder geleugnet wird, hinzuweisen.

Während Sie, meine Damen und Herren der Linken, behaupten, dass die sozialen Errungenschaften auf breiter Front zunichtegemacht werden, muss ich an dieser Stelle sagen, dass die Wirtschafts- und Währungsunion unser heutiges ausgesprochen hohes Sozialniveau erst ermöglicht hat und dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union heute 50 Prozent aller Sozialleistungen der Welt auf sich vereinen. Ich wiederhole das gerne: 7 Prozent der Weltbevölkerung erhalten 50 Prozent aller Sozialleistungen.

Weil Sie in Ihrem Antrag die EU mehr oder minder als Verschwörung

marktradikaler Kräfte porträtieren, würde ich gerne auf ein paar Punkte eingehen und darlegen, wie wir in diese schwierige Situation gekommen sind. Es ist eine völlig verantwortungslose Finanz- und Verschuldungspolitik gewesen, die diese Situation, die Sie hier zu Recht als bedrohlich und bedrückend beschreiben, herbeigeführt hat.

Wir haben im Laufe der Krise verschiedene Weiterentwicklungen der Instrumente erlebt, die dazu führen sollen, dass sich diese Dinge nicht wiederholen und damit auch in Zukunft von derartigen Entwicklungen kein Risiko mehr für soziale Errungenschaften in Europa drohen kann. Da sind wir auch beieinander.

Es ist letztlich dem Konzept der Wirtschafts- und Währungsunion zu verdanken, dass einige Krisenländer - Spanien, Irland, Portugal - aus dem Hilfsprogramm bereits herauskommen konnten und damit als Gesellschaft, als Staat das, was wir uns alle gemeinsam wünschen, auch in Zukunft leisten können.

Wir alle wissen, dass das Wohlstandsgefälle in der Europäischen Union eine ganz wesentliche Ursache für die Armutwanderung innerhalb der EU ist. Wir wollen nicht, dass Menschen ihr Land verlassen müssen, weil sie dort keine Perspek-

tive sehen. Auch deswegen sind wir der Meinung, dass durch die Mitgliedstaaten soziale Errungenschaften, ein Niveau der sozialen Sicherung vor Ort nachhaltig gewährleistet werden müssen. Ich sage an dieser Stelle aber auch ganz deutlich: Ich bin der festen Überzeugung, dass Sozialpolitik noch sehr lange Aufgabe der Mitgliedstaaten und nicht der EU bleiben wird.

Die EU setzt soziale Mindeststandards; das ist richtig so.

Sie hat mit dem Europäischen Sozialfonds seit langem ein Instrument, um auf soziale Lagen in Europa einwirken zu können. Der Europäische Sozialfonds ist bereits vor mehr als 50 Jahren geschaffen worden. Es geht darum, Unterschiede bei Wohlstand und Lebensstandard zwischen den Mitgliedstaaten und den einzelnen Regionen zu verringern. Es geht um die Verbesserung der Beschäftigungs- und Bildungschancen.

Es werden unter anderem Maßnahmen in den Bereichen Fort- und Weiterbildung, Unterstützung von Beschäftigten und Unternehmen bei Umstrukturierungsmaßnahmen, Bekämpfung des vorzeitigen Schulab-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7: Mark Helfrich (CDU/CSU)

bruchs und praktische Hilfen für arbeitslose Jugendliche sowie Integration benachteiligter Menschen in den Arbeitsmarkt gefördert.

Zwischen 2007 und 2013 sind insgesamt 76 Milliarden Euro aufgewendet worden. Diese Geschichte wird fortgeführt. In der nächsten Periode, 2014 bis 2020, fließen 80 Milliarden Euro aus dem ESF und weitere 3,2 Milliarden Euro für Jugendinitiativen. Auch da sieht man, dass es einen Ausbau und nicht einen Abbau gibt.

Diese Mittel kommen insbesondere den Regionen überproportional zugute - das ist auch richtig so -, die unter dem EU-Durchschnitt liegen, was ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung betrifft.

Ein weiterer Meilenstein bei der Überwindung der Staatsschuldenkrise ist die Wachstumsstrategie "Europa 2020". Sie hat - wie sollte es anders sein? - soziale Kernziele in den Bereichen Beschäftigung und Bildung, soziale Inklusion und Bekämpfung von Armut. 20 Millionen Menschen sollen bis 2020 aus der

Armut herausgeführt werden, und es soll eine Beschäftigungsquote von 75 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter erreicht werden. Um diese beiden Hauptziele zu unterfüttern, gibt es eine Reihe von Initiativen; Sie alle wissen das.

"Jugend in Bewegung" ist ein entsprechendes Instrument; die "Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten" ist ein weiteres.

Bei all dem ist uns bewusst, dass die Chancen auf Arbeit in Europa noch ungleich verteilt sind. Deutschland hat eine sehr niedrige Jugendarbeitslosigkeit, ganz anders als viele andere Länder in der Europäischen Union. Dort stehen junge Menschen vor gigantischen Herausforderungen; das ist völlig klar. Weil das so ist, ist auch auf Drängen der Bundesrepublik vereinbart worden, dass man 6 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Ju-

gendarbeitslosigkeit in der EU zur Verfügung stellt. Ich finde das sehr beeindruckend. Auch ich weiß, dass es in der Umsetzung in den Mitgliedstaaten durchaus noch Anlaufschwierigkeiten und Defizite gibt. Aber das Ziel und auch die Bereitschaft, das Ganze zu unterfüttern, sind ganz klar gegeben.

Das soll nicht heißen, dass wir nicht weiterhin auf die bewährten Maßnahmen aus dem Europäischen Sozialfonds zurückgreifen können, um benachteiligten Jugendlichen entsprechend Hilfe gewähren zu können.

Sie kennen EURIS, ein Kooperationsnetzwerk der öffentlichen Arbeitsvermittlungen aller EU-Staaten. Bereits in den Anfängen dieser Kooperation sind 50 000 Stellen pro Jahr für junge Europäerinnen und Europäer vermittelt worden. Ich glaube, auch das ist ein Zeichen,

dass sich Europa dieser Aufgabe stellt.

Dann möchte ich das Thema "Jugend in Beschäftigung bringen" ansprechen, auch unter dem Stichwort "Jugendgarantie" bekannt. Mitgliedstaaten werden verpflichtet, Schulabgängern unter 25 Jahren nach Verlassen der Schule innerhalb von vier Monaten einen Ausbildungsplatz zuzuweisen bzw. eine weitere Bildungsmaßnahme zu gewähren oder eine Praktikumsstelle zu vermitteln, damit in Europa nicht eine verlorene Generation groß wird, was wir nicht wollen. Insofern ist auch dieser Baustein richtig.

In diesem Zusammenhang können wir als Deutsche froh sein, dass wir das duale Ausbildungssystem haben. Das ist behutsam angepasst sicherlich auch ein Erfolgsmodell für die Europäische Union. Nur so können dann auch die Probleme in den jeweiligen Mitgliedstaaten angegangen werden.

Nichtsdestotrotz stellen wir uns mit dem Programm MobiPro-EU

der Verpflichtung, hier in Deutschland Plätze für Auszubildende und junge Berufstätige zur Verfügung zu stellen. Die in Aussicht stehende Mittelverdreifachung - das sage ich zu den Kolleginnen und Kollegen der Grünen - ist, anders als das in dem Antrag dargestellt wird, durchaus vorbildlich. Ich glaube, dass die Bundesregierung dort die Zeichen der Zeit erkannt hat.

Sehr geehrte Damen und Herren der Linken, Sie sehen also: Es gibt bereits zahlreiche realisierte, realisierbare und erfolgversprechende Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung von Jugendlichen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Europa.

Dies ist Ausdruck eines sozial gestalteten und wirtschaftlich starken Europas, dessen Entstehen für seine sozialen Errungenschaften Sie auch vor dem Hintergrund der herannahenden Europawahl bitte nicht in Abrede stellen sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deutschland hat eine sehr niedrige Jugendarbeitslosigkeit, ganz anders als viele andere EU-Länder.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Zustimmung zur EU sinkt europaweit



Wolfgang Strengmann-Kuhn (*1964)
Landesliste Hessen

zialen Marktwirtschaft. Sie haben das völlig vernachlässigt. Das muss aber im Sinne der Vision eines sozialen Europas unbedingt mitgedacht werden.

Solch eine Vision - auch konkrete Schritte dahin - sind unbedingt notwendig; denn wir brauchen ein starkes Europa. Das sieht man jetzt bei der Ukraine-Krise, bei der es wichtig ist, dass Europa mit einer Stimme redet. Man sieht das bei vielen globalen Problemen, die wir haben: beim Klimawandel, bei der Frage der globalen Gerechtigkeit und bei der Frage der Demokratie in der Welt. Wer, wenn nicht Europa, soll denn da in der Welt Vorbild sein? Das geht nur, wenn wir ein zusammenwachsendes und ein solidarisches Europa haben, damit es da mit einer Stimme sprechen und gemeinsam Vorbild sein kann.

Die Realität ist aber eine ganz andere. Wir erleben, dass die Zustimmung zur EU europaweit sinkt. In den Krisenländern sinkt sie aufgrund der beschriebenen Situation. Da stimme ich der Kollegin Zimmermann, was die Beschreibung der Situation angeht, zu. Es gibt massiv hohe Arbeitslosigkeit insbesondere bei der Jugend. In Griechenland gibt es steigende Säuglingssterblichkeit und teilweise verheerende gesundheitliche Situationen. Das ist eine Folge der Krisenpolitik, wie sie insbesondere die CDU-geführte Re-

gierung in den letzten Jahren immer wieder eingefordert hat. Das bringt uns überhaupt nicht weiter.

Wir haben dem zugestimmt, weil wir gesagt haben: Wir müssen den Ländern helfen. Auch das gehört zu einem solidarischen Europa. Denn die Alternative, nicht zu helfen, wäre sogar noch schlechter gewesen als die jetzige Situation. Das hätte sie völlig in den Ruin getrieben.

Mit den Hilfspaketen wurde Zeit gekauft. Diese Zeit ist nicht genutzt worden. Wir hätten sie dringend notwendig gehabt, um eine Krisenpolitik zu fahren, die mehr soziale Gerechtigkeit schafft und auch die Reichen mit in die Pflicht nimmt. So wäre ein Schuh daraus geworden. Dagegenzustimmen, so wie Sie das gemacht haben, wäre der völlig falsche Weg gewesen. Zur Solidarität in Europa gehört dazu, dass man mit den Krisenländern solidarisch ist.

Aber auch in den reicheren Ländern nimmt die Zustimmung zur EU ab, weil es hier die Vorstellung gibt - die auch von Linken und anderen geschürt wird -, dass viel Geld für Bankenrettung verschwendet würde und bei uns nicht mehr genügend Geld für Sozialleistungen zur Bekämpfung von Armut zur Verfügung stünde.

Wenn man sich die Situation in Deutschland anschaut, erkennt man, dass die Armut auf einem hohen Niveau verharrt. Die Altersar-

mut steigt, die Armut von Erwerbstätigen steigt, und die Armut von Kindern ist nach wie vor auf einem skandalös hohen Niveau. Das müssen wir ändern.

Wir brauchen in ganz Europa, dass die „starken Schultern“ in allen Ländern mit den Schwachen in allen Ländern solidarisch sind. Das ist eine Vision von Europa, wie wir sie eigentlich haben müssten.

Die EU ist dabei gar nicht so schlecht, wie sie von der Linken immer gemacht wird. Sozialpolitische Ziele gibt es spätestens seit dem Gipfel von Lissabon 2000. Seitdem gibt es jährlich eine einheitliche Armutsberichterstattung auf der Basis gemeinsamer Indikatoren. Die Mitgliedstaaten müssen darlegen, was sie zur Bekämpfung der Armut unternehmen. Das ist durch den Lissabon-Vertrag noch einmal gestärkt worden, in dem die sozialpolitischen Ziele ausdrücklich benannt sind. Herr Kollege Helfrich hat auf die Strategie „Europa 2020“ hingewiesen, aber ein wesentliches Ziel komplett vergessen, nämlich das Ziel der Armutsreduktion, das zum ersten Mal ein quantitatives Ziel ist. Danach soll die Zahl der Armen in Europa um 10 Prozent reduziert werden.

Was hat die schwarz-gelbe Bundesregierung seinerzeit gemacht? Sie hat gesagt: Die Kriterien der EU gefallen uns nicht. Wir suchen uns ein neues Kriterium aus, an dem wir das festmachen. Wo kommen wir denn hin, wenn sich jedes Land seine eigenen Kriterien aussucht und sagt: „Wir halten uns nicht da-

ran“? Es ist wichtig, dass wir an dieser Stelle europäische Kriterien haben. Ich fordere die Regierung auf: Halten Sie sich an die in der EU vereinbarten Indikatoren, und sichern Sie zu, dass Deutschland seinen Beitrag zur Reduzierung von Armut leisten wird!

Was ist nötig, und welche Möglichkeiten hat die Union? Es ist richtig, es gibt auf europäischer Ebene keine sozialpolitischen Kompetenzen im engeren Sinne, aber es gibt die Möglichkeit, Zielsetzungen zu vereinbaren. Es gibt die Offene Methode der Koordinierung. Es gibt die Möglichkeit, soziale und andere Mindeststandards zu setzen. Es wäre wichtig, solche Mindeststandards zu formulieren, auch was die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angeht. Man könnte auf europäischer Ebene vereinbaren,

dass in allen Ländern Grundsicherungssysteme eingeführt werden, die es in einigen Ländern nicht gibt, zum Beispiel in Griechenland. Die haben nicht einmal so etwas wie Hartz IV. Man könnte vereinbaren, dass alle Menschen Zugang zur sozialen Sicherung haben, dass es Netze der sozialen Sicherung ohne Lücken gibt. Das sind Zielvereinbarungen, die durchaus möglich wären.

Im Rahmen der Krisenpolitik wäre der Effekt noch stärker. Man hätte den Griechen sagen können: Wir helfen nur unter der Bedingung, dass ein Grundsicherungssystem eingeführt wird, wir helfen nur unter der Bedingung, dass arbeitsrechtliche Standards einge-

Zur Solidarität in Europa gehört dazu, dass man mit den Krisenländern solidarisch ist.

führt und sogar verbessert werden. Wir hätten helfen können unter der Bedingung, dass die gesundheitlichen Mindeststandards eingehalten werden. Wir hätten nicht zuletzt auch zur Bedingung machen müssen, dass sich die Reichen an der Finanzierung der Krise und

der Hilfen durch eine höhere Besteuerung beteiligen. Das alles hätte man machen können.

Wir als Grüne wollen aber noch weiter gehen. Wir wollen, dass im Rahmen der Diskussion über mehr wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenzen der EU auch über

sozialpolitische Kompetenzen der EU geredet wird.

Es ist notwendig, dass man Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik auf europäischer Ebene stärker koordiniert. Deswegen wollen wir einen Europäischen Konvent, bei dem - auch das ist wichtig - öffent-

lich diskutiert wird, was dort passiert; denn wir wollen ein demokratisches Europa, in dem die Menschen mitbestimmen können, welche Kompetenzen in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen und Soziales auf EU-Ebene angesiedelt werden sollen.

Wir Grüne wollen ein ökologischeres, demokratischeres und sozialeres Europa. Ich finde, es lohnt sich für uns alle, gemeinsam dafür zu kämpfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dagmar Schmidt, SPD:

Es braucht Investitionen in Bildung und Infrastruktur



Dagmar Schmidt (*1973)
Landesliste Hessen

Zu Beginn möchte ich einen doppelten Dank an die Partei Die Linke aussprechen. Erstens möchte ich mich dafür bedanken und ich bin froh, dass ich ein paar Dinge, die Ihre Partei in den letzten Wochen und Monaten an europafeindlichen Äußerungen verlautbart hat, in Ihrem Antrag nicht lesen musste, und dass sich offensichtlich diejenigen durchgesetzt haben, die die EU für ein demokratisches Reformprojekt halten und daran mitwirken und Verantwortung übernehmen wollen. Das ist gut so.

Zweitens möchte ich mich dafür bedanken, dass Sie uns mit Ihrem Antrag die Chance geben, über das soziale und demokratische Europa zu reden, ein soziales und demokratisches Europa, das seit fast 100 Jahren Vision und programmatisches Ziel der SPD ist. Ich möchte zwei für uns wichtige Wegmarken benennen.

Die SPD hat bereits 1925 in ihrem Heidelberger Programm zwischen zwei Weltkriegen und in großer Weitsicht die Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit und der Vereinigten Staaten von Europa gefordert - im Wissen um die Grenzen des Nationalstaates und des nationalstaatlichen Handelns und im Wissen um die gemeinsamen Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter diesseits und jenseits deutscher Grenzen.

Kanzler Willy Brandt hat in seiner Regierungserklärung 1969 mit den Worten „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden im Inneren und nach außen“ nicht nur einen Maßstab für deutsche Politik

gesetzt, sondern auch und gerade beim Fortschreiten der europäischen Integration einen Maßstab für europäische Politik: Wir Europäerinnen und Europäer wollen gute Nachbarn werden - im Inneren und nach außen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Europa ist nicht nur ein Friedensprojekt - es war schon immer auch ein Projekt, gemeinsam und solidarisch den Wohlstand zu sichern. Sozialer Fortschritt - das hat die SPD in ihrer 150-jährigen Geschichte leidvoll erfahren müssen - kommt nicht von heute auf morgen und erst recht nicht von allein. Die soziale Integration Europas ist ein Prozess, ist ein Weg, auf dem schon viel erreicht wurde, aber vor allem noch vieles zu erledigen ist.

Nichts zeigt das deutlicher als die Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und die mit ihnen einhergehende zunehmende Abwendung von Europa. Das soziale Europa, das Europa der sozialen Marktwirtschaft gelingt nur, wenn wir gemeinsam die Ursachen der Krise bekämpfen. Die Armut steigt, während auf den Finanzmärkten wieder die Champagnerkorken knallen und sogenannte Ramschanleihen im Euro-Raum schon wieder ein Volumen von 90 Milliarden Euro erreichen und damit einen neuen Rekord erzielen. Aber für Bankentrennung, für Finanztransaktionssteuer, für Bankenunion und Finanzmärkte, die der Realwirtschaft dienen, für einen gemeinsamen Rahmen für gerechte Steuern, für die Beendigung von Steuerdumping und dafür, das Land der Gewinne auch zu einem Land der Steuereinnahmen zu machen, dafür kann man am 25. Mai sein Kreuz machen.

Das soziale Europa gelingt nur, wenn wir gemeinsam Arbeitslosigkeit bekämpfen und in Arbeit in Europa investieren. Jeder zehnte Europäer ist arbeitslos, jeder vierte Jugendliche und in Ländern wie Griechenland, Spanien und Kroatien mehr als jeder zweite. Ein sozial gespaltenes Europa wollen wir nicht. Deswegen gilt es, einiges in Ordnung zu bringen. Das betrifft existenzsichernde Mindestlöhne in allen europäischen Ländern, gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen am gleichen

Ort, starke Arbeitnehmerrechte, starke europäische Gewerkschaften und fairen Wettbewerb statt Sozialdumping, gute Ausbildung und Perspektiven für junge Menschen. Alles das kann man umsetzen, wenn der politische Wille und die politische Mehrheit dafür da sind.

Das soziale Europa gelingt nur mit einer starken europäischen Wirtschaft, die gute und sichere Arbeitsplätze schafft. Dafür braucht es In-

Dr. Martin Pätzold, CDU/CSU:

Die soziale Marktwirtschaft ist ein Vorbild in Europa



Martin Pätzold (*1984)
Landesliste Berlin

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich für ein soziales Europa ein, ein Europa, in dem junge Menschen Perspektiven haben, sich frei zu entfalten, und in dem älteren Menschen nach ihrem Berufsleben soziale Mindeststandards garantiert werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist dabei mit ihren Errungenschaften durch die soziale Marktwirtschaft ein Vorbild in der Europäischen Union. Unsere sozialen Standards sollten das Richtmaß für die Entwicklung eines sozialen Europas sein, auch wenn uns klar sein sollte, dass noch viele Jahre und Jahrzehnte vergehen werden, bis dies in allen Staaten der Euro-

investitionen in Forschung, Bildung, Infrastruktur und einen starken Mittelstand. Allein in meinem Wahlkreis, dem Lahn-Dill-Kreis in Mittelhessen, machen die Exporte nach Europa 1 Milliarde Euro Industrieumsatz aus. Das sind 5 000 Arbeitsplätze, die direkt an der Kaufkraft in den EU-Staaten, der Wirtschaftskraft in unseren Nachbarländern und den Vorteilen des Binnenmarktes hängen. Da fällt die Überzeugungsarbeit für Europa leichter.

Aber wir müssen die sozialen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass alle Menschen in Europa eine

Die Armut steigt, während an den Finanzmärkten wieder die Champagnerkorken knallen.

Perspektive auf Wohlstand haben und die Chancen einer europäischen Integration auch für sich erkennen. Wer die Menschen auf dem Weg

nach Europa mitnehmen möchte, der muss das soziale Europa bauen. Denn das Friedensprojekt und der starke Binnenmarkt brauchen das soziale Fundament und das solidarische Handeln, um zukunftsfähig zu sein. In diesem Sinne wollen wir gute Nachbarn sein - im Inneren und nach außen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

päischen Union erreicht werden kann.

Wir sollten so ehrlich sein und uns eingestehen, dass dieser Prozess Zeit braucht. Bei der europäischen Idee geht es nicht nur um Freiheit und Frieden, sondern auch um wirtschaftlichen Wohlstand in der Breite. Für mich persönlich ist die Idee der Europäischen Union der Hauptgrund gewesen, warum ich mit 18 Jahren in die CDU eingetreten bin.

Ich selber vereine europäische Wurzeln in meiner Person. Ich bin im Ausland geboren und dort einige Jahre aufgewachsen. Mein Vater war Auslandsjournalist, und meine Mutter ist nicht in Deutschland geboren. Für mich ist damit das Projekt Europa nicht abstrakt, sondern sehr konkret. Deswegen kämpfe ich so sehr für die Europäische Union und für ein soziales Europa.

Heute leben über 500 Millionen Menschen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf einer Fläche von rund 4,3 Millionen Quadratkilometern. Sie alle wünschen sich für ihre eigene Zukunft und die Zukunft der nachfolgenden Generationen ein Leben in Frieden und sozialer Sicherheit.

Auf der einen Seite ist die Europäische Union in den Jahrzehnten seit ihrer Gründung immer stärker zusammengewachsen, auf der anderen Seite gab es Herausforderungen für

das Zusammenwachsen. Die unterschiedlichen Kulturen und Traditionen der europäischen Nationen repräsentieren den großen Reichtum der Europäischen Union. Doch sie stellen auch eine permanente Herausforderung dar, gemeinsame Regeln und Standards im Zusammenleben der Völker zu finden. Die Unterschiede in den Traditionen, den politischen Systemen, aber auch die ökonomischen Möglichkeiten und Gegebenheiten werden neben der Wirtschafts- und Finanzpolitik gerade in der Sozialpolitik deutlich.

Soziale Sicherung war und ist in den einzelnen Ländern von der wirtschaftlichen Situation abhängig. Daher ist es ein Ziel der Europäischen Union, die unterschiedlichen Systeme aufeinander abzustimmen und zu modernisieren. Die Sozialpolitik gewinnt in einem Europa, das das Zusammenwachsen als wichtige Errungenschaft betrachtet, immer mehr an Bedeutung. Sie prägt und bestimmt alle anderen Politikfelder und trägt so auch entscheidend zum Gelingen unserer Zukunft bei. Gerade durch die Erweiterung der Europäischen Union von 2004 und 2007 und den Beitritt Kroatiens 2013 hat das Zusammenwachsen Europas neue Akzente bekommen. Europa ist

Fortsetzung von Seite 9: Dr. Martin Pätzold (CDU/CSU)

ein politisches Gebilde, das einstige Gegensätze miteinander versöhnt, alte Fronten verschwinden lässt und ein neues Gefüge schafft. Die Länder Europas profitieren voneinander und sind stark voneinander abhängig.

Das soziale Europa musste viele Brüche und Umbrüche erleben, um sich auf Frieden und Freiheit zu besinnen. Ich bin davon überzeugt, dass es dabei nicht nur um Freiheit gehen darf, sondern dass wir uns als Bundesrepublik Deutschland dafür einsetzen müssen, dass materieller Wohlstand in der Breite möglich wird. Europa kennt heute noch kein einheitliches Sozialmodell. Die Lisbon-Agenda sieht vor, dass die Sozialpolitik weiterentwickelt wird.

Der Europäischen Sozialfonds wurde gegründet - das hat mein Kollege Helfrich schon angesprochen -, um Fördergelder für Umschulungen,

Fortbildungen und zur Förderung von beruflicher Mobilität gemeinsam zu erreichen. Man wollte erreichen, dass alle Menschen, die arbeiten konnten und wollten, Arbeit finden und damit zu einem wirtschaftlichen Ausgleich unter den Regionen in Europa beitragen. Bis heute werden Vorhaben gefördert, die den Zugang zu Ausbildungen verbessern, neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, Existenzgründer unterstützen, öffentliche Dienste verbessern und benachteiligten Menschen beim beruflichen Einstieg oder Wiedereinstieg helfen. In festen Zeiträumen werden die Richtlinien des Europäischen Sozialfonds an die aktuellen Notwendigkeiten angepasst.

Die Länder Europas profitieren voneinander und sind voneinander abhängig.

Die Chancen und Möglichkeiten für Jugendliche sind im wahrsten Sinne des Wortes grenzenlos. Verschiedene EU-Programme zum lebenslangen Lernen und zum Bereich Jugend in Aktion machen es möglich, dass Berufspraktika oder das Studieren im EU-Ausland jedem offenstehen. Die EU-Jugendstrategie sieht vor, dass wir dies nachhaltig gestalten und damit auf Dauer Erfolg erzielen können. Sie zielt dabei auf die Förderung der sozialen und beruflichen Eingliederung Jugendlicher, die Förderung der persönlichen Entfaltung, des sozialen Zusammenhalts und des gesellschaftlichen Engagements ab.

Trotz dieses Engagements ist die Arbeitslosigkeit in den 28 Mitgliedstaaten dramatisch hoch. Wir müssen der Linken recht geben. An diesem Thema arbeiten wir. Die Wirtschafts- und Finanzkrise war ein Grund für die deutliche Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt. Aber auch hier haben wir politisch reagiert: Im Februar 2013 wurde die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren im Europäischen Rat angenommen. Hierbei sollen mit 6 Milliarden Euro Regionen gestärkt werden, in denen die Jugendarbeitslosigkeit mit mehr als 25 Prozent am größten ist. Dabei geht es auch darum, langfristige Beschäftigung zu schaffen und keine verlorene Generation in Europa zu haben. Die Bundesregierung will Ansätze des erfolgreichen Konzepts der dualen Ausbildung exportieren und den

Ländern damit helfen, ihre Strukturdefizite auszugleichen und damit nachhaltige Strukturen vor Ort zu schaffen.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union stehen vor großen Herausforderungen. Uns geht es darum, ein soziales Europa zu schaffen. Am 25. Mai haben die Bürgerinnen und Bürger in Europa die Möglichkeit, für dieses soziale Europa zu stimmen. Ich glaube, in der Bundesrepublik Deutschland geht es vor allen Dingen darum, dass die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit nutzen, demokratische Parteien zu stärken. Das ist wichtig, damit wir das soziale Europa weiterentwickeln können. Meine Fraktion wird sich im Deutschen Bundestag weiterhin dafür einsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Harald Weinberg, DIE LINKE:

Die Ergebnisse sind eindeutig und verheerend



Harald Weinberg (*1957)
Landesliste Bayern

In der EU-Grundrechtecharta, Artikel 35 - Gesundheitsschutz -, heißt es:

Jede Person hat das Recht auf Zugang zur Gesundheitsvorsorge und auf ärztliche Versorgung nach Maßgabe der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten. Bei der Festlegung und Durchführung aller Politiken und Maßnahmen der Union wird ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt.

Das ist in Europa nicht gegeben - im Gegenteil.

Nehmen wir das Beispiel Griechenland. Die Kürzungspolitik der Troika hat zu einem faktischen Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung in Griechenland geführt. In der Troikavereinbarung wird unter anderem vorgeschrieben, dass der griechische Krankenversicherungsträger die Zahl der Ärzte zweimal um zehn Prozent reduzieren muss. Wegen dieser Vorgabe wurden im Februar 2014 alle 350 öffentlichen Poli-

kliniken vorläufig geschlossen. Ohne jedwede gesundheitswissenschaftliche Expertise wurde festgelegt, dass die öffentlichen Gesundheitsausgaben auf sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes gesenkt werden müssen; mittlerweile sind die Ausgaben weiter gesunken, weil das Bruttoinlandsprodukt weiter sinkt.

Der damalige griechische Gesundheitsminister sagte 2011, dass die Kürzungen im Gesundheitssystem nicht mit dem Skalpell, sondern mit dem Schlachtermesser vorgenommen würden, übrigens unter aktiver Beteiligung der deutschen Bundesregierung und des deutschen Bundesgesundheitsministeriums. Es gibt mittlerweile eine Fülle an wissenschaftlichen Untersuchungen zu den Auswirkungen der Kürzungsdiktate auf den Gesundheitszustand der griechischen Bevölkerung. Die Ergebnisse sind eindeutig und verheerend. Ein Buch von zwei Public-Health-Wissenschaftlern, das gerade auf Deutsch erschienen ist, trägt dann auch bezeichnenderweise den Titel Sparprogramme töten, und das ist bitterernst gemeint.

Einige Beispiele: Die Zahl der HIV-Neuinfektionen unter Drogenabhängigen ist von neun im Jahre 2008 auf 484 im Jahre 2012 gestiegen, weil keine sauberen Spritzen mehr kostenlos ausgegeben werden. Die Zahl der Neuinfektionen mit Tuberkulose hat sich nach 2012 binnen eines Jahres verdoppelt. Die Säuglingssterblichkeit ist zwischen 2008 und 2010 um 43 Prozent angestiegen. Circa 30 Prozent der griechischen Bevölkerung sind nicht

mehr krankenversichert, haben keinen Zugang zu einer Gesundheitsversorgung. Zur Notfallversorgung aller Menschen, auch der Nichtversicherten, sagte der aktuelle griechische Gesundheitsminister im Februar 2014, dass alle Patienten in dringlichen Fällen eine Behandlung erhalten würden, aber eine Krebser-

krankung stuft er nur im Endstadium als dringlich ein.

Was wir also in Griechenland dringend brauchen, ist die Wiederherstellung einer medizinischen Grundversorgung. Stattdessen wird jedoch unter Federführung des BMG eine Reformagenda aufgelegt, die diese Grundversorgung nicht wirklich in den Blick nimmt, sondern Versatzstücke der deutschen Gesundheitsreform auf Griechenland überstülpt, beispielweise die Einführung

des DRG-Vergütungssystems im Krankenhausbereich. Das ist für mich nichts anderes als der Versuch,

in Griechenland infrastrukturell ein Gewerbegebiet zu erschließen. Die deutschen Krankenhauskonzerne, Asklepios vorweg, sind bereits auf Einkaufstour und versuchen, griechische Kliniken aufzukaufen. Das kann und soll nicht sein. Wenn wir ein soziales Europa wollen, dann müssen wir es den Reichen und der Troika nehmen. (Beifall bei der LINKEN)

Die Säuglingssterblichkeit ist zwischen 2008 und 2010 um 43 Prozent angestiegen.

Michael Gerdes, SPD:

Wir brauchen mehr Beschäftigung, speziell in Süd- und Osteuropa



Michael Gerdes (*1960)
Wahlkreis Bottrop – Recklinghausen III

Die heutige Debatte liefert den Anstoß, über das Thema „soziales Europa“ zu reden. Tatsächlich mussten wir in den letzten Jahren bei europapolitischen Diskussionen sehr häufig,

vielleicht zu häufig, über Finanzmärkte, Banken oder Ratingagenturen streiten. Wirtschafts- und Währungspolitik allein bringt uns aber nicht das Europa, das wir uns wünschen.

Wir Sozialdemokraten wollen ein Europa, in dem soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt die Basis für wirtschaftlichen Erfolg sind. Um die soziale Spaltung Europas zu verhindern, brauchen wir insgesamt mehr Beschäftigung, speziell in Süd- und Osteuropa.

Gerade die junge Generation braucht unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Junge Menschen brauchen eine Chance, damit sie nicht das Vertrauen in sich selbst und in das europäische Projekt verlieren. MobiPro-EU ist da nur ein Projekt; ein gutes im Übrigen.

Arbeit und das damit verbundene Einkommen bedeuten - hier wie überall - Teilhabe. Wir müssen allen Jugendlichen eine Perspektive bieten, damit sie eine selbstbestimmte Zukunft in Europa erleben. Sie brauchen eine Chance auf Ausbildung. Deshalb stehen wir als SPD zur europäischen Jugendgarantie, die jedem arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren binnen vier Monaten ein Angebot für einen Job, eine Ausbildung oder ein Praktikum macht. Bei ihrer Umsetzung brauchen wir dringend mehr Entschlossenheit. Gut ausgebildete junge Menschen haben in ganz Europa gute Perspektiven.

Mehr Arbeitsplätze können dann entstehen, wenn wir arbeitsmarkt-relevante Ideen und Maßnahmen europaweit besser koordinieren. Die Europäische Beschäftigungsstrategie ist ein Anfang. Die euro-

päischen Arbeitsmarktzahlen zeigen allerdings, dass wir besser werden müssen. Dazu sind Investitionen in Bildung und in die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern notwendig.

Gezielte Weiterbildung ist nur ein erstes Stichwort, wenn es darum geht, die Menschen auf die moderne Arbeitswelt vorzubereiten.

Gute Beschäftigung beginnt viel früher, nämlich mit guter Schulbildung, besseren Übergängen zwischen Schule und Beruf, und sie geht weiter mit einer soliden Berufsausbildung, die Theorie und Praxis miteinander verbindet.

Die Vergleichbarkeit und gegenseitige Anerkennung der Berufsbilder in der EU sind auch noch nicht komplett vollzogen. Viele Zuwanderer sind gut ausgebildet, können aber in ihrem eigentlichen Beruf nicht arbeiten, weil ihre Ausbildung

in Europa nicht anerkannt wird. Das schadet uns allen. Wenn wir dem Facharbeiter- und Fachkräftemangel vorbeugen wollen, müssen wir bei der Anerkennung schneller sein. Es ist nicht richtig, wenn in Deutschland Fachkräfte unterhalb ihrer Qualifikation als billige Hilfskräfte verheizt werden, während wir gleichzeitig über Fachkräftemangel diskutieren.

Auch Innovationen und eine funktionierende Infrastruktur fallen nicht vom Himmel. Beides muss ausreichend finanziert werden, um mehr Jobs zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Grundsatz „Gute Arbeit“ soll nicht nur hier in Deutschland gel-

ten, sondern in ganz Europa. Dabei geht es mir um grundlegende Erregenschaften wie den Kündigungsschutz, die Tarifautonomie oder die Maxime „Gleiche Löhne für gleiche Arbeit“. Selbstverständlich sollte gute Arbeit überall in Europa existenzsichernd sein.

Gute Arbeit heißt aber auch: möglichst gleiche Standards in der Arbeitswelt. Das betrifft den Arbeitsschutz, die Unfallversicherung und die Sozialversicherungssysteme gleichermaßen. Eine Vereinheitlichung der Standards darf aber nicht die Absenkung unseres Niveaus bedeuten. Wir wollen ein Europa mit einheitlichen Regeln. Deshalb

Gut ausgebildete junge Menschen haben in ganz Europa gute Perspektiven.

Annalena Baerbock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Eine Basisarbeitslosenversicherung darf kein Tabu mehr sein



Annalena Baerbock (*1980)
Landesliste Brandenburg

Europa muss sozialer werden - dieser Spruch eint alle, von tiefrot bis tiefschwarz. Das sieht man heute hier, in dieser Debatte. Das sieht man auch an den Wahlplakaten. Das Schöne an dem Spruch ist, dass man hinter der Forderung nach einem sozialen Europa die nationalen Defizite wunderbar verstecken kann.

Ich finde es etwas schade, dass die Linke in ihrem Antrag nicht stärker dieses Dilemma aufgegriffen hat, dass die EU in den Kernbereichen der Sozialpolitik keine Kompetenz hat und in diesen Bereichen deswegen nicht aktiv werden kann. Liebe Linke, das ist nicht so, weil die EU neoliberal und böse ist, sondern das ist so, weil sich die Mitgliedstaaten bei ihrer Gründung 1951 darauf verständigt haben. Als man das mit dem Lissabon-Vertrag ein Stück weit ändern wollte - Artikel 3 des EU-Vertrages -, haben ausgerechnet Sie dagegen gestimmt.

Es ist ja auch viel einfacher, alles in einen Topf zu werfen und zu sagen: Die böse, unsoziale EU ist schuld. In Ihrem Antrag gehen Sie zumindest etwas differenziert vor, in Ihrem Wahlkampfvideo aber leider nicht. Da werfen Sie der unsozialen EU auch noch vor, dass die Krankenschwestern in Deutschland so schlecht bezahlt werden und wir hier keine Kitaplätze haben. Daran ist die EU nun aber wirklich nicht schuld.

Ich rege mich so sehr darüber auf, weil Ihre Europapolitiker es eigentlich besser wissen. Man kann die Leute doch nicht für blöd verkaufen. Aber was machen Sie in Ihrem Video? Zu Ihren ganzen schönen Forderungen, die Sie an die EU haben, egal ob die EU die Kompetenz dafür hat oder nicht, lassen Sie auch noch den Vorsitzenden Ihrer Bundestagsfraktion sprechen, als wenn der für die Europawahl am 25. Mai 2014 antreten würde. Insofern unterscheiden Sie sich keinen Millimeter von der CDU, die im Wahlkampf Frau Merkel plakatiert.

Das befördert eben diese Politikverdrossenheit. Die Leute wollen sich nicht für dumm verkaufen lassen, wenn sie am 25. Mai wählen gehen. Sie wissen, dass sie eben nicht Merkel wählen können und auch nicht den Kollegen Gysi, sondern diejenigen, die für das Europaparlament antreten.

Wir müssen darüber reden - da gibt es Differenzen in diesem Haus; das wurde bei dem Beitrag der CDU gerade noch einmal deutlich -, ob wir dazu bereit sind, auf die europäische Ebene mehr Kompetenz im sozialen Bereich zu verlagern, um eben ein Schleifen durch die Hintertür

über die Binnenmarktregeln zu verhindern. Sie, liebe CDU, haben ganz klar gesagt, dass Sie das nicht wollen. Ich finde es sehr schade, dass Sie das nicht wollen. Wir sagen sehr deutlich: Wir können unsere Lehren aus der Wirtschafts- und Finanzkrise nur ziehen, wenn wir bereit sind, verstärkt über soziale Mindeststandards auf europäischer Ebene zu reden.

Das Dramatische ist ja: Wenn wir die EU zusammenhalten wollen, müssen wir dazu beitragen, dass sie ein soziales Gesicht bekommt, da sind wir ganz bei Ihnen, liebe Linke, aber dann müssen wir auch Kompetenzübertragung zulassen. Dann müssen Sie auch für Vertragsänderungen offen sein und können das nicht immer einfach pauschal ablehnen.

Wichtig ist für uns: Wer Europa sozialer machen will, muss in bestimmten Fällen sofort einen Nothilfefonds auflegen, wie zum Beispiel in Griechenland, wenn die Gesundheitsversorgung kollabiert. Das haben wir in Form des Globalisierungsfonds auch geschafft, wenn Unternehmen plötzlich aus einem Land abwandern. Wer Europa sozialer machen will, muss europäische Mindeststandards einführen, nicht nur im Arbeitsrecht, sondern auch bei den Sicherheitsleistungen. Wir brauchen da intelligente Korridorlösungen. Wer Europa sozialer machen will, muss eine soziale Wirtschaftsklausel im EU-Recht einführen. Wer Europa sozialer machen will, muss auch über stabile makroökonomische Kontexte reden. Da können Sie sich nicht verweigern. Wir müssen in der Wirtschaftsunion vorankommen, und auch die Frage

geht es nicht ohne Mitbestimmung. Starke Betriebsräte und Gewerkschaften sind kein Hindernis für den Arbeitsmarkt. Im Gegenteil: Mitbestimmung heißt mitdenken, anpacken, Verantwortung übernehmen. All das kann dabei helfen, die gewünschte Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Insofern spricht nichts dagegen, die Regeln für Mitbestimmung in Unternehmen europäischer Rechtsform auszuweiten.

Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt: Uns geht es in Deutschland recht gut, die Erwerbstätigkeit ist hoch, und es wird viel exportiert. Leider profitieren aber nicht alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Wachstum. Es gibt zu viele Menschen mit geringen Löhnen und Minijobs. Sorgen bereiten uns zudem die Langzeitarbeitslosen.

Gut also, dass der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn kommt. Der Gesetzentwurf von Ministerin Andrea Nahles wird dafür sorgen, dass über 4 Millionen Beschäftigte in Deutschland bald mehr Geld in der Lohntüte haben werden. Darüber hinaus ist ein europäischer Pakt für Mindestlöhne wünschenswert, damit Lohn- und Sozialdumping europaweit bekämpft werden können.

Mindestens genauso wichtig wie der Mindestlohn sind gute Tarifabschlüsse, an die sich alle halten. Das Tarifpaket der Großen Koalition wird die Tariffucht mancher Branchen beenden. Das ist gute und gerechte Beschäftigungspolitik. Wir machen unsere Hausaufgaben. Damit leisten wir unseren Beitrag zu einem sozialen Europa.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

einer Basisarbeitslosenversicherung darf dann kein Tabuthema mehr sein.

Wer das Integrationsprojekt Europa nicht gefährden will, darf auch Europas Jugend nicht vergessen. Es ist katastrophal, wenn jeder vierte junge Mensch in Europa ohne Ausbildung oder Arbeit ist. Es ist eine Schande, wenn wir für die von allen Parteien und Fraktionen propagierte Jugendgarantie nur 137 Euro pro Jugendlichen zur Verfügung stellen, ein Hektar Fläche für Landwirtschaft in der Europäischen Union aber 300 Euro bekommt und dafür auch noch eine fehlgeleitete Agrarpolitik manifestiert wird. Das erklären Sie einmal den Jugendlichen in Europa.

Wenn wir das Integrationsprojekt - das ist mein letzter Satz - nicht gefährden wollen - da komme ich auf Frau Pothmer zurück -, dann müssen

wir bei MobiPro-EU, wenn Sie alle das Programm so gut finden, jetzt aktiv werden.

Dann müssen Sie jetzt unseren Antrag dazu unterstützen. Es kann doch nicht sein, dass die Jugendlichen, die wieder ein bisschen Hoffnung in die Solidarität Europas gesetzt haben, hier in Deutschland sind und Anfang des Jahres Anträge gestellt haben, jetzt kein Geld erhalten. Dadurch verlieren sie die Hoffnung in Europa wieder. Solange bei MobiPro-EU nicht nachgebuttert wird - wir haben noch Haushaltsverhandlungen, da können Sie das tun -, solange wir unseren eigenen Anforderungen hier nicht gerecht werden, sollten wir nicht über ein verstärktes soziales Europa reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer Europa sozialer machen will, muss europäische Mindeststandards einführen.



Demonstration in Athen gegen die Sparauflagen der EU.

Christel Voßbeck-Kayser, CDU/CSU:

In Irland und Portugal waren die Reformen erfolgreich



Christel Voßbeck-Kayser (*1961)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Kurz vor der Europawahl bringt die Fraktion Die Linke einen Antrag zum Thema „soziales Europa“ ein - ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Denn ein soziales Europa war und ist immer Grundlage der Europäischen Union gewesen.

Ein soziales Europa bedeutet auch ein stabiles Europa, nämlich ein Europa mit soliden Finanzen und harter Währung. Dies sind Voraussetzungen für sichere Arbeitsplätze und dauerhaften Wohlstand.

Ein soziales Europa ist auch ein Europa der Chancen: gute Bildung in ganz Europa und Bildungsabschlüsse, die EU-weit anerkannt werden; Schüler, Schülerinnen, Auszubildende, Studierende können überall in Europa lernen und arbeiten.

Ein soziales Europa ist auch ein gefestigtes Europa, in dem schwächere Länder gestärkt werden, um wettbewerbsfähiger zu werden.

Und: Ein soziales Europa ist auch ein zukunftsfähiges Europa. Europäische Fördergelder werden nicht mehr nur nach Himmelsrichtung, sondern nach festen Kriterien vergeben. So können die Regionen bei der Bewältigung des Bevölkerungswandels unterstützt werden. Zu einem zukunftsfähigen Europa gehört auch ein gutes Miteinander von Jung und Alt.

Dies alles ist Europa. Dieses Europa wird seit Jahrzehnten durch verschiedene Programme unterstützt.

Dabei gilt für uns in der Union immer der Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“. Unterstützung gibt es nur, wenn die betroffenen Staaten Reformen durchführen und ihre Finanzen in Ordnung bringen. Irland und Portugal sind gute Beispiele, die zeigen, dass diese Form der Hilfe der richtige Weg ist.

In Ihrem Antrag erwähnen Sie, Kollegen und Kolleginnen der Fraktion Die Linke, die durchaus hohe -Arbeitslosigkeit in unseren europäischen Nachbarländern. Sie unterlassen es aber, zu erwähnen, dass die Zahlen der Arbeitslosigkeit und auch der Jugendarbeitslosigkeit in Europa aktuell sinken. Die Arbeitslosenquote in der EU ist im März dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr von 10,9 auf 10,5 Prozent gesunken. Die Jugendarbeitslosenquote in der EU ist im gleichen Zeitraum von 23,5 auf aktuell 22,8 Prozent zurückgegangen. Ich denke, diese Zahlen zeigen einen positiven Trend, der Ihnen dem Anschein nach entgangen ist.

Sie erwähnen in Ihrem Antrag auch Kroatien, ein Land mit einer Jugendarbeitslosigkeit in Höhe von 49,2 Prozent. Ja, diese traurige Zahl ist richtig. Sie unterlassen es aber auch hier, zu erwähnen, dass Kroatien erst seit dem letzten Jahr, genau erst seit Juli 2013, Mitglied der EU ist. Diese Jugendarbeitslosigkeit ist ja nicht erst durch die Mitgliedschaft entstanden. Dies ist eine verfälschte Darstellung von Tatsachen.

Richtig ist folgender Zusammenhang: Das Wirtschaftswachstum in Europa liegt in diesem Jahr bei 1,2 Prozent. Länder wie Irland und Portugal, die ich eben schon genannt habe, profitieren hiervon, sie haben nämlich ein Wachstum zu verzeichnen.

Was positives Wachstum bedeutet, das haben wir hier bei uns in Deutschland erlebt: Es führt zu mehr Beschäftigung und damit zur Reduzierung der Zahl der Arbeitslosen. Auch die aktuellen Zahlen aus Portugal und Irland belegen das doch -vergleichen wir es mit den Zahlen vom Vorjahr -: Portugal hatte 2013 eine Arbeitslosenquote von 17,4 Prozent und liegt jetzt bei 15,2 Prozent. Irland hatte im Vorjahr eine Arbeitslosenquote von 13,7 Prozent und liegt jetzt bei 11,8 Prozent. Dies ist auch der Grund, warum beide Länder es selbstständig geschafft haben, den Rettungsschirm zu verlassen. Das zeigt, dass wir mit dieser Politik auf dem richtigen Weg sind.

Deshalb sind die in Ihrem Antrag getroffenen Aussagen, liebe Kollegen und Kolleginnen der Fraktion Die Linke, nicht zutreffend.

Ich darf auch daran erinnern, dass im März 2010 ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU stattgefunden hat, auf dem die Strategie „Europa 2020“ beschlossen wurde. Ich will jetzt nicht näher auf die

Kernziele eingehen; aber mit diesem Programm, das jetzt für die nächsten sieben Jahre gilt, werden mehr als 80 Milliarden Euro für diese Kernziele und damit für die Menschen in ganz Europa zur Verfügung gestellt. Von diesen 80 Milliarden Euro gehen mindestens 20 Prozent der Mittel in

Alexander Ulrich, DIE LINKE:

Finanzmärkte sind verantwortlich für die soziale Krise



Alexander Ulrich (*1971)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Bei manchen Vorrednern müssen wir mal wieder anfangen ein bisschen zu sortieren.

Nach einer von den Finanzmärkten verursachten Wirtschaftskrise rutschte die Europäische Union ab in eine soziale Krise. Der Grund dafür war eine völlig verfehlte Politik in der Krise. Frau Baerbock, daran trägt natürlich die Bundeskanzlerin, Angela Merkel, eine Hauptschuld. Natürlich ist das so.

Nicht die Verursacher der Krise wurden zur Rechenschaft gezogen, nein, die Bürgerinnen und Bürger in Europa mussten die Zeche zahlen für die perverse Zockerei auf den Finanzmärkten. Diese unsoziale, zum Teil menschenverachtende Politik wurde und wird von der Troika in den Programmländern undemokratisch durchgesetzt - mit großer Unterstützung der Bundesregierung, Frau Baerbock, ob es die schwarz-gelbe Bundesregierung war mit großer Unterstützung der SPD oder die schwarz-rote jetzt mit großer Unterstützung der Grünen. Sie alle hier sind mitverantwortlich für Massenarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit vieler Millionen Jugendlicher in Europa und Massenarmut.

Der Kurs der Bundesregierung und ihre Kürzungspolitik bedrohen

die soziale Eingliederung. Ich finde, besser kann man ein soziales Europa nicht beschreiben.

Ich darf auch daran erinnern, dass jetzt die achte Förderperiode des Europäischen Sozialfonds - das ist schon mehrfach erwähnt worden; das erste Mal ging er 1958 an den Start - beginnt. Der Europäische Sozialfonds, liebe Kollegen und Kolleginnen, hat sich mit seinen Schwerpunkten immer an den aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Mitgliedstaaten und ihrer Menschen orientiert.

All diese von mir genannten Maßnahmen beschreiben sehr

wohl ein soziales Europa. Wir müssen den eingesetzten europäischen Mitteln aber auch Zeit geben, um zu wirken. Der positive Trend bei Wachstum und Beschäftigung bestätigt das.

Sie können eines mitnehmen, Kollegen und Kolleginnen der Fraktion Die Linke: Die Bundesregierung unter unserer Kanzlerin Angela Merkel wird sich auch weiterhin selbstverständlich für „Europa 2020“ und damit für ein soziales Europa einsetzen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU -Beifall bei der SPD)

Europa. Noch nie ist es wirtschaftlich erfolgreich gewesen, sich aus einer Krise herauszusparen. Fast 20 Millionen Menschen sind in den Ländern der Euro-Zone erwerbslos. Das ist ein Anstieg um 70 Prozent seit 2007.

Wenn wir die soziale Lage in Europa beurteilen, dann dürfen wir aber nicht nur in die anderen Länder schauen. Auch in Deutschland verschlechtert sich diese rasant. Wie der Paritätische Wohlfahrtsverband gerade in seinem Jahresgutachten feststellte, ist jeder siebte Bürger armutsgefährdet bzw. arm.

Es ist nun einmal so: Die Troika wusste sehr wohl, wie man Löhne, Renten usw. in Griechenland kürzt, sie wusste aber nicht, dass dort offensichtlich ein immenser Reichtum vorhanden ist. In Griechenland gibt es nämlich einen unheimlichen privaten Reichtum. Die Reichen sind aber ungeschoren davongekommen. Da hätte man herangehen müssen. Das wäre notwendig gewesen, um den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen.

Das haben die Grünen aber nicht verstanden.

Ihre Solidarität gilt den Finanzjongleuren, der Finanzindustrie und den Großkonzernen. Unsere Solidarität gilt den Menschen in Griechenland, und deshalb haben wir mit Nein gestimmt.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat also festgestellt, dass auch in Deutschland jeder Siebte in Armut lebt bzw. arm ist, dass jeder vierte Beschäftigte für Dumpinglöhne arbeitet bzw. in einem prekären Beschäftigungsverhältnis steht und Altersarmut auch in Deutschland für viele Menschen ein immer größeres Problem wird. Dagegen tut diese Bundesregierung rein gar nichts - auch nicht mit dem Rentenpaket.

Das europäische Sozialmodell, ein ganz wesentlicher Faktor für die Stabilität des europäischen Hauses,

wird von der EU-Kommission und der deutschen Bundesregierung massiv beschädigt.

Wie sieht die Beteiligung der Krisenverursacher an der Bewältigung der Krise aus? Wo ist der Beitrag der Vermögenden und Spitzenverdiener? Das reichste 1 Prozent der Gesellschaft besitzt fast 40 Prozent des gesamten Vermögens. Das Vermögen der Millionäre in Europa übersteigt mit 14 Billionen Euro die gesamte Staatsverschuldung bei weitem. Hier müsste man endlich herangehen.

Stattdessen wird die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland und in Europa immer größer. Wo sind die Aktivitäten der Bundesregierung? Nichts! Nada! Von der CDU/CSU erwartet ja schon niemand mehr Aktivitäten für ein soziales Europa, aber für die SPD sollte das S in ihrem Namen doch noch irgendeine Bedeutung und -Aktualität haben.

Weil die Zerstörung des europäischen Sozialmodells einigen offenbar immer noch nicht weit genug geht, soll jetzt ein Handelsabkommen TTIP mit den USA verhandelt werden. Das ist ein weiterer Angriff auf die Arbeitnehmerrechte, die Gesundheit, die öffentlichen Leistungen, den Umweltschutz und die Demokratie. TTIP muss gestoppt werden!

(Beifall bei der LINKEN)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordnete Waltraud Wolf (SPD), Antje Lezius (CDU/CSU), Matthias Bartke (SPD), Brigitte Pothmer (B90/DIE GRÜNEN), Tobias Zech (CDU/CSU) und Norbert Spinrath (SPD).
Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.